1. Blatt Nr. 39 31. Jahrgang — Gelsenkirchener — Mittwoch, den 8. Februar 1933

Allgemeine Zeitung

Unabhängige Tageszeitung für Groß-Gelsenkirchen
Gelsenkirchener Generalanzeiger
Amtliches Kreisblatt für Gelsenkirchen

Erscheint täglich, auch Sonntags. — Bezugspreis halbmonatlich 1.00 RM Selbstabholer 90 Rpfg. — Postbezug monatlich 2.22 RM mit Zustellgebühr — Illustrierte Beilage 15 Rpfg. monatlich extra — Unfall-Unterstützung nach besonderen Bedingungen — Anzeigenpreise: mm einspaltig 5 Rpfg Familien-Anzeigen und Anzeigen nicht geschäftlicher Art 3 Reichspfennig, für Auswärtige 12 Reichspfennig. — Reklamen 50 Reichspfennig.

Hauptgeschäftsstelle Bismarckstraße 27, in Buer Hochstraße 10. — Geöffnet von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends. — Anzeigen-Annahme bis nachmittags 5 Uhr für die nächste Ausgabe — Postscheck-Konto Essen 13649. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle und Schriftleitung 216 41. — Geschäftsstelle Buer 308 45. — Verlag Carl Bertenburg, Gelsenkirchen.

Papens Vorschlag einer Ueberpartei.

Er möchte die Mittelparteien mit den Deutschnationalen zu einem „Christlich-nationalen Bürgerblock" zusammenfassen.

Keine deutschnationale Vorliebe

(Drahtb. unserer Berliner Schriftltg.)

Die kurze Zeit, die diesmal zwischen der Auflösung des Reichstags und den Neuwahlen zur Verfügung steht, zwingt die Parteien zu raschen Entscheidungen, um die vorgesehenen Fristen für die Aufstellung der Kandidatenlisten zu wahren. Für die großen Parteien liegen die Dinge allerdings verhältnismäßig einfach. Schwieriger ist die Entscheidung bei den Gruppen der Mitte, wo die Gruppen oftmals für ein selbständiges Vorgehen nicht mehr stark genug sind. Es sind deshalb in der letzten Zeit schon von der Seite des

„Nationalvereins"

der Bemühungen unternommen worden, die Volks-, Wirtschafts- und Staatspartei zusammenzufassen. Dieser Versuch ist aber schließlich von der Deutschen Volkspartei abgelehnt worden, weil die Staatspartei sich von vornherein zur Opposition gegen die Reichsregierung bekennt, während die Volkspartei nach ihrer ganzen bisherigen Politik dem Gedanken der nationalen Sammlung zustimmt und nur Bedenken geltend macht gegen die Form, in der dieser Gedanke vorerst durch die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg ihren Ausdruck findet.

Die Führung der Volkspartei hat sich deshalb mit dem Christlich-Sozialen Volksdienst und mit dem Bayerischen Bauernbund in Verbindung gesetzt und mit diesen Gruppen ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen besprochen auf der Grundlage, daß die Parteien nach wie vor eigene Listen in den Wahlkreisen aufstellen, diese Listen aber miteinander verbinden, um zunächst in den Wahlkreisen die nach der Verfassung vorgesehene Grundzahl von 60 000 Stimmen zu erreichen und sich dann auch die entsprechenden Mandate auf der Reichsliste zu sichern, die unter der Firma Dingeldey-Simpfendörfer-Fehr laufen würden. Die Wirtschaftspartei wird sich diesem Aufmarsch der „Technischen Fraktion" wahrscheinlich anschließen, weil sie es in keinem Wahlkreis auf die erforderlichen 60 000 Stimmen bringen dürfte.

Durch die Verbindung dieser Parteien würden sich nach den Ergebnissen der letzten Reichstagswahl vom November 1932 immerhin 23 Mandate ergeben. Und weil es auf jede Stimme ankommt, die die nationale Konzentration unterstützen will, ist der Abschluß eines solchen losen Wahlbündnisses jetzt schon ziemlich sicher.

In letzter Stunde tritt nun Papen mit einem Vorschlag zur Sicherung der Regierung des nationalen Kurses heraus,

und zwar mit einem noch größeren Plan. Er hat den Vorschlag gemacht,

die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, den Volksdienst und die kleineren Gruppen zu einem „Christlich-nationalen Bürgerblock" zusammenzuschließen, der mit einer gemeinsamen Liste in den Wahlkampf ziehen soll

in der Erwartung, daß die Zugkraft eines solchen Blockes für die Wähler erheblich größer sein werde als ein getrenntes Vorgehen. Die Deutsche Volkspartei hat auch diesem Gedanken im Prinzip zugestimmt. Es scheint aber, als ob hierfür die Deutschnationalen nicht allzuviel Meinung haben. Sie haben sich ihre Entscheidung bis zum heutigen Mittwoch vorbehalten, doch rechnet man allgemein mit einer Absage, womit dieser Versuch Papens gescheitert wäre. Die Deutschnationalen denken an die Bildung eines

engeren Blocks Hugenberg—Seldte—Papen.

Es ist also mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß auch diesmal wieder das in der Mitte und weiter rechtsstehende nationale Bürgertum, das sich nicht zum Zentrum bekennt, getrennt in den Wahlkampf marschiert, was wegen der Schwächung des Prinzips bedauert werden muß.

Wirtschaftspartei für nationale Sammlung

Beschlüsse der Vertrauensleute.

× **Berlin**, 7. Febr. (Drahtb.)

Die Wirtschaftspartei hatte ihre Vertrauensleute aus allen Wahlkreisen zu einer politischen Aussprache nach Berlin berufen. Die Aussprache ergab, wie die Wirtschaftspartei mitteilt, völlige Einmütigkeit über folgende Punkte:

Die Wirtschaftspartei läßt sich in ihrer Einstellung zur neuen Reichsregierung durch keinerlei parteipolitische Rücksichten leiten. Sie erwartet von dieser Regierung diejenigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Maßnahmen, die von allen nationalen Schichten gefordert werden. Dazu gehört vor allem die sofortige Durchführung geeigneter Schutz- und Förderungsmaßnahmen zugunsten der schwer bedrängten deutschen Mittelschichten. Die Wirtschaftspartei beteiligt sich selbständig an den bevorstehenden Wahlen. Einer ernsthaften Zusammenfassung der bürgerlich-nationalen Schichten Deutschlands wird die Wirtschaftspartei sich jedoch mit allen Kräften zur Verfügung stellen.

Brauns Klage in Leipzig.

Zunächst dem Reich zur Gegenäußerung darüber zugeleitet.

80 Seiten Klageschrift.

Der umfangreiche Briefwechsel soll als Unterlage dienen.

⊙ **Leipzig**, 7. Febr. (Drahtb.)

Die Staatsrechtsklage der preußischen Minister gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Februar ist im Laufe des Dienstag beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eingegangen.

Die Klage ist der Gegenpartei mit einer kurz bemessenen Frist zur Beantwortung zugestellt worden.

Von maßgebender Stelle der Regierung Braun wird mitgeteilt: Die Klage des Landes Preußen gegen das Reich und den Reichskommissar ist im Büro des Staatsgerichtshofes beim Reichsgericht eingereicht worden. Die Klage umfaßt sechzehn Seiten. Der Klageantrag lautet:

„Der Staatsgerichtshof wolle erkennen: Die auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 der Reichsverfassung erlassene Verordnung zur Herstellung gesetzmäßiger Regierungsverhältnisse in Preußen vom 6. Februar 1933 steht mit der Reichsverfassung nicht im Einklang und ist daher ungültig."

Der Klageschrift ist in einem Anlagebande von 53 Seiten der Schriftwechsel beigefügt, der vom Oktober 1932 bis zum 6. Februar 1933 zwischen dem preußischen Staatsministerium und der Reichsregierung und dem Kommissar über die Durchführung des Leipziger Urteils vom 25. Oktober 1932 geführt wurde.

Darüber, ob mündliche Verhandlung stattfinden soll oder nicht, ist in den preußischen Anträgen nichts gesagt.

Rebellion in Worten.

Bayern will nicht mehr klagen.

Kein großes Zutrauen zum Staatsgerichtshof.

⊙ **München**, 7. Febr. (Drahtb.)

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt, man komme nicht an der Tatsache vorüber, daß die Uebernahme der preußischen Regierung durch die Reichsregierung, wie sie nun faktisch erfolgt sei,

den Reichsrat nicht nur gefährde, sondern seinen Sinn und seinen Zweck vollkommen zerstöre.

Die Länder seien dadurch ihres Vertretungsorgans in der Reichspolitik beraubt worden. Es läge nichts näher, als daß die dadurch in Mitleidenschaft gezogenen Länder sich klagend an den Staatsgerichtshof des Reiches wenden. Wenn das nicht geschehe — in Bayern wenigstens scheine dazu keine Neigung zu bestehen — so sei das nicht gerade schmeichelhaft für den Staatsgerichtshof, spreche doch aus diesem resignierenden Verhalten gegenüber dem obersten Gerichtshof des Reiches die trübe Erfahrung, daß ihm die Kraft für eine unabhängige Rechtsprechung in solchen von der Politik berührten Verfassungsfragen gebrochen worden sei. Damit sei ein schwerer Vorwurf gegen die Reichsgewalt ausgesprochen, die durch ihre Maßnahmen in Preußen immer wieder neue Tatsachen geschaffen habe, die kein Staatsgerichtshof verdauen könne. Die bayerische Staatsregierung sei aber nicht gewillt, sich mit der geschaffenen Lage abzufinden. Es sei Pflicht aller Länder, die an ihre und an die Zukunft des Reiches dächten, dafür zu sorgen, daß, ausgehend von der Situation, in die der Reichsrat geraten sei, raschestens eine Klärung der Dinge herbeigeführt werde.

*

Wie man hört, lehnt es Bayern strikte ab, dem Reichskommissar Stimmrecht im Staatsrat zuzugestehen.

Im übrigen hat am Dienstag ein längeres Telephongespräch zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Held und dem Büro des Reichspräsidenten stattgefunden, worüber Stillschweigen bewahrt wird.

Zentrum gegen die Preußennotverordnung.

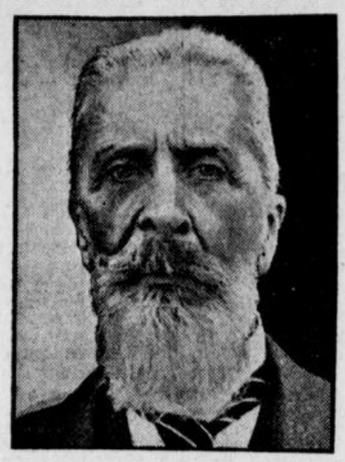
⊙ **Berlin**, 7. Febr. (Drahtb.)

Wie in Zentrumskreisen verlautet, beabsichtigt die Zentrumspartei zu der Notverordnung des Reichspräsidenten über die Neuordnung der Regierungsverhältnisse in Preußen am Mittwoch eine Kundgebung zu veröffentlichen. Sie werde darin, gestützt auf das Gutachten eines hervorragenden Staatsrechtlers, ihre Ansicht eingehend begründen.

Graf Albert Apponyi †.

⊙ **Genf**, 7. Febr. (Drahtb.)

Graf Albert Apponyi, der bekannte ungarische Staatsmann, ist hier am Dienstagnachmittag im Hotel Residenz im Alter von 87 Jahren gestorben.



Graf Apponyi wurde in Wien als Sohn des ungarischen Hofkanzlers und späteren Präsidenten des Obersten Gerichtshofs Graf Georg Apponyi geboren. Seit 1872 gehörte er dem ungarischen Abgeordnetenhaus an, wo er zuerst Mitglied der Konservativen Partei war, später aber zur Opposition übergang, deren Führer er dann viele Jahre hindurch gewesen ist. 1899 fand Graf Apponyi wieder in das Regierungslager zurück. Von 1901 bis 1904 war er Präsident des Abgeordnetenhauses. Von 1906 bis 1910 war er Minister für Kultus und Unterricht. Im Kriegsjahr 1917 nach Tiszas Rücktritt war er wiederum für kurze Zeit Kultusminister. Während des Krieges wirkte er in der Kriegsgefangenenfürsorge. 1924 wurde er Ungarns erster Vertreter beim Völkerbund, wo er mit seinen glänzenden Reden die Oeffentlichkeit der ganzen Welt für die Revision des Trianoner Vertrages zu interessieren vermochte. Er gehörte zu den ungarischen Staatsmännern, die in dem deutsch-österreichischen Zusammenschluß eine Zwangsläufigkeit erblickten, die auch Vorteile für Ungarn bedeute.

Trauerfeier in Genf.

⊙ **Genf**, 7. Febr. (Drahtb.)

Am Dienstagnachmittag fand im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz zu Ehren des Grafen Apponyi eine feierliche Trauerkundgebung statt. Der Präsident Henderson machte dem Hauptausschuß die Mitteilung, daß „sein alter treuer Freund Graf Apponyi" soeben verschieden sei. Die Konferenz hörte darauf stehend vom Vertreter der ungarischen Regierung, General v. Tanczos, einen Nachruf auf Apponyi an.

Die Leiche des Grafen Apponyi soll vorläufig in der Genfer Notre Dame-Kirche beigesetzt und sodann nach einigen Tagen nach Ungarn überführt werden.

Ringen um deutsche Kultur.

Der kommissarische preußische Kultusminister Rust über seine Aufgaben.

Kraft aus den Wurzeln des Volkstums.

⊙ **Berlin**, 7. Febr. (Drahtb.)

Am Dienstagmittag ließ sich der neu ernannte kommissarische Kultusminister Rust die Beamten, Angestellten und Arbeiter seines Ministeriums vorstellen. Er führte dabei aus: Die Arbeiter der Stirn und der Faust mit gegenseitiger Hochachtung vor ihrer Arbeit zu erfüllen und in eine deutsche Arbeitsfront einzugliedern, ist das Ziel meiner Bewegung. Sie werden zunächst als ungewöhnlich empfunden haben, daß ein Studienrat a. D. mit der Führung dieser hohen Aufgaben betraut wurde. Ich kann Ihnen versichern, daß ich Schulmann war mit Leib und Seele und daß ich nicht gern vor wenigen Jahren aus meinem Berufe geschieden bin. Unterdessen habe ich die Aufgaben meines Berufes im Kampf um die Erneuerung des deutschen Volkes fortgesetzt. Wenn ich etwas in dieses Haus hineinbringe, dann ist es vor allem die

enge Verbundenheit mit dem Volke,

seiner wieder erwachten Kraft und Sehnsucht. Ich weiß, daß für viele von Ihnen die Uebernahme der Kulturleitung durch einen Nationalsozialisten nicht leicht empfunden wird. Wenn diese Empfindungen entstehen sollten aus dem unbegründeten Verdacht kulturkämpferischer Neigungen meiner Bewegung, so kann ich diese Bedenken sogleich zerstreuen. In fast 150jährigem Konfessionskriege sind wir als Reich und Volk fast zu Grunde gegangen. Heute stehen wir in erbittertem Existenzkampf gegen den Bolschewismus. Ich werde die christlichen Kirchen beider Konfessionen aufrufen, die in ihr lebenden Werte von Glaube und Sitte gemeinsam mit uns im Kampf gegen diesen Feind einzusetzen. Ich werde nur einen deutschen Kurs steuern und nur, was außerhalb dieser Linie liegt, findet meine allerdings entschiedene Gegnerschaft. Unser Volk hat fast alles verloren. Es ist zum Aufstieg aus Armut und Unfreiheit nur auf seine geistigen und seelischen Kräfte angewiesen. Diese zu schützen, wo sie vorhanden sind, besonders bei der Jugend, sie wiederherzustellen, wo sie verloren sind, das ist meine Aufgabe und mein fester Wille.

Nur aus den echten Wurzeln unseres Volkstums erwachsen uns die seelischen Riesenkräfte, die wir brauchen zum Aufstieg.

Die materialistischen und bolschewistischen Einflüsse auf den Geist unseres Volkes müssen aufhören. Ihre Wirksamkeit auf das deutsche Volk zu verhindern, ist mein Wille, Ihre Mitarbeit daran Voraussetzung für jede Zusammenarbeit. Wichtiger als der Weg deutschen Bildungswesens ist die

Feststellung des Bildungszieles.

Wir werden die Form finden, wenn wir vom Inhalt durchdrungen sind. In der Arbeit werden wir uns kennen lernen. Es liegt in der Sache, daß man draußen an den Bildungsstätten des Volkes die Wirkung unserer Arbeit spüren muß. Dort wird festgestellt werden, wo auf den einzelnen Arbeitsfeldern dieses Hauses im Sinne meiner Zielsetzung gearbeitet wird.

Nun bitte ich Sie um Ihre Mitarbeit. Auch von Ihnen muß eines als Erlösung empfunden werden: daß endlich eine Entscheidung gefallen ist, daß endlich ein Kurs festgelegt wurde. Finden wir uns in dem Bewußtsein, daß wir nicht für uns, sondern für unser **deutsches Volk arbeiten.**

Ueberwachungsausschuß aufgeflogen.

Nationalsozialistische Vorwürfe gegen den Ausschußvorsitzenden Löbe.

Tumulte im Sitzungssaal.

⊙ **Berlin**, 7. Febr. (Drahtb.)

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages unter Vorsitz des Abg. Löbe (SPD.) ist kurz nach Eröffnung seiner Sitzung, zu der Regierungsvertreter nicht erschienen waren, noch vor Eintritt in die sachlichen Verhandlungen aufgeflogen.

Der nationalsozialistische Abg. Dr. Frank II, der nach einleitenden Bemerkungen des Vorsitzenden das Wort erhielt, wies in längeren Darlegungen darauf hin, daß es für die Nationalsozialisten unmöglich sei, unter diesem Vorsitzenden im Ausschuß mitzuarbeiten. Löbe habe im lippeschen Wahlkampf Hitler auf das schwerste beschimpft. Es kam zu

erregten nationalsozialistischen Kundgebungen gegen den Ausschußvorsitzenden,

der wiederholt das Wort zu einer Erklärung ergreifen wollte, aber nicht dazu kam. Der Ausschuß ging schließlich auseinander.

Nach Aufhebung der Sitzung des Ueberwachungsausschusses kam es im Sitzungssaal zu heftigen Tumulten. Der Vorsitzende Löbe und die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses wurden von den Nationalsozialisten beim Verlassen des Saales mit Beschimpfungen überschüttet.

Nach einer halbstündigen Pause waren die Vertreter der Sozialdemokraten und der Vorsitzende Löbe nicht wieder erschienen. Auch von den Kommunisten war nur der Abg. Torgler anwesend. Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Dr. Frank (NSDAP.) eröffnete die Sitzung und erklärte, daß der Abg. Löbe innerhalb der festgesetzten Zeit nicht wieder zu den Ausschußverhandlungen erschienen sei. Frank erklärte dann, daß er die Sitzung auf unbestimmte Zeit vertage. Zu einer neuen Sitzung würden Einladungen an die Mitglieder ergehen.

Die geharnischte Erklärung.

In der Erklärung des nationalsozialistischen Abg. Dr. Frank II, die zum Auffliegen der Sitzung führte, hieß es, Löbe habe im Wahlkampf in Lippe den Führer des nationalen Deutschlands als „Adolf, den Slowaken, mit den blutigen Fingern" bezeichnet. Diese Herabwürdigung habe die charakterliche Unfähigkeit des Abg. Löbe völlig erwiesen, Vorsitzender dieses Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung zu sein. Selbstverständlich würden die Nationalsozialisten ihre Mitarbeit zur Verfügung stellen, um die Freiheit des Wahlkampfes, die ohnehin unter dieser Regierung nicht gefährdet sei, zu sichern und um die Korruptionsskandale aller Art, die neben den allenfalls in der Osthilfe vorgekommenen Korruptionsfällen sich ereignet hätten, vor allem aber die marxistischen Korruptionsskandale der letzten vierzehn Jahre aufzudecken

Gegenerklärung Löbes

über die ihm vorgeworfene Aeußerung.

Zu der Aeußerung, die dem Abg. Löbe von den Nationalsozialisten vorgeworfen wurde, gibt er selbst folgende Erklärung ab: „In einer Versammlung in Bad Salzuflen war ich vor der Eröffnung der Versammlung mit Zurufen von Nationalsozialisten bedacht worden und führte deshalb aus: „Die Nationalsozialisten nennen mich Kriegsdienstverweigerer, Landesverräter, Novemberverbrecher. Sie haben den Kampf auf das persönliche Gebiet geschoben. Was würden sie sagen, wenn wir von ihrem Führer unter Hinweis auf seine Herkunft „Adolf der Slowake" sagen würden? Der Ausdruck „von blutigen Fingern" beruht auf freier Erfindung."

Löbe beschwert sich beim Reichstagspräsidenten Göring

wegen der Vorgänge im Ueberwachungsausschuß.

⊙ **Berlin**, 7. Febr. (Drahtb.)

Der Vorsitzende des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, Löbe, hat an den Reichstagspräsidenten Göring folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Präsident! Die nationalsozialistischen Mitglieder des Ausschusses zur Wahrung der Volksrechte haben am Dienstag unter Führung des Abgeordneten Frank II durch ununterbrochenes Schreien, Beschimpfen des Vorsitzenden und Drohung mit Gewalt verhindert, daß der Ausschuß in seine Beratungen eintreten konnte. Sie haben ferner gedroht, jede neue Sitzung des Ausschusses unter meinem Vorsitz mit Gewalt unmöglich zu machen. Ich bitte Sie deshalb, auf Grund Ihrer

Der 5. März als Wahltag bestätigt.

Zustimmung des Ständigen Ausschusses.

⊙ **Berlin**, 8. Febr. (Drahtb.)

Der Ständige Ausschuß des preußischen Landtags stimmte am Dienstagabend dem Vorschlage des preußischen Staatsministeriums, das durch den Staatssekretär Dr. Nobis im Ausschuß vertreten war, mit 13 Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen zu, die Neuwahlen zum Landtag gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am 5. März stattfinden zu lassen. Das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Kommunisten beteiligten sich unter Abgabe von Protesterklärungen gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten an der Abstimmung nicht.

Präsidialbefugnisse dafür zu sorgen, daß ich die Wiederaufnahme der Beratungen in einer neuen Sitzung durchführen kann, die ich ansetzen werde, sobald Ihre Zusicherung in meinen Händen ist. Da die Gegenstände der Beratung eilen und die Mitglieder des Ausschusses in Berlin versammelt sind, erbitte ich mir Ihren Bescheid noch am heutigen Tage.

Auch Frank 2 schreibt an Göring.

Ø Berlin, 7. Febr. (Drahtb.)

Der Reichstagsabg. Frank 2 (NSDAP.) hat ebenfalls an den Reichstagspräsidenten Göring ein Schreiben gerichtet, in dem er zunächst feststellt, daß der Brief des Abgeordneten Löbe eine Fülle von Unrichtigkeiten enthalte. Es sei unwahr, daß die Nationalsozialisten durch ununterbrochenes Schreien und durch Gewaltandrohungen den Vorsitzenden an der Ausübung seines Amtes gehindert hätten. Abg. Frank 2 spricht im Namen der nationalsozialistischen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses die Forderung aus, entsprechend der von der sogenannten Brüning-Mehrheit seinerzeit beschlossenen Aenderung der Reichstagsgeschäftsordnung dem Abg. Löbe im Wege der Ausschußabstimmung das

Amt des Vorsitzenden zu nehmen

und ihn durch eine andere vom Ausschuß zu wählende Persönlichkeit zu ersetzen.

Göring spricht gut zu.

Die Antwort an Löbe.

Ø Berlin, 8. Febr. (Drahtb.)

Reichstagspräsident Göring hat auf den Brief des Abg. Löbe bereits in einem ausführlichen Schreiben geantwortet. Er hat darin zum Ausdruck gebracht, daß erst einmal eine Vereinigung zwischen den beteiligten Ausschußmitgliedern versucht werden solle, wie es in der Praxis auch bisher üblich gewesen sei. Wenn indessen ein befriedigendes Resultat nicht zu erzielen sei, so werde der Reichstagspräsident eine Vermittlung herbeiführen, um die sachliche Arbeit pflichtgemäß zu gewährleisten.

Briefwechsel Hindenburg–Braun.

Aus der Vorgeschichte der neuen Preußen-Notverordnung.

Ø Berlin, 8. Febr. (Drahtb.)

Durch die Klageschrift der preußischen Staatsregierung Braun wird ein Briefwechsel zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Reichspräsidenten v. Hindenburg bekannt, der vor dem Erlaß der Notverordnung über die Neuordnung der Regierungsverhältnisse in Preußen stattgefunden hat.

Ministerpräsident Braun

hat in seinem Schreiben vom 3. Februar auf Gerüchte über den bevorstehenden Erlaß der Notverordnung hingewiesen und den Reichspräsidenten dringend gebeten, einer solchen Verordnung seine Zustimmung zu versagen, weil sie nach Ansicht der preußischen Staatsregierung zweifellos der Reichsverfassung widersprechen würde. Die Staatsregierung hätte, wenn durch eine Verordnung aufgrund des Artikels 48 hiergegen verstoßen würde, die verfassungsmäßige Pflicht, sofort den Staatsgerichtshof anzurufen. Da der Staatsgerichtshof zugunsten des Landes entscheiden müßte, würde die allgemeine Verwirrung maßlos gesteigert und dadurch die Staatsautorität auf das schwerste neu getroffen werden. Der Ministerpräsident schließt damit, daß er dem Reichspräsidenten zu einer mündlichen Aussprache jederzeit zur Verfügung stehe.

Auf dieses Schreiben ist mit dem Datum vom 4. Februar von Staatssekretär Meißner im Auftrage des Reichspräsidenten lediglich geantwortet worden, daß der Reichspräsident von dem Schreiben des Ministerpräsidenten Kenntnis genommen habe.

Daraufhin hat Ministerpräsident Braun am Sonntag, 5. Februar, ein

zweites Schreiben an den Reichspräsidenten

gerichtet, in dem er nochmals dringend vor einem neuen Eingriff in Preußen warnt und gleichfalls die Bitte ausspricht, gegebenenfalls den Staatsgerichtshof über die Zulässigkeit eines solchen Eingriffes zu befragen.

Am 6. Februar hat

der Reichspräsident

dem Ministerpräsidenten persönlich in einem Schreiben geantwortet. Der Reichspräsident führt darin aus, daß er mit Rücksicht darauf, daß die Entscheidung über ein Eingreifen des Reiches dringend geworden sei, von dem von dem Ministerpräsidenten nachgesuchten persönlichen Vortrag glaube absehen zu können. In dem Schreiben des Reichspräsidenten heißt es dann weiter: „Ihrem Vorschlag, vor dem Erlaß meiner Verordnung die Frage der Zulässigkeit derselben vor dem Staatsgerichtshof prüfen zu lassen, kann ich, abgesehen davon, daß einem solchen Vorgehen formalrechtliche Bedenken entgegenstehen, deshalb nicht entsprechen, weil die Fortdauer des gegenwärtigen provisorischen Verhältnisses zwischen Reich und Preußen mit dem Staatswohl unvereinbar wäre und daher eine sofortige Entscheidung notwendig ist."

In der Klageschrift wird hervorgehoben, daß Ministerpräsident Braun dieses Schreiben des Reichspräsidenten erst nach Erlaß der Verordnung erhalten habe.

Kein Aeltestenrat in Preußen.

Landtagspräsident Kerrl lehnt die Einberufung ab.

✕ Berlin, 7. Febr. (Drahtb.)

Die preußischen Landtagsfraktionen des Zentrums und der Sozialdemokraten hatten beim Präsidenten Kerrl die sofortige Einberufung des Aeltestenrates beantragt, um ihren Protest dagegen zum Ausdruck zu bringen, daß das Präsidium dem Innenminister Severing in der letzten Landtagssitzung nicht ermöglicht hatte, das Wort zu nehmen.

Landtagspräsident Kerrl hat nun den Fraktionen schriftlich geantwortet. Der Präsident sagt in seinem Schreiben: „Nachdem der preußische Landtag aufgelöst ist, möchte ich die Einberufung des Aeltestenrates für überholt halten und sehe deshalb Ihren Antrag als erledigt an."

Rücktrittsgesuch Dr. Bredows.

Er räumt seinen Platz als Funkkommissar.

✕ Berlin, 7. Febr. (Drahtb.)

Ein Berliner Abendblatt berichtet, daß Staatssekretär a. D. Dr. Bredow von seinem Amt als Reichsfunkkommissar des Reichspostministeriums zurücktrete, und man nennt auch bereits einen Namen für die Nachfolge.

Wie wir dazu von unterrichteter Seite erfahren, ist es richtig, daß Dr. Bredow aus persönlichen Gründen um seine Abberufung von diesem Amte gebeten hat. Eine Entscheidung über das Gesuch ist aber noch nicht getroffen.

Um das Reichskanzlergehalt.

Hitler wird es an Hinterbliebene verteilen.

Ø Berlin, 7. Febr. (Drahtb.)

Der „Angriff" hatte kürzlich gemeldet, daß Reichskanzler Adolf Hitler auf sein Gehalt verzichtet habe. Von zuständiger Stelle wird hierzu erklärt, es sei noch strittig, ob ein Kanzler oder ein Reichsminister auf sein Gehalt verzichten könne, denn jeder Beamte ist für seine Dienste zur Entgegennahme seines Gehalts verpflichtet. Der Reichskanzler wird voraussichtlich sein Gehalt einem Kuratorium, das paritätisch zusammengesetzt ist, zur Verteilung an die Hinterbliebenen der erschossenen Nationalsozialisten und der Polizei zur Verfügung stellen.

Erlaß an die Beamtenschaft.

Minister Göring verlangt hingebende Pflichterfüllung und zerstreut Befürchtungen

Aufforderung zum Rücktritt

an alle Beamte, die die neue „Fahrt" nicht mitmachen wollen.

Ø Berlin, 7. Febr. (Drahtb.)

Der Amtliche Preußische Pressedienst veröffentlicht folgenden Erlaß des Kommissars des Reiches für das preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring:

„An alle Beamten der preußischen inneren Verwaltung:

Durch das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten und des Herrn Reichskanzlers berufen, habe ich die Geschäfte des Reichskommissars für den Geschäftsbereich des preußischen Ministeriums des Innern übernommen.

Ich grüße in diesem Augenblick die mir unterstellte preußische Beamtenschaft und fordere sie auf, gemeinsam mit mir getreu den Idealen altpreußischen Beamtentums Preußen wieder zum Hort der Sauberkeit, Sparsamkeit und hingebenden Pflichterfüllung zu machen. Unser Ziel muß es sein, endgültig alles das auszurotten, was eine lange Reihe von Jahren hindurch im Zeichen falsch verstandener Freiheit unter Mißachtung preußischer Vergangenheit und deutschen Volkstums nichts gemein hatte mit echter Vaterlandsliebe und Aufopferung für die Gesamtheit der Nation.

Wenn ich Pflichterfüllung fordere in einem Zeitpunkt, in dem mitten in schwerster Not nationale Kräfte des deutschen Volkes sich zusammengefunden haben, um die Geschicke des Vaterlandes zu führen, so spreche ich als bewußter Vertreter des neuerstandenen vaterländischen Geistes, als ein Mann, der bei all seinem Wollen und Handeln von jeher einzig und allein Volk und Vaterland vor Augen gehabt hat.

Ich bin dabei der festen Ueberzeugung, daß der Kern des preußischen Beamtentums noch nicht angekränkelt ist von jener Weltanschauung, die in den vergangenen Jahren das falsche Evangelium des Klassenkampfes über die Einheit der Nation gestellt und die Liebe zum Vaterland zu einer lächerlichen Tugend zu machen versucht hat. Es besteht deshalb auch kein Grund zur Beunruhigung in der Beamtenschaft über ihre wirtschaftliche und berufliche Zukunft. Wenn sie in diesem Sinne mit mir ehrlich und nach besten Kräften am Wiederaufbau des Vaterlandes zu arbeiten gewillt ist, wird sie an mir stets einen entschiedenen Förderer ihrer Interessen haben.

Wenn es allerdings Beamte geben sollte, die da nicht glauben, mit dem Schiff, dessen Steuer ich in die Hand genommen habe, in gleicher Richtung fahren zu können, so erwarte ich von ihnen, daß sie als ehrliche Männer schon vor Antritt der Fahrt aus meiner Gefolgschaft ausscheiden. Nur die unerschütterliche Verbundenheit der Beamtenschaft unter sich und mit dem deutsch fühlenden Teil unseres Volkes bietet eine Gewähr für die Erfüllung unseres der Nation gegebenen Wortes, die Schuld der letzten 14 Jahre wieder gutzumachen und das Volk aus der schweren Not der Gegenwart herauszuführen.

Ich erwarte von jedem einzelnen den restlosen Einsatz seiner Kräfte. Jeder muß dabei stets des Wahlspruches eingedenk sein, den sich die Führer der nationalen Bewegung zur Richtschnur genommen haben: „Gemeinnutz vor Eigennutz."

Berlin, den 1. Februar 1933.

Der preußische Minister des Innern
(Kommissar des Reiches)
(gez.) Göring."

„Zur besonderen Verwendung."

Ein Kommissar zur besonderen Verwendung im preußischen Innenministerium.

Ø Berlin, 7. Febr. (Drahtb.)

Wie der „Angriff" meldet, ist der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Daluege als Kommissar zur besonderen Verwendung in das preußische Innenministerium berufen worden. Der Direktor Alfred Dall wurde als Hilfsarbeiter für den höheren Verwaltungsdienst in das Ministerium des Innern berufen. Beide haben freiwillig auf ihr Gehalt Verzicht geleistet.

Soll Dr. Luther gehen?

Gerüchte um einen Währungskommissar.

Vorerst wird alles dementiert.

(Drahtb. unserer Berliner Schriftltg.)

Seit einer Woche wird in Berliner Finanzkreisen wieder einmal ein Gerücht herumgereicht, wonach auch dem Reichsbankpräsidenten Luther von der neuen Reichsregierung heftig bedrängt werde, freiwillig aus dem Amte zu scheiden. Er soll zum Ausgleich dafür einen höheren Beamtenposten übernehmen. Für den Weigerungsfall soll Dr. Luther angedroht worden sein, einen Währungskommissar in der Person des Herrn Schacht an die Seite zu stellen. Ob das allerdings rechtlich möglich ist, erscheint uns fraglich. Währungs- und außenpolitisch wäre es aber verheerend, wenn man eine derartige Neubesetzung vornehmen würde. Aber das Wort Hitlers, daß die Regierung keinerlei Währungsexperimente beabsichtige, sollte eigentlich gegen derartige Gerüchte genügen. Jedenfalls wird sowohl bei der Reichsbank als auch in Regierungskreisen aufs neue versichert, daß an diesen Gerüchten kein wahres Wort sei.

Kulissenschieberei in Genf.

Frankreich will die Abrüstungskonferenz kurzfristig, aber möglichst ergebnisarm abschließen.

Wie Deutschland wieder umgangen werden soll.

Ø Genf, 7. Febr. (Drahtb.)

In den zahlreichen diplomatischen Besprechungen hinter den Kulissen, die mit dem Eintreffen des französischen Außenministers Paul-Boncour begonnen haben, wird gegenwärtig lebhaft der Plan erörtert, angesichts des allgemein vorausgesehenen Scheiterns des französischen Sicherheits- und Abrüstungsplans nunmehr zu einem baldigen Abschluß der Abrüstungskonferenz zu gelangen.

Man beabsichtigt in den leitenden französischen Kreisen, möglichst noch bis Ostern dieses Jahres ein internationales Abrüstungsabkommen von der Konferenz annehmen zu lassen, das lediglich einige allgemeine Richtlinien enthält und im wesentlichen sich darauf beschränkt, die geringen bisher erzielten Ergebnisse auf dem Gebiet des Verbots des Gaskrieges, Bombenabwurfes und der Kontrollfrage zusammenzufassen.

Die Hauptfragen der Konferenz, die allgemeine Herabsetzung der Rüstungen und die Lösung der Sicherheitsfrage, sollen auf die zweite Etappe der Abrüstungskonferenz verschoben werden. Damit soll die erste Etappe der Abrüstungskonferenz mit einer Geltungsdauer bis 1938 abgeschlossen sein.

Die Berücksichtigung der deutschen Sicherheits- und Gleichberechtigungsforderungen soll mit dem Hinweis auf die „weiteren Etappen" der Abrüstungskonferenz abgefunden werden.

Damit treten die längst erwarteten Pläne der Gegenseite zu Tage, um die deutsche Regierung in die Zwangslage zu bringen, weder ein sachlich für Deutschland untragbares, den Entwaffnungszustand des Versailler Vertrages praktisch mindestens für fünf weitere Jahre aufrecht erhaltendes Abrüstungsabkommen abzuschließen oder vor der Weltöffentlichkeit die Verantwortung für den ergebnislosen Ausgang der Konferenz zu übernehmen. Auf deutscher Seite wird selbstverständlich diesem hinter den Kulissen betriebenen Manöver mit größter Schärfe mit dem Hinweis entgegen getreten werden, daß die Abrüstungskonferenz nach dem Völkerbundspakt die Aufgabe hat, zu einer entscheidenden Herabsetzung der Rüstungen zu gelangen und jeder Versuch, eine Kompromißlösung zu finden, mit der Feststellung des Bruches der international bindenden Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung beantwortet werden wird.

*

Der Berliner Korrespondent des englischen Reuter-Büros will von maßgebender deutscher Seite erfahren haben, daß die Haltung der neuen Reichsregierung zur Abrüstungsfrage und zu Deutschlands Gleichberechtigungsanspruch genau dieselbe sei wie die der Regierung Schleicher. Die augenblickliche deutsche Regierung habe den ehrlichen Wunsch, bei der Lösung der Frage „allgemeine Abrüstung" auf der

Grundlage der Gleichberechtigung und derselben Sicherheit für alle Nationen

mitzuwirken. Auf der Grundlage der Gleichberechtigung werde die deutsche Regierung es nicht ablehnen, Rüstungsbeschränkungen zuzustimmen und mit den anderen Regierungen bei der Schaffung einer wirklichen und dauernden Friedensorganisation zusammenzuwirken. Der Reuter-Korrespondent erklärt weiter, die obige Aeußerung, die von hoher amtlicher deutscher Seite komme, könne dahin ausgelegt werden, daß Reichskanzler Hitler und seine Kollegen im Kabinett beabsichtigen, auf allgemeine Abrüstung in Genf mit den äußersten ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu dringen. Sie bedeute auch, daß Deutschland, wie es dies stets getan habe, darauf bestehe, unbedingt dieselben Rechte hinsichtlich der Abrüstung zu erhalten, wie die anderen Nationen und darauf,

daß alle militärischen Beschränkungen, die ihm durch „Verträge" auferlegt wurden, beseitigt werden.

Mit anderen Worten: wenn in Genf eine Vereinbarung erzielt werde, daß keine Nation mehr als 1000 Militärflugzeuge besitzen dürfte, dann müsse Deutschland die Erlaubnis erhalten, sie in gleicher Zahl zu besitzen, und wenn die Grenze der schweren Geschütze auf 500 festgesetzt werde, müsse Deutschland das Recht haben, 500 zu besitzen. Dies bedeute nicht, daß Deutschland sofort Flugzeuge oder Geschütze bis zum erlaubten Höchstmaß baue, es müsse ihm aber das theoretische Recht dazu gegeben werden.

Polnisches Gewalturteil bestätigt.

Wiederaufrollung des Deutschtumbund-Prozesses.

Ø Posen, 7. Febr. (Drahtb.)

Am Dienstagvormittag begann vor dem Strafsenat des hiesigen Appellationsgerichts die neuerliche Berufungsverhandlung gegen Mitglieder des aufgelösten Deutschtumbundes. Dasselbe Gericht hatte am 30. Juni 1931 den Abgeordneten Graebe, Studienrat Heidelck und weitere neun Angeklagte wegen „Anmaßung von Amtsbefugnissen" und „Verhinderung von Gesetzen mit ungesetzlichen Mitteln" zu Gefängnis bis zu sechs Monaten verurteilt. Das Gericht fällte folgendes neues Urteil:

Der Antrag der Verteidigung wird abgelehnt und das Urteil des Appellationsgerichts in vollem Umfange bestätigt.

Gegen dieses Urteil wird voraussichtlich nochmals Kassation seitens der Verteidigung angemeldet werden.

Länderkonferenz in Aussicht.

Ø Berlin, 7. Febr. (Drahtb.)

Die bayerische Staatsregierung hat sich wegen der jüngsten Maßnahmen gegenüber Preußen mit dem Reichsinnenminister Dr. Frick in Verbindung gesetzt unter Hinweis vor allem auf die veränderte Situation im Reichsrat. Es verlautet in unterrichteten bayerischen Kreisen, daß die bayerische Staatsregierung unverändert an ihrem vor dem Staatsgerichtshof vertretenen Standpunkt festhalte, daß es

unmöglich sei, daß Mitglieder des Reichskabinetts in ihrer Eigenschaft als Reichskommissare oder Landesorgane im Reichsrat mitzuwirken vermögen.

Der Reichsinnenminister habe die Absicht, zu Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche eine Länderkonferenz nach Berlin einzuberufen. Vom Ergebnis dieser Besprechung wird die weitere Arbeit im Reichsrat wesentlich abhängen.

Der tägliche Terror.

Wieder zwei Tote und mehrere Verletzte.

Ø Harburg-Wilhelmsburg, 7. Febr. (Drahtb.)

In Harburg-Wilhelmsburg kam es in der vergangenen Nacht zu einem politischen Zusammenstoß, bei dem ein Todesopfer zu verzeichnen war. Von der Polizei wird mitgeteilt, daß vier Nationalsozialisten auf dem Heimweg vom Fackelzug auf einen Kommunisten trafen und diesen angeblich verprügelten. Der Kommunist flüchtete in sein Parteilokal und holte Verstärkung herbei. Als diese die Straße betrat, fielen mehrere Schüsse, durch die der Kommunist Leuscher tödlich verletzt wurde. Ein anderer Kommunist erhielt einen Beinschuß.

*

Einer der bei der Schießerei in der Thieboldsgasse in Köln in der Nacht zum Montag schwer verletzten beiden Männer ist am Dienstag früh im Hospital gestorben. Der Verstorbene war verheiratet.

*

In Berlin kam es an zwei Stellen der Stadt zu Schießereien, die zwei Schwerverletzte und einen Leichtverletzten forderten.

Unterhaltungs-Ecke

Der Schuß in der Oper.

Eine Millöcker-Erinnerung.

Es war vor 50 Jahren, im Winter 1882/83. Im „Theater an der Wien" waren alle Vorbereitungen zur Uraufführung von Carl Millöckers neuer Operette getroffen. Man versprach sich ein Fest. Der Kapellmeister dieser Musikbühne war bereits mehrfach mit eigenen Schöpfungen hervorgetreten. Das Publikum hatte die Werke jeweils mit Dank hingenommen; ein großer Schlager jedoch war bislang nicht darunter gewesen. Diesmal nun sollte etwas ganz Besonderes herauskommen. Das ganze musikalische Wien strömte ins Theater, um der Premiere des „Bettelstudent" beizuwohnen.

Millöcker selbst ging ein wenig unruhig an die Stätte seines Wirkens. Nicht etwa des Ungewissen seines neuen Werkes wegen. Auch sonst kannte er kaum Lampenfieber. Seit zwölf Jahren schwang er in diesem Hause den Taktstock. Viele fremde Musikwerke und auch ein halbes Dutzend eigene hatte er hier einstudiert und mit Erfolg herausgebracht. Eine andere Sache bewegte sein Gemüt. Er hatte an diesem Morgen

eine von unbekannter Hand geschriebene Karte

erhalten, deren Inhalt ihm zu denken gab. Und diese Karte hatte bereits eine Vorgeschichte. Eine Frau war im Spiel.

Der Kapellmeister war ein schöner Mann, ein Frauenliebling. Schon einige Wochen vorher hatte er einen Brief erhalten, in dem folgendes geschrieben stand:

„Großer Meister, wenn Du das Genie bist, welches die Welt seit langem verehrt, so mußt Du die göttliche Kraft haben, Dich mit dem Götterfluge über die Alltäglichkeiten des Daseins hinwegzusetzen. Fliehe mit mir, die Dich anbetet, die Dein Bild wie einen Fetisch auf dem Herzen trägt. Du hast für den Ruhm genug getan. Denke an das Recht des Augenblicks. Denke an unseren beiderseitigen Genuß!"

Millöcker hatte damals diesem Brief keine besondere Bedeutung beigemessen.

Dergleichen Schreiben von verliebten und aufdringlichen Frauen hatte er schon häufig bekommen.

Er hatte sich im stillen darüber gefreut und sich zumeist keine weiteren Gedanken gemacht. So etwas passierte allen Kollegen. Deshalb unterließ er es auch, die Adresse der Absenderin festzuhalten. Am Morgen des Premierentages nun war von der gleichen Schwärmerin eine neue Karte eingegangen. Sie enthielt folgende Zeilen:

„Verblendeter! So ziehst Du den eitlen Ruhm der beglückenden Liebe vor? Viel Glück für deine heutige Premiere! Gib' nur acht, daß diese nicht durch irgendeinen unvorhergesehenen Zwischenfall gestört wird!"

Das war immerhin eine Andeutung, die den Kapellmeister ein wenig nachdenklich stimmen mußte. Doch die beunruhigende Aufwallung verging bald, als er im Kreise seiner Musiker stand und noch einmal die letzten Weisungen gab. Persönliche Dinge, Frauen und Liebesbriefe waren vergessen. Klug und bestimmt leitete der Künstler jetzt das Orchester.

Hingerissen durch die originellen Weisen, hatte das Publikum dem ersten Akte gelauscht. Entzücken überall. Lange anhaltender Beifall auf allen Plätzen des weiten Hauses. Die Menge jubelte dem Meister zu. Der zweite Akt begann. Das große Liebesduett kam heran. Auge und Ohr gaben sich dem Genuß hin. Das war wahrhaftig mehr als Alltagsmusik. Es hatte sich gelohnt, in die Aufführung dieser Operette zu gehen.

Plötzlich krachte ein Schuß in die Stille. Mitten hinein in das wirkungsvolle Duett. Gleich darauf ein Stöhnen und ein dumpfer Fall in der einen Loge. Was war geschehen? Da gab es auch schon Unruhe. Man sah nach und stellte fest, daß in dieser Loge eine Dame, der das Blut aus einer Brustwunde strömte, tot auf dem Teppich lag. Entsetzt stoben die Besucher auseinander.

Als die Saaldiener und die inzwischen herbeigerufene Polizei die Tote näher untersuchten, fanden sie in ihrer rechten zusammengekrampften Hand einen Zettel, auf dem folgende Worte standen:

„Carl Millöcker, dich anbetend gehe ich in den Tod."

Es war die Dame, die den großen Musiker schon mehrmals um seine Liebe gebeten hatte, von diesem aber nicht beachtet worden war. Sie hatte ihre Drohung wahrgemacht.

Carl Millöcker war von dem Vorfall tief erschüttert. Und erst nach langer Zeit war er wieder in der Lage, schöpferisch tätig zu sein und den „Casparone" zu komponieren.

*

Spaßverderber.

Eine begreifliche Geschichte.

Der Bauer Hinnerk hat sechs Kinder. Und wer sich in der heutigen Zeit austennt, wird wissen, wie sich Hinnerk quälen muß, um diese sechs kleinen Schreier satt zu machen.

Niemand wird es Hinnerk übel nehmen, daß er nicht deckenhoch sprang, als seine liebe Frau ihm so nebenbei erklärte, demnächst würde wohl wieder mal der Klapperstorch eintreffen.

Hinnerk arbeitet gerade draußen vor dem Haus im Kartoffelacker, als die weiße Frau das Fenster aufstößt und hinausruft:

„He Hinnerk!"

„Tja, was is denn?"

„Du, Hinnerk, ein Junge!"

„So", sagt Hinnerk, und während er sich seinen Kartoffeln wieder zuwendet, murmelt er vor sich hin: „Von mir aus und wenn der Herrgott durchaus will, noch achte!"

„He, Hinnerk!" schreit es gleich darauf wieder aus dem Fenster.

„Tja, was denn nu noch?"

„Noch een Junge!"

Da kratzt Hinnerk sich ganz verdutzt am Kopf und sagt langsam: „Daß unser Herrgott aber auch gar keinen Spaß nicht versteht ...!"

*

Mißverständnis.

Der Herr Pfarrer suchte durch Zeitungsanzeige einen Diener für Haus und Gartenarbeit.

Einige Stunden nach Erscheinen der Zeitungsnummer betrat ein junger Mann sein Studierzimmer.

„Können Sie Stiefel wichsen?" fragte der Geistliche.

Der junge Mann verbarg sein Erstaunen über die Frage nicht. Aber er antwortete: „Ich denke doch!"

„Können Sie Fenster reinigen?" fuhr der Geistliche fort.

„Ich werde es versuchen!"

„Sind Sie mit Gartenarbeit vertraut?"

„Ich denke doch!"

„Können Sie Tische scheuern und Silber putzen?"

„Um Gottes willen," schrie der junge Mann, „ist es denn so schlimm?"

„Wie meinen Sie das", fragte der Pfarrer.

„Om", erwiderte der junge Mann, „ich hatte ja vor, mich zum Aufgebot anzumelden, aber Ihre Fragen haben mich in meinem Entschluß wankend gemacht!"

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Aus Groß-Gelsenkirchen.

8. Februar 1933

Alt-Gelsenkirchen

Rücksichtsloser Kraftwagenführer.

In unglaublicher Rücksichtslosigkeit wurde am Dienstag um 12,30 Uhr in der Nähe des hiesigen Betriebsbahnhofs ein älterer Herr aus Wanne-Eickel, der mit seinem Fahrrad auf dem Heimweg war, durch den Führer eines Personenwagens angefahren und vom Rade geschleudert. Der alte Herr, der vorschriftsmäßig die rechte Straßenseite befuhr, verlangsamte mit seinem Rade die Fahrt, um die Fahrgäste aus einer haltenden Straßenbahn aussteigen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit wurde er von dem Kraftwagen, der dieselbe Strecke befuhr, überholt und angefahren. Der Kraftwagen überholte dann auch noch die Straßenbahn an der Haltestelle und brachte dabei die aussteigenden Fahrgäste in größte Gefahr. Nur durch Zufall wurden keine Menschen verletzt. Die Erkennungsnummer des Fahrzeuges wurde aber erkannt, so daß der rücksichtslose Fahrer zur Anzeige gebracht werden kann. +

*

Nur sieben Häuser

wurden im Dezember in Gelsenkirchen dem Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt.

Die Arbeitsgemeinschaft der statistischen Aemter westdeutscher Städte legt den Bericht über die Bautätigkeit in 21 westdeutschen Groß- und Mittelstädten für den Monat Dezember 1932 vor. Wenn wir uns die Zahlen für Gelsenkirchen betrachten, müssen wir feststellen, daß innerhalb der Mauern unserer Stadt erschreckend wenig gebaut wurde. Insgesamt kamen nur sieben Neubauten hinzu. Der Zugang an Wohnungen aus diesen sieben Häusern beträgt 23, und zwar sieben ein bis dreiräumige, 15 vier- bis fünfräumige und eine mehr als sechsräumige Wohnung. Diese Wohnungen enthalten zusammen 93 neue Wohnräume. Die sieben in Gelsenkirchen aufgeführten Gebäude sind aus privater Initiative entstanden. Oeffentliche Mittel wurden für die Bauten nicht in Anspruch genommen. Auffallend ist, daß in Gelsenkirchen weder öffentliche Körperschaften und Behörden noch gemeinnützige Baugesellschaften an den an sich geringen Zugang beteiligt sind.

Der Zugang ist sehr gering, wenn man die Gelsenkirchener Zahlen mit denen anderer Städte vergleicht. In Essen ist z. B. ein Reinzugang von 104 Gebäuden mit 386 Wohnungen der verschiedenen Größen zu verzeichnen. Die Wohnungen umfassen insgesamt 1244 Wohnräume. Für die Erstellung der Bauten wurde zum weitaus überwiegenden Teil Unterstützung aus öffentlichen Mitteln in Anspruch genommen, und wiederum ist der weitaus größte Teil der Neubauten aus der Initiative der gemeinnützigen Baugesellschaften hervorgegangen.

Jugendlicher Messerheld. Auf dem Platz an der Wildenbruchstraße gerieten Dienstag gegen Mittag einige Schulknaben im Alter von etwa 12 bis 13 Jahren in einen Streit, der in eine Rauferei ausartete. Hierbei wurde ein 13 Jahre alter Junge durch einen Steinwurf derart schwer am Kopf getroffen, daß eine stark blutende Kopfwunde entstand. Ein anderer Jugendlicher wurde von seinem Gegner mit einem kleinen Taschenmesser in den linken Oberarm gestochen. Der jugendliche Messerheld nahm hierauf Reißaus, doch dürfte er seiner wohlverdienten Strafe nicht entgehen. (h)

Einbrecher, die kein Glück hatten. In der Nacht zum Dienstag haben Einbrecher ihr Glück an der Filiale eines Konsumvereins, die in dem Neubauhäuserblock an der Ecke Bismarck- und Schultestraße eingerichtet ist, versucht. Sie haben mit Brecheisen die Rollade der Eingangstür zu erbrechen versucht, doch in das Innere des Ladens sind die Täter nicht gelangt, da sie anscheinend gestört wurden. +

„Winterhilfe." Anläßlich des Jahresfestes der Einkaufsgesellschaft „Einko" überwies diese der Winterhilfe 160 Mark auf Sparkassenkonto. Die Gelder sind der Ueberschuß einer besonders für diesen Zweck veranstalteten Verlosung.

Das Knappschaftskrankenhaus bittet uns mitzuteilen, daß die Besuchsstunden unverändert Mittwochs, Freitags und Sonntags von 14,30 bis 16 Uhr sind.

Geistesgegenwärtiger Straßenbahnführer.

Ein Verkehrsunfall, bei dem ein etwa sechs- bis sieben Jahre altes Mädchen unglaubliches Glück hatte, ereignete sich Dienstagvormittag auf der Hohenzollernstraße am Eingang der Bohwinkelstraße. Das Mädchen lief hinter einem von Ueckendorf kommenden Pferdefuhrwerk her, bog ganz plötzlich zur anderen Straßenseite herüber und rannte direkt vor einen aus der Richtung Bahnhof kommenden Straßenbahnwagen. In seiner Angst sprang das Kind wieder zur anderen Seite zurück und wurde im selben Augenblick von einem Dreirad erfaßt und zur Seite geschleudert, wobei es um ein Haar unter die Räder des Straßenbahnwagens geraten wäre, wenn es dem Führer nicht gelungen wäre, seinen Wagen fast auf der Stelle zum Halten zu bringen. Erfreulicherweise kam das Kind mit starken Hautabschürfungen und dem Schrecken davon. Kraftfahrer sowie der Straßenbahnführer atmeten erleichtert und befreit auf, denn soeben war das Kind am Tode vorbeigegangen. (h)

„Im Weinzimmer auf Schloß Borbeck"...

Gerichtsfilm in vier Folgen: Unter falscher Flagge. — Ausgenutzte Parteifreunde. — Die geraubte Jugendkasse. — Der „Eintags-Lebemann".

Zur Zeit sitzt der 19 Jahre alte Schreiner Theodor M. aus Gelsenkirchen im Gerichtsgefängnis zu Frankfurt am Main. Er gehörte hier der sozialistischen Arbeiterjugend an. Der Wandertrieb hatte ihn gefaßt, und ohne jeden zwingenden Grund verließ er anfangs Juli seine elterliche Wohnung. Er „wanderte" nach Wanne-Eickel, stellte sich hier dem Kassierer der SAP. unter einem falschen Namen vor und gab dabei an, er käme von weither. . . . Der Kassierer gab ihm Essen und Obdach. Trotz seiner großen Wanderlust blieb M. etwa zwei Wochen bei seinem Parteifreund. Endlich verabschiedete sich M. in aller Form.

Kaum war der Kassierer ein wenig später aus seiner Wohnung gegangen, ließ sich M. unter dem Vorwand, er wollte nur seine Schuhe ein wenig in Ordnung bringen, nochmals in das Zimmer seines Parteifreundes begab. Er wußte, daß die Gelder der Jugendkasse in dem Kleiderschrank in einer Kassette standen. Darauf hatte M es nur abgesehen.

Mit einer Zange öffnete er die Kassette und entnahm daraus etwa 250 Mark.

Sein erstes Ziel war Gelsenkirchen. Er kaufte sich hier zunächst ein Paar neue Schuhe und einen Anzug. Alsdann stieg er in eine Autotaxe und ließ sich nach Schloß Borbeck fahren. Unterwegs erzählte er dem Kraftfahrer, er sei der Sohn reicher Gutsleute aus dem Lippischen und sei auf einer Vergnügungsfahrt. Also nahm man in Borbeck zunächst ein feudales Mittagessen ein. Ein guter Tropfen folgte und dann war M. in der richtigen Stimmung.

Die Kellner freuten sich über den guten Gast; man wechselte ihm bereitwillig allerlei Kleingeld in Papiergeld um, und schließlich führte man M. mit seinem Kraftfahrer durch die Schloßräume. In einem Weinzimmer wurde Halt gemacht. Dann wurde Wein aufgefahren, und M. ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen und verzehrte einen Hummer. Dann kamen etwa fünf liebe Freunde an den Tisch, die bekanntlich nie fehlen, wenn es etwas zu „erben" gibt. Bald knallten die Sektpfropfen, und am Schlusse war M. soweit, daß er nur noch starken Bohnenkaffee vertragen konnte. Nachdem M. die letzte Zeche von 30 Mk. bezahlt hatte, war er noch Besitzer von 10 Mark.

Zwei Tage wurde er von dem Kraftfahrer verpflegt und beherbergt; denn dieser hatte 29 Mark Fahrtkosten einheimsen können. Notgedrungen kehrte M. als reuiger Sohn zurück. Die Kriminalpolizei hatte sich inzwischen eingemischt . . .

Das Gericht verurteilte M. wegen schweren Diebstahls zu drei Monaten Gefängnis und brachte die erlittene Untersuchungshaft in Anrechnung.

Verkehrsunfälle vor Gericht.

Der Kraftfahrer S. aus Essen erklärte, er sei in der Nacht zum 9. Oktober in langsamem Tempo durch die Schwarzmühlenstraße gefahren. Beim Ueberholen des Radfahrers M. sei dieser plötzlich nach links ausgebogen und dabei angefahren worden. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß S. sehr schnell gefahren und keinerlei Warnungssignale abgegeben hatte. Er hat den Radler von hinten angefahren, trotzdem dieser vorschriftsmäßig gefahren war. Daß der Angeklagte sich sofort um den verletzten Radler gekümmert hat, warf ein gutes Licht auf den Angeklagten, der als Schuldiger mit 40 Mark Geldstrafe belegt wurde.

Die Endstelle der Essener Straßenbahnen in der Hindenburgstraße ist eine Gefahrenquelle erster Art. Als ein 66jähriger Metzgermeister am 27. November den Bürgersteig verließ, um in einen Straßenbahnwagen einzusteigen, wurde er von dem Lieferwagen des B. angefahren, auf den Bürgersteig geschleudert und dabei verletzt. Nach der Beweisaufnahme hatte B. kurz vorher einen Radler überholt. Um vor diesem an der Straßenbahn vorbeizukommen, gab er Vollgas und fuhr dabei den alten Mann an. Das Gericht hatte bei dem Strafmaß zu berücksichtigen, daß auch der Verletzte ein Mitverschulden infolge Unachtsamkeit trägt, und verurteilte B. entsprechend zu 30 Mark Geldstrafe.

„Pläne, von denen man spricht."

Um die Verlegung der Köln–Hamburger D-Züge.

Ein Vorstoß Dortmunds?

Gelsenkirchens Bürger entsinnen sich, daß wir vor nicht langer Zeit einem Angriff parieren mußten, der darauf hinzielte, die seit Jahr und Tag schon über Gelsenkirchen-Hbf. verkehrenden Köln-Hamburger D-Züge künftig von Köln aus über Wuppertal—Hagen—Hamm—Münster nach Hamburg und zurück zu leiten. Wir wiesen damals dem Fahrplanberater für den „Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels" in Hamburg nach, daß seine Entwürfe nie und nimmer entstanden wären, wenn er die Verkehrsverhältnisse des Ruhrgebietes an Ort und Stelle eingehend geprüft hätte. Und deshalb schrieben wir auch: Wir wollen uns doch lieber auf die Reichsbahn verlassen, die derartige Anträge dahin besorgen wird, wobin sie gehören! . Gemeint war der . . . Papierkorb!

In das Hamburger Blech-Horn stößt nunmehr auch Dortmund. Die „Pläne, von denen man spricht", verdanken wir der „Rh.-W. Z." In Nr. 45a vom 25. Januar 1933 heißt es u. a.: „Durch zweigleisigen Ausbau der Strecken Münster—Lünen und Schwelm—Witten wird später auch einmal für die D-Züge Hamburg—Köln eine kürzere, günstigere Verkehrsstrecke geschaffen werden, die dann von Hamburg über Münster—Lünen—Dortmund—Witten—Wuppertal nach Köln führt und somit auch Dortmund berührt, während die D-Züge, die jetzt über Recklinghausen—(Gelsenkirchen-Hbf.)—Essen verkehren, auf die Linie Münster—Hagen—Wuppertal umgelegt werden sollen." Dieser fragwürdige Artikel klingt in dem mehr als schönen Satz aus: „Wenn das vor der Hand sich auch wie Zukunftsmusik anhört: Die Reichsbahndirektion wird alles tun, damit Dortmund zusammen mit Essen, hinsichtlich des Reichsbahnverkehrs gegenüber Wuppertal nicht ins Hintertreffen geraten."

Jawohl, die Reichsbahndirektion Essen wird sich dieses frommen Wunsches gern erinnern, aber erst dann, wenn zwischen Dortmund und Essen das ganze Ruhrrevier mit allen Groß-, Mittel- und Kleinstädten, mit einer Bevölkerung, die das Vielfache derjenigen von Dortmund und Essen zusammen ausmacht, mit seinen Verkehrswegen versunken sein wird.

Vorerst jedoch dürfte die Reichsbahndirektion jene Meinung teilen, der man auch in der „Rh.-W. Z." vom 27. Januar Ausdruck gab, eine Meinung, die auch von uns jüngst nachdrücklichst vertreten wurde: „Offenbar machen sich die Urheber solcher Pläne gar nicht klar, daß die Züge, um bei dem ersten Beispiel zu bleiben, zwischen Köln und Hamburg nicht von dem Verkehr, der an den beiden Endpunkten aufkommt, ausreichend befruchtet werden, sondern vor allen Dingen auch von dem wirtschaftlich und bevölkerungsmäßig sehr belebten Gebiet von Düsseldorf über Duisburg—Essen—Bochum nach Dortmund und über Oberhausen—Gelsenkirchen—Wanne nach Münster. Nicht nur der direkte Verkehr bis Hamburg, sondern auch nach entfernteren Zwischenstationen wie Münster, Osnabrück und Bremen gibt diesen Zügen eine Besetzung, die allein ihre Einlegung in dem jetzigen Umfang gestattet. Der fragwürdige Vorteil einer Fahrtverkürzung zwischen den beiden Endpunkten würde jedenfalls für den vielleicht größten Verkehr dieser Züge aus dem Industriebezirk in sein Gegenteil verkehrt, da von den Orten von Düsseldorf bis Bochum oder Wanne einschließlich entsprechend längere Anfahrten gemacht werden müßten, um die D-Züge in Wuppertal, Dortmund oder Münster zu erreichen. Gleichzeitig würde die Reichsbahn gemäß ihrer Pflicht, die Verkehrsinteressen gleichmäßig zu berücksichtigen, mindestens gewisse Zubringerzüge einrichten müssen, die dann auch wieder zur Verteuerung des Verkehrs beitragen würden. Wenn daher in der Dortmunder Mitteilung der Schlußsatz zum Ausdruck bringt, daß die Reichsbahndirektion Essen alles tun werde, um Dortmund zusammen mit Essen hinsichtlich des Reichsbahnverkehrs gegenüber Wuppertal nicht ins Hintertreffen zu bringen, so wird man vor allen Dingen daran denken müssen, daß es nicht angängig ist, den gesamten Durchgangsverkehr aus dem Industriebezirk selbst weg und nur an seinem Rande über Dortmund zu führen. Das Vorhandensein von mehr als drei Millionen Einwohnern im Industriebezirk von Düsseldorf bis Bochum, gegenüber den nur ein Viertel davon betragenden des Wuppertaler Bezirks, sollte Anlaß genug sein, auch in Dortmund keine Kirchturmpolitik zu treiben, sondern zusammen mit dem gesamten Bezirk die wahren Interessen dieses Bezirks, die mit denen Dortmunds zusammenfallen, zu verteidigen."

Was jetzt von Dortmund aus betrieben wird, ist in der Tat „Kirchturms-Politik" in höchster Potenz. Es ist unmöglich, daß die Reichsbahn hierbei irgendwie ihre Hand im Spiele haben könnte. Soviel Unverstand und soviel Verantwortungslosigkeit traut man nicht einmal dem jüngsten Verkehrsfachmann zu.

Es kann sich demnach bei dem Dortmunder Artikelschreiber lediglich um jemanden handeln, der einmal „sein" Dortmund ganz groß sehen möchte und sodann in diesem Verlangen den Einflüsterungen interessierter Kreise (in Hamburg und Wuppertal) zum Opfer fiel.

Wir brauchen aus seinen Ausführungen nur ein Beispiel herauszugreifen, um darzulegen, wie gedankenlos die Arbeit ist. So schreibt er: „Dringend erforderlich ist der zweigleisige Ausbau der Strecke Dortmund—Werne—Münster, die jetzt eingleisig, sogar von dem D-Zug München—Köln—Dortmund—Emden—Norden (D 47) befahren werden muß."

Muß? Von „müssen" kann gar keine Rede sein. Es liegt nicht gar geringste Bedürfnis vor, dem genannten D-Zug den Weg über Werne zu geben. Es ist sogar als höchst ungerechtfertigt zu bezeichnen, daß man die Linienführung zum Sommerfahrplan 1932 änderte.

Als nämlich D 47 noch den Weg über Recklinghausen nahm, brauchte er zwischen Gelsenkirchen und Münster eine Fahrzeit von 68 Minuten, heute, da er über Werne verkehrt, sind 96 Minuten erforderlich, also 28 Minuten mehr.

Es wäre sehr zu wünschen, daß die Reichsbahndirektion Essen von sich aus zu den merkwürdigen Einfällen aus Dortmund Stellung nehmen würde. Gleichzeitig dürften wir wohl auch erwarten, daß sich die Verkehrsverbände (Bezirksverkehrsverband für den Bezirk der Industrie- und Handelskammer zu Bochum und Verkehrsverband „Industriebezirk" zu Essen) ihrer Pflicht gegenüber den Mitgliedern bewußt werden.

Diesen Artikel entnehmen wir der neuesten Nummer des „Verkehrsturm", der Zeitschrift des Gelsenkirchener Verkehrsvereins.

Heute:

Der Erzähler

Redaktions-Sprechstunden werktäglich (mit Ausnahme des Samstags) von 12 bis 13 Uhr und von 17 bis 18 Uhr

Unsere heutige Ausgabe umfaßt 10 Seiten

Ueble Raufereien.

In der Nacht zum Montag kam es auf der Oststraße zwischen den Gebrüdern W., Kaupstraße 5 wohnhaft, und mehreren anderen Personen zu einer Schlägerei. Die Gebrüder W. waren von ihren Gegnern überfallen und mißhandelt worden. Auf dem Heimwege bewaffneten sich die Gebrüder W. mit Zaunlatten. Auf der Hochkampstraße wurden sie wiederum von ihren Gegnern angerempelt, konnten sie jedoch in die Flucht schlagen. Auf der Verfolgung wurden auf die Gebrüder W. fünf Schüsse abgegeben. Albert W. erhielt einen Oberschenkelsteckschuß und wurde in das evangelische Krankenhaus transportiert. Politische Motive liegen dem Vorfall nicht zu Grunde. Es handelt sich um Raufereien zwischen Personen, die daran ihre besondere Freude haben. Die polizeiliche Untersuchung ist noch im Gange.

Zu einem weiteren blutigen Vorfall kam es am Montag früh gegen zwei Uhr auf der Wilhelminenstraße. Hier wollte ein rabiater Mann gegen den Willen des Wirtes, der ihm das Lokal verboten hatte, in die Wirtschaft eindringen. Der Wirt und zwei andere Männer stellten sich ihm entgegen. Nun zog der rabiate Mann ein Messer und stach blindlings auf seine Gegner ein. Während der Wirt unverletzt blieb, erhielten seine Helfer Stiche in den Oberarm. Die Verletzungen sind glücklicherweise nicht lebensgefährlich. Die Verletzten konnten sich, nachdem sie im evangelischen Krankenhause verbunden worden waren, in ihre Wohnungen begeben. Der Messerheld wurde von der Polizei vorläufig festgenommen und nach Klärung des Sachverhaltes, weil eine Flucht nicht zu befürchten ist, wieder auf freien Fuß gesetzt. Ein Strafverfahren ist gegen ihn eingeleitet worden.

*

Verlängerte Einlösungsdauer

der Reichsbezugsschein für verbilligtes Frischfleisch.

Auf Grund zahlreicher Gesuche von Fleischverkaufsstellen hat sich der Reichsarbeitsminister zur Vermeidung von Härten damit einverstanden erklärt, daß die Abschnitte der beiden Reichsbezugsscheine für verbilligtes Frischfleisch, deren Gültigkeitsdauer ursprünglich vom 17. Oktober bis 30. November und vom 1. Dezember bis 31. Dezember 1932 begrenzt war, auf Antrag nachträglich eingelöst werden, wenn ein entsprechender Antrag bis zum 20 Februar d. J. gestellt wird. Einlösungsstellen für die verfallenen Abschnitte der Reichsbezugsscheine in Gelsenkirchen sind die Stadthauptkasse in Gelsenkirchen und die Zahlstellen in Buer und Horst. Gleichzeitig machen wir noch einmal darauf aufmerksam, daß die Einlösungsfrist für die im Januar ausgegebenen Reichsverbilligungsscheine mit dem 9. Februar abläuft.

*

Aus der Diebeszunft.

In der letzten Zeit mehren sich die Einbrüche in den Stadtteilen Bulmke und Hüllen in erheblichem Umfange. So wurde in den Abendstunden des 1. Febr. ein Einbruchsdiebstahl in eine Wohnung des Hauses Wannerstraße 151 ausgeführt. Hierbei sind die Täter gestört worden. Sie konnten nur eine rosa Tischdecke mitnehmen, mehrere Bilder wurden von der Wand genommen und im Garten zurückgelassen. Eine Kartoffelschälmaschine und einen Milchtopf mußten sie gleichfalls im Garten zurücklassen.

Weiter wurde in der Nacht zum 3. Februar ein Einbruch in ein Lebensmittelgeschäft in der Wannerstraße ausgeführt. Aus dem Geschäft wurden eine größere Menge Lebensmittel und Tabakwaren, sowie Wäschestücke gestohlen. In diesem Falle ist für die Ergreifung der Täter und die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Sachen eine Belohnung ausgesetzt.

Aus der Lehrwerkstatt der früheren Hadsteinschen Fabrik an der Hohenzollernstraße wurde in der Nacht zum 3. Februar eine Batterie für einen Kraftwagen gestohlen.

Ferner wurden am 3. Februar gegen 24 Uhr aus einem Stall in der Wannerstraße acht Enten gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet.

Von einem Fahrrad, das in einem Schuppen an der Wannerstraße untergestellt war, wurde in der Nacht zum Sonntag das Hinterrad abmontiert und mitgenommen. Es handelt sich um ein Rad mit gelben Felgen und schwarzen Streifen. In demselben befindet

ALSBERG's
WEISSE WOCHE
die willkommene Gelegenheit, schöne wertvolle
Damen-Wäsche
sehr preiswert zu erstehen



Schlüpfer aus gutem Tramatine oder maschenestem Charmeuse, in allen Größen und Farben vorrätig . . 1.95 1.45 95 — 88

Prinzeßröcke moderne taillierte Form, aus schwerem maschenfesten Charmeuse, mit entzückenden Motiven 3.45, 2.45, 1.95 — 1.75

Crêpe-Garnitur Hemdchen und Schlüpfer aus allerbestem Bemberg-Crêpe, in hübschen Farben sortiert, 2teilig 2.20 — 1.90

Schlafanzüge für Damen, aus farbigem Mako oder gutem Popeline, hübsche Form, mit langem Arm oder Puffärmel, neuartige Besätze . . . . 4.80, 4.-, 3.45 — 2.45



Achselhemden vollgroß und weit, aus gutem Hemdentuch, mit Feston oder Bogen garniert 1.45 1.00 78 — 68

Trägerhemden mit reicher, hübscher Feston- oder Klöppel-Garnierung 1.45 95 — 75

Nachthemden für Damen, in weiß u. farbig, mit Feston, Klöppel oder Mille-fleurs garniert, in eleganter Ausführung 2.45 1.95 1.45 — 95

Nachthemden für Damen, mit langem Arm, aus gutem Hemdentuch, mit Feston oder Mille-fleurs garniert 2.95 2.45 1.95 — 1.45

Während der Weissen Woche spielt im Erfrischungsraum die Künstler-Kapelle Goé Wiener

ALSBERG
GELSENKIRCHEN

sich ein Freilauf Marke „Komet". Der Geschädigte hat für die Ergreifung der Täter und die Wiederherbeischaffung des Rades eine Belohnung ausgesetzt.

In der Nacht zum Sonntag wurde in einem Zigarrengeschäft in der Germanenstraße eingebrochen und Tabakwaren im Werte von 250 RM. gestohlen. Hier haben die Täter zunächst die Schaufensterscheibe eingeschlagen und die Sachen aus der Auslage des Fensters entfernt.

In der Nacht zum Montag drangen Diebe in ein Geschäft auf der Wannerstraße ein. Gestohlen wurden Haarschneidemaschinen, Messer und Toilettenartikel.

Das Publikum wird dringend gebeten, sämtliche Mitteilungen, die zur Aufklärung der strafbaren Handlungen dienlich sein können, an die Kriminalpolizei in Gelsenkirchen, Abstraße 24, Zimmer 64—70, gelangen zu lassen.

*

Auch das Handwerk will Arbeit!

Die Industrie- und Handelskammer Münster teilt mit: Nach den vorliegenden Berichten sind in den Arbeitsbeschaffungsplänen der Reichsregierung in erster Linie Tiefbauarbeiten vorgesehen. Auf Grund der hierfür in Frage kommenden Bedingungen werden die Arbeiten wahrscheinlich durchweg den Großunternehmungen zufallen. Das Handwerk würde demnach nahezu restlos bei dem Gereke-Plan unberücksichtigt bleiben.

Gegen ein derartiges Verfahren muß das Handwerk entschieden protestieren. Es muß die dringende Bitte ausgesprochen werden, daß einmal in das Sofort-Programm auch die Ausführungen von Hochbauarbeiten, soweit sie für die Wiederherstellung und Erhaltung städtischen Hausbesitzes erforderlich sind, einbezogen werden, dann aber auch die Arbeitsbedingungen für das mittelständische Straßenbaugewerbe tragbar gestaltet werden. Nur unter diesen Bedingungen kann das Sofort-Programm eine nachhaltige Wirkung und Belebung erzielen.

*

Wegen Ueberlastung mit Wohlfahrtsausgaben.

Die Antwort auf eine Kleine Anfrage der DVP. im Landtag.

Die Deutsche Volkspartei hatte in einer Kleinen Anfrage im Preußischen Landtag Klage über die Nichtzahlung von Rechnungen der Kohlenplatzhändler durch die Stadt Gelsenkirchen geführt. Nach der Antwort, die Minister Severing jetzt dem Landtag vorlegt, hat der Kommissar des Reichs für den Geschäftsbereich des Innenministeriums zu der Kleinen Anfrage wie folgt Stellung genommen:

„Die Stadt Gelsenkirchen ist wegen Ueberlastung mit Wohlfahrtsausgaben zurzeit nicht in der Lage, alle ihren sonstigen Verpflichtungen sogleich zu erfüllen. Staatsbeihilfen stehen für diese Zwecke nicht zur Verfügung. Der Staatskommissar zur Sicherung der Abführung der Staatssteuern konnte daher mangels verfügbarer städtischer Einnahmen die Zahlungsanweisungen über die vollen Beträge der Rechnungen der Kohlenplatzhändler nicht freigeben. In einer Verhandlung mit dem Regierungspräsidenten haben die Vertreter der Kohlenhändler durchaus Verständnis für die zeitige finanzielle Lage der Stadt und die Notwendigkeit einer gleichmäßigen und allmählichen Befriedigung aller Forderungsberechtigten gezeigt, so daß eine entsprechende Regelung getroffen werden konnte."

*

Warnung vor einem Darlehnvermittlungsgeschäft.

Der Polizeipräsident teilt mit: „Das bisher von dem Kaufmann Ludwig Doile betriebene Gewerbe „Herausgabe der Zeitschrift Wirtschafts- und Kapitalmarkt" gelangte im September vorigen Jahres zur Abmeldung. Es wird jedoch unter Hinzunahme einer „Spar- und Kreditkasse und Verlag GmbH." in Eisenach fortgesetzt. Geschäftsführer dieses Unternehmens war bis Ende November vorigen Jahres der mehrfach vorbestrafte Gerichtsassessor Friedrich Reichhardt. Für ihn wurde der Direktor Joachim Neumann als Geschäftsführer bestellt. Neumann war früher Geschäftsführer der Landesgeschäftsstelle Wien des Wirtschafts- und Kapitalmarktes.

Gegen ihn sowie gegen Doile schweben bei der Staatsanwaltschaft in Wien mehrere Strafverfahren wegen Betruges. In Osterburg hatten Doile und Neumann folgende Gesellschaft zur Eintragung ins Handelsregister angemeldet: „Finanzierungsdienst, Sparkasse und Verlag, Gesellschaft mit beschränkter Haftung." Die Anmeldung ist im Oktober vorigen Jahres erfolgt. Da vor der Eintragung der Vertrag von Behörden und Organisationen zu prüfen war und hierbei Bedenken geäußert wurden, ist die Eintragung noch unterblieben. Neuerdings hat Doile seinen Betrieb auch auf Frankreich ausgedehnt. Vor der Aufnahme von Geschäftsverbindungen mit der genannten Firma wird dringend gewarnt."

Gewerkschaftliches.

Jugendbund im GdA. Die Mädelschaft 1 hat heute um 20 Uhr einen Mädelabend. An diesem Abend spricht Frl. Meta Marks über Leibesübungen als Kraftquelle für geistiges Aufwärtsstreben.

Kirche – Schule – Haus.

Kirchliches Neustadt. Am Samstag um 20.15 Uhr wird im Vereinshaus an der Mühlenstraße ein Wohltätigkeitskonzert des Zupforchesters „Erholung" zu Gunsten der evangelischen bedürftigen Neustädter Konfirmanden stattfinden. Das dafür vorgesehene Programm bürgt für einen recht erfreulichen musikalischen Genuß. Der Eintritt beträgt 30 Pfennig. Um der ganz besonderen Not der gegenwärtigen Zeit wäre es wohl herzlich zu wünschen um des guten, edlen Zweckes willen, daß die Veranstaltung von allen Gemeindegliedern besucht würde, zumal der Eintrittspreis so niedrig bemessen ist.

Die „168 000 Gulden" des Oberbürgermeisters.

Ueble Verunglimpfung der Winterhilfe. — Ein Verleumder vor dem Buerschen Richter.

Ein Gerücht bricht den Hals!

Trotzdem gerade in den letzten Monaten sich die Gerichte auch in unserer Stadt wiederholt mit Verleumdern von Behörden haben beschäftigen müssen, gibt es immer noch Menschen, die überaus leichtfertig und mit frecher Stirn die gröbsten Verunglimpfungen öffentlich ausstreuen. So hatte sich gestern z. B. der Buersche Einzelrichter mit dem Bücherrevisor W. zu befassen, der über die städtische Winterhilfe und die Person des Gelsenkirchener Oberbürgermeisters Zimmermann die unglaublichsten Dinge verbreitet hat.

Am Abend des 7. Oktober befand sich W. mit zwei Wohlfahrtsempfängern, denen er fortwährend Bier traktierte, in der Wirtschaft B. an der Essenerstraße in Buer. Im Laufe der Unterhaltung kamen die Wohlfahrtsempfänger auf ihre Not und schließlich auch auf die „Winterhilfe" zu sprechen. „Winterhilfe" — das war für W. das Stichwort zu einer wüsten Schimpferei, in deren Verlauf er u. a. sagte, daß die ganze Winterhilfe „Krampf" sei; im vorigen Jahre habe er einen Anzug für die Winterhilfe gestiftet, der heute noch von einem Buerschen Rathausbeamten getragen würde. Ein zufällig anwesender Rathausbeamter, den W. aber nicht erkannte, stellte den W. zur Rede: W. erklärte darauf, daß er mit ihm am nächsten Morgen zum Rathaus gehen und ihm den betreffenden Beamten zeigen werde.

Im weiteren Verlauf der Schimpfkanonade ritt W. dann auch noch gegen die Person des Oberbürgermeisters mit folgenden Worten an: „Der Oberbürgermeister ist genau so einer: der hat 168 000 Gulden nach Holland verschoben!" Nach diesem Ausfall hatte der anwesende Rathausbeamte mehr als genug. Er gab sich dem Verleumder zu erkennen, worauf W. ziemlich kleinlaut wurde, zumal der Beamte fragte, ob er das alles beweisen könne. W. erschien übrigens auch am andern Morgen nicht im Rathaus, um den Beamten mit dem „Winterhilfe-Anzug" zu bezeichnen. Inzwischen aber erstattete der Beamte der Ohrenzeuge des Geschimpfes gewesen war, pflichtschuldigst bei seiner Dienstbehörde Bericht. Gegen W. wurde Strafantrag wegen öffentlicher verleumderischer Beleidigung der Stadtverwaltung und des Oberbürgermeisters gestellt.

Als W. gestern vor dem Richter den Wahrheitsbeweis antreten sollte, versagte er vollkommen.

In der Anzug-Sache erklärte er, daß er garnicht von sich gesprochen habe, sondern von einem Anzug, den ein Buersches Konfektionsgeschäft für die Winterhilfe gestiftet habe. Durch Zeugenaussagen konnte ihm das Gegenteil bewiesen werden. Uebrigens, meinte W. noch, sei es ja allgemein bekannt, daß die Wohlfahrtsempfänger die Anzüge aus der Winterhilfe mitunter teuer genug bezahlen müßten. Vom Richter gefragt, wie er an die Guldengeschichte des Oberbürgermeisters komme, sagte W., der Sohn des Oberbürgermeisters habe zu seinen Klassenkameraden — einigen Gymnasiasten — eines Tages gesagt, er bekäme zu Hause kein Geld, weil sein Vater alles nach Holland schickte. Diese bei einer anderen Gelegenheit schon einmal als völlig aus der Luft gegriffene Bemerkung wurde dann durch mehrere Zwischenträger schließlich so aufgebauscht, daß W. an dem besagten Abend „168 000 verschobene Gulden" daraus machte.

Da der Angeklagte keine Spur eines Wahrheitsbeweises in beiden Fällen beizubringen vermochte, kam das Gericht zu einer Verurteilung von je dreißig Mark Geldstrafe, zusammen sechzig Mark, ersatzweise zehn Tage Gefängnis. Die Strafe fiel deswegen so milde aus, weil das Gericht der Annahme war, daß der Verurteilte an dem betreffenden Abend doch wohl nicht ganz nüchtern gewesen sei.

Russischer Kirchenchor Berlin in Ueckendorf.

Alle Freunde russischer Musik möchten wir darauf aufmerksam machen, daß heute 20 Uhr in der evang. Kirche in Ueckendorf eine musikalische Feierstunde ganz besonderer Art stattfindet. Der Russische Kirchenchor Berlin unter Leitung von Dr. W. Kudrianzeff bringt russische Kirchengesänge und geistliche Lieder zu Gehör. Der Chor befindet sich auf einer Konzertreise und bietet uns die seltene Gelegenheit, die russische Musica sacra in ihrer überwältigenden Eigenart kennen zu lernen. Die Konzertreise findet im Auftrage der Russischen Bruderhilfe statt, die es sich zur Aufgabe macht, den Christen in Rußland durch die Tat zu helfen. Die Ansprache hält Prediger Nicolai Orloff oder Dr. Feodorow. Der Eintrittspreis an der Kasse beträgt 0,30 RM., 0,15 RM. für Erwerbslose, 0.10 RM. für Kinder. Niemand sollte die Gelegenheit versäumen, diesen berühmten Chor zu hören. Die Kirche ist von 19 Uhr an geöffnet.

Aus den evangelischen Vereinen.

Evangelischer Männer- und Jünglingsverein Bismarck-West. Die Stunde ist von Freitags auf Mittwochs, 20 Uhr, verlegt. Der Männerchor übt jetzt Freitags um 20 Uhr.

Evangelischer Jungmännerverein Bismarck. Jungvolk: Heute Rüststunde für den Filmabend am Samstag, 20 Uhr, bei Koppers. Jungvolker erscheinen in Kluft. Programme sind bei allen Mitgliedern zu haben. Jungvolk und Jungschar treffen sich schon um 19 Uhr im Saale Koppers.

Evang. Männer- und Jünglingsverein Altstadt. Heute um 19 Uhr übt das Posaunen- und Trommlerkorps im Heim, um 20 Uhr ist Bühnenprobe des „Chorals von Leuthen". Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist erforderlich, da nur noch eine Probe stattfinden kann.

Führertagung 1933

des Kreisverbandes Evang. Arbeitervereine Gelsenkirchen.

Zur festgesetzten Regel des Kreisverbandes ist es geworden, daß nach den in den einzelnen Vereinen beendeten Vortragsfolgen der Kreisvorstand die Vertreter aller Vereine in einer besonders zeitgemäß eingestellten Führertagung vereint und ihnen durch bedeutsame Referate während zweier Wochen einen gewissen Abschluß bietet und neue Anregungen gibt. Dank des freundlichen Entgegenkommens des Presbyteriums finden diese Führertagungen nun schon seit Jahren im evang. Gemeindehaus in Ueckendorf statt.

Am Montag begann die diesjährige Führertagung in recht verheißungsvoller Weise. Ueber 100 Teilnehmer waren zur Stelle. Pfarrer J. Peter-Bismarck, der Kreisvorsitzende, spricht das Eingangsgebet und begrüßt wärmstens alle Kameraden. Dann gedenkt die Versammlung des Ablebens eines der Treuesten des Verbandes, des heimgegangenen Röhlinghauser Führers Georg Fischer, dessen Andenken bei uns nie erlöschen wird und dem man als Abschiedsgruß „Wenn ich einmal soll scheiden" singt.

Das Generalthema der Führertagung: „Aufbau der evangelischen Gemeinde durch die Hilfe der Arbeiter-, Männer- und Volksvereine" stellt die Vereine vor praktische Aufgaben. Superintendent Hußmann kennzeichnete in seiner Ansprache das wichtige und bedeutsame Generalthema in seiner Bedeutung für Kirche, Gemeinde, Vereine und Mitgliedschaft. Erfreulich ist es, daß sich aus den Kreisen der Männer die Forderung nach der Mitarbeit in Kirche und Gemeinde erhebt und daß sich die Männer bereitfinden. Gegenüber den feindlichen Fronten gegen Christentum und Kirche treten nun die Männer furchtlos und treu auf, um mit wachen und beten, mit ringen und arbeiten in der Kirche mit der Kirche im Segen zu wirken. Er wünscht der Tagung gesegneten Verlauf.

Den ersten Vortrag hielt anschließend Pfarrer Lic. Werdermann-Witten, einfach und schlicht, aber eindringlichst über das Wesen der Gemeinde nach dem Neuen Testament. Die den Männern von Gott gestellte Aufgabe ist, die Gemeinden lebendig zu gestalten und die inneren Lebenskräfte des Evangeliums für das Volk zu gewinnen. Es kommt auf christliche Persönlichkeiten an, die erkennen, wie lebenswichtig unsere Gemeinden sind und die bereit sind, in Glaube und Liebe einander zu dienen und eine Lebensverbindung mit Gott und den Brüdern innerhalb der Gemeinde zu schaffen. Mit einem Aufruf zur unermüdlichen Betätigung der Männer als Vorbilder kirchlicher Treue schloß der Referent seine von praktischen Erfahrungen getragenen, sehr beachtenswerten Ausführungen. Sie machten einen solch tiefen Eindruck, daß von einer größeren Aussprache Abstand genommen wurde. Nach kurzer Fragestellung wurde der so anregend verlaufene Abend durch den Vorsitzenden mit Dankeswort und dem Segen des Herrn geschlossen.

Heute spricht Dr. Urban-Münster über „Die christliche Gemeinde im Laufe der Jahrhunderte". Es sei noch bemerkt, daß alle Pfarrer, die Mitglieder der Presbyterien und der größeren Kirchenvertretungen aller Kirchengemeinden des Verbandsbezirks zu allen Vortragsabenden herzlichst eingeladen sind. (J)

Aus den Kriegervereinen.

Stadtkriegerverband Gelsenkirchen. Der Saarverein, Ortsgruppe Gelsenkirchen, veranstaltet am Sonntag um 17 Uhr im Saal des Hans-Sachs-Hauses eine große Saar-Kundgebung. Er bittet die Kriegervereine, ihre Fahnendeputationen dazu zu entsenden, die unentgeldlichen Eintritt haben. Die Kriegervereine werden vom Saarverein gebeten, zahlreich an dieser Feier teilzunehmen, eine Bitte, die der Stadtkriegerverband nur warm unterstützen kann.

Frauengruppe ehem. 135er. Nächste Versammlung am 8. Februar.

Frauengruppe des Kriegervereins 4. Mgdb. Inf.-Reg. Nr. 67. Morgen um 16 Uhr im Vereinslokal Simon Monatsversammlung.

Kriegerverein „Alte 13er". Morgen, 20 Uhr, bei Eckermann Sitzung des erweiterten Vorstandes. Sonntag, 17 Uhr, Generalversammlung. Kamerad Lücking hält einen Vortrag: „Was heißt deutsch sein?"

Frauengruppe Gardeverein 1. Batl. Die Generalversammlung findet nicht heute, sondern Mittwoch, den 15. Februar, 20 Uhr, bei Rütter statt.

Gelsenkirchener Schützenbund.

Jägerkompanie Donnerstag 20 Uhr in der Stadthalle Jahreshauptversammlung.

Westdeutscher Jungmännerbund, Kreisverband Gelsenkirchen (Jungvolk). Heute 20.15 Uhr Führerabend im Gemeindehaus Rotthausen, Zimmer 3.

Ankündigungen.

Heute spielt die Haaß-Berkow-Truppe

in der Stadthalle

Ibsen's fünfaktiges Schauspiel „Brand" unter der Regie von Haaß-Berkow. Die Hauptrollen sind besetzt von Johannes Zaddach, Maria Giertz, Karl Egerer, Annemarie Schmüser, Gerhard Uhde, Gottfried Haaß-Berkow und Tordis Haaß-Berkow. Es sei nochmals erwähnt, daß die Künstler mit der Wiedergabe des Bühnenwerkes „Brand" im In- und Auslande größten Beifall fanden und denselben überwältigenden Eindruck hinterließen, wie dies seiner Zeit bei ihrer Darstellung des „Totentanzes" der Fall war. Der heutige Abend wird also für alle Zuschauer mit zu den stärksten Wirkungen gehören, die ihnen je von einer Bühne der geworden sind. Spielbeginn: 20 Uhr. Dauer: ca. 3¼ Stunden. Die Vorstellung wird außer Vormiete gegeben. Eintrittskarten zu 2,50 Mk., 2,— Mk., 1,50 Mk., 1,— Mk. und 0,50 Mk. bis heute mittag 14 Uhr im städt. Bildungsamt (Weststraße 12/14) und in den bekannten Vorverkaufsstellen. Die Abendkasse in der Stadthalle ist ab 19 Uhr geöffnet.

„Der Leibgardist",

eine dreiaktige Komödie von Franz Molnar bringt das Stadttheater Bochum morgen abend in der Stadthalle als achtes Vormietegastspiel. Beginn: 20 Uhr. Nichtvormieter erhalten Karten zu 3,20 Mk., 2,50 Mk., 1,90 Mk., 1,30 Mk. und 0,95 Mk. im städt. Bildungsamt (Weststraße 12/14), in den Verkaufsnebenstellen und am Donnerstag an der Abendkasse in der Stadthalle.

Musikvereinskonzert

am Montag im Hans-Sachs-Haus. Der Chor singt unter Leitung Paul Beiters das volkstümliche Werk der Chorliteratur: Joseph Haydn's Oratorium „Die Jahreszeiten". Solisten: Lore Schröter (Sopran), Ludwig Matern (Tenor), Rudolf Hahm (Bariton). Der Verkauf an Nichtvormieter beginnt heute im städt. Bildungsamt (Weststraße 12/14), sowie in den bekannten Vorverkaufsstellen. In Buer nehmen für alle städtischen Konzert- und Theaterveranstaltungen Kartenbestellungen gern entgegen: Buchhandlung Arenhold, Urbanusbuchhandlung und Verkehrsverein; in Horst: Zigarrenhaus Hermann Marcus. Preise: 2,— Mk., 1,60 Mk., 1,20 Mk., 0,90 Mk., 0,60 Mk. Konzertbeginn: 20 Uhr.

*

Claire Waldorf,

die Gelsenkirchenerin in Gelsenkirchen.

Die durch Schallplatten und Rundfunkübertragungen über alle deutschen Sender bekannte große Vortragskünstlerin Claire Waldorf wird wohl von allen ihren Freunden und Verehrern als urwüchsige Berlinerin gehalten — desto mehr interessiert es jetzt zu hören, daß Claire Waldorf aus Gelsenkirchen stammt, also Westfälin ist.

Wie wir hören, schweben Verhandlungen für einen Gastspielabend, der in der ersten Hälfte des Februar im Hans-Sachs-Haus-Saal steigen soll.

*

„Der Choral von Leuthen."

Westdeutsche Uraufführung in der Schauburg.

Am Freitag gelangt in der Schauburg der soeben fertiggestellte große Tonfilm „Der Choral von Leuthen" zur westdeutschen Uraufführung. Die Hauptrolle spielt Otto Gebühr, in weiteren Rollen sind beschäftigt Elga Brink, Olga Tschechowa, H. A. v. Schlettow, Harry Frank usw. Ein Stück Geschichte aus dem siebenjährigen Krieg, Reiterattacken im Morgennebel, ein prachtvoller Sturm der Garde, das ist im Film durch die Mithilfe der Reichswehr in noch nie gezeigter Echtheit festgehalten worden. Wenn nach dem Siege über das abendliche Schlachtfeld die Klänge des Chorals „Nun danket alle Gott" des „Chorals von Leuthen" aus tausend Kehlen brausen, wird jeder gepackt und zu stürmischer Begeisterung hingerissen. Auf diesem Hintergrund spielt sich eine ernste Liebe mit allem Zauber zwischen Himmel und Hölle, Angst und Seligkeit ab.

Bunter Abend bei Nase. Vor vierzehn Tagen hatte man das Vergnügen, den zweiten „Bunten Abend" im Café Nase mitzumachen — und es war eine wirklich amüsante Angelegenheit, die sich hier abrollte: Gefällige und diskrete Musik, hier und dort eingestreute Schlager, zwischendurch ein Tänzchen, bunte Luftschlangen und sonst noch allerlei Ueberraschungen... Das Ganze war wie englischer Kuchen: der schaut auch bunt aus und schmeckt, wenn die Zutaten richtig dosiert sind, ausgezeichnet.... Wenn man vor vierzehn Tagen den zweiten Bunten Abend bei Nase begann, muß es heute der dritte sein, und daß er seinem Vorgänger an Lustigkeit nichts nachgeben wird, dafür ist wieder gesorgt.

Großväterverein Altstadt. Samstag um 18.15 Uhr versammeln sich die Großväter und Großmütter im Vereinslokal Heinr. Nettebeck zur Teilnahme an den Bunten Abend des Großvätervereins Schalke-Bismarck.

Geschäftliche Mitteilung.

Das tägliche Leben stellt an jeden Menschen Anforderungen, die dem aufgeklärten Weltenbürger in Fleisch und Blut übergehen. So notwendig wie das Schlafen für den Körper, ist das Waschen des von Staub beschmutzten Hautgewebes. So nötig wie das Essen ist auch das Reinigen der zur guten Verdauung unentbehrlichen Zähne. Die Reinigung der Zähne und des Mundes am morgen und besonders vor dem Schlafengehen unter Verwendung der hochwertigen Chlorodont-Zahnpaste sollte jedem Menschen des heutigen Zeitalters zur unbedingten Gewohnheit werden, denn dies ist eine Lebensnotwendigkeit.

Graf Lewenborg und die Vagantin.

Roman von Hans Possendorf

Urheber-Rechtsschutz durch A. F. Rohrbacher-Verlag, Berlin-Lichterfelde-Ost.

32 (Nachdruck verboten)

Nur der eine der Beisitzer sagte achselzuckend, aber schon etwas unsicher: „Immerhin . . . man könnte ja . . . Ich meine: wenn es sich nun aber mit dem Kater wirklich so verhalten hätte, daß . . ."

Ein lauter Faustschlag auf die Tischplatte schnitt ihm die Rede ab. Der zweite Beisitzer war aufgesprungen.

„Seid Ihr denn ganz von Gott verlassen und von eurem eigenen Verstand?! Wer nur ein wenig Scharfblick hat, dem konnte schon bei dem ersten Ansehen der Inquisitin nicht entgehen, daß sie von Geburt an zur Hexe prädestiniert war. Hat man schon je Augen von einem so höllisch schwarzen Glanz gesehen? — solches Haar, das leuchtet wie die dunkelroten Gluten der Hölle selbst? Aber solchen Scharfblick" — er betonte das Wort spöttisch — „setze ich schon gar nicht voraus. Ihr solltet euch nur an die Aussagen des Capellini halten und an die Geständnisse der Inquisitin selbst — und an die Tatsachen: Es ist erwiesen, daß sie von klein auf die teuflische Kunst des Festmachens betrieb und daß sie einen schwarzen Kater bei sich hat — eine Tiergattung, in die sich zu verwandeln die bösen und höllischen Geister von je geliebt haben. Aber es bleibt nicht einmal Geheimnis, welcher von den Höllenfürsten sich in diesen Kater inkarniert hat. Es ist Amazeroth, der Schlimmsten einer! Die Inquisitin verrät es ja selbst, denn sie hat, schamlos, ihn sogar beim Namen gerufen. Sie hat weiter den Reichsfreiherrn Reinz von Heilstedt zu einem so lasterhaften Leben verführet, daß es dem ganzen Lande ein Aergernis und ein Greuel war. Sie hat ihn auch äußerlich vernichtet, indem sie ihn veranlaßte, sein ganzes Vermögen zu verprassen. Was für Untaten sie früher vollbracht, kann man sich denken, denn sie weigert sich hartnäckig, lückenlose Angaben darüber zu machen, was sie alles getrieben, ehe sie nach Schloß Heilstedt kam. Sie gesteht aber, daß sie bei einer berüchtigten Räuberbande lebte und dann, als das Schicksal die Bande ereilte, — entkam! Sie entkam! Gab euch das nicht zu denken? — Was sie dann getrieben, darüber ist nichts zu erfahren, aber es war ihr nicht genug, den Heilstedter an Leib und Seele und Vermögen zu vernichten. Nein, sie ritt auf jenem Scheusal nachts durch die Lüfte davon, sei es, um auch an anderen Orten Schandtaten zu verrichten, sei es, um an Tänzen und Orgien ihrer Hexenschwestern teilzunehmen. — Und nun hören wir von diesem schwedischen Obristen, was allen Beweisen die Krone aufsetzt: daß sie sich — ein Kind noch — nicht schämte, sich einem Scheusal von Kerl hinzugeben, um ihrem teuflischen Buhlen Amazeroth, der in seiner Katergestalt in die Hände dieses Kindes gefallen war, durch solche Hingabe das Leben zu retten!! — Und Ihr . . ." — er schüttelte wild beschwörend seine Arme gegen den ersten Beisitzer — „Ihr wolltet noch immer zweifeln, ob sie denn eine Hexe sei! Ihr wollet an so eine Unmöglichkeit, an ein so freches Märchen, an ein so unglaubliches Geschehen glauben, daß sich ein Kind, ein unschuldiges Kind, von einem rohen Soldatenkerl mißbrauchen lasse — freiwillig, um . . ." — er brach in ein schallendes Wutgelächter aus —, „um irgendeinem Tier, einem kleinen simplen Kater, der nichts anderes wäre als eben ein Kater, und den sie nie zuvor gesehen haben will, das Leben zu retten!!"

Er ließ die Arme sinken und schüttelte, den Blick gegen den Himmel gerichtet, wie in hoffnungsloser Verzweiflung über so viel menschliche Beschränktheit den Kopf.

Der also Gescholtene sagte kein Wort mehr, sondern saß still, sein Kindergesicht über den Tisch gebeugt, auf seinem Platze.

Da ergriff der vorsitzende Hexenrichter endlich wieder das Wort:

„Es kann sich jetzt nur noch darum handeln, das für die Verurteilung nötige Geständnis der Inquisition zu erreichen, — durch Ermahnungen oder, wenn diese nicht fruchten, durch die Schärfe." Und zu dem Schreiber gewandt, fuhr er fort: „Benachrichtigt Meister Haberkamp, daß er die Inquisition sofort in die Kammer zu bringen habe! — Ihr Herren, ich bitte!"

Er erhob sich, und die Herren begaben sich in den schauerlichsten Raum des Malefizhauses, — in die Folterkammer.

Kaum hatten die Herren in der Folterkammer Platz genommen, da öffnete sich die Tür, und Meister Haberkamp, der Scharfrichter, betrat mit der Angeklagten den Raum.

Barbara, der man bis dahin noch nichts zu Leide getan, zeigte keine Furcht. Sie sah sich nur erstaunt in dem neuen Raume um, denn die beiden ersten Verhöre hatten in dem Gerichtssaale stattgefunden. Sie war noch mit demselben blauen Aklasgewand bekleidet, das sie bei der Verhaftung im Schloßpark getragen.

Der Scharfrichter Haberkamp war ein Mann von ungefähr fünfzig Jahren, dessen Gesicht nichts von Roheit oder Bosheit verriet. Die vielen Querfalten auf seiner Stirn gaben ihm ein besorgtes Aussehen. Er machte den Eindruck eines Mannes, der es mit seinen Berufspflichten sehr ernst nimmt.

In seiner geschäftsmäßig kühlen Art verkündete der Vorsitzende der Angeklagten, von welcher neuen Tatsache das Gericht soeben Kenntnis erhalten habe.

„Wer hat Euch das gesagt?" erwiderte Barbara mehr erstaunt als bestürzt.

„Das ist unsere Sache! — Deine Sache ist, uns jetzt ein Geständnis abzulegen. Gibst du das Geschehene zu, das ich dir soeben vorgehalten habe? — oder willst du's leugnen?"

Eine jähe Röte der Scham hatte Barbaras Gesicht dunkel gefärbt. Sie hielt den Kopf tief auf die Brust gesenkt und sagte leise, aber mit fester Stimme:

„Ich leugne es nicht."

„Nun also, da habt Ihr's schon!" meinte der Blasse in höhnischem Triumph.

Da hob Barbara den Kopf und rief leidenschaftlich: „Oh, hättet Ihr gesehen, — mit eigenen Augen gesehen, was jener Schurke mit dem armen, hilflosen Tierchen tat. — Ihr würdet Euch nicht so entrüsten. Ich glaube, selbst mein Leben hätte ich damals hingegeben, um das Tier von seinen entsetzlichen Qualen . . ."

Ein giftiges Auflachen des zweiten Beisitzers schnitt ihr das Wort ab. „Nun seht Ihr's!" rief er dann. „Selbst ihr Leben hätte sie gegeben! Was wollt Ihr noch mehr?"

Der Vorsitzende ließ sich nicht aus seiner Ruhe bringen, sondern fuhr kühl fort:

„Es ist gut, daß du die Wahrheit sagst. Du ersparst uns und dir selbst dadurch die Befragung auf peinlichere Art. Nur ungern würden wir dazu schreiten, dich mit der Schärfe anzugreifen. — So gestehe uns also auch das Letzte!"

„Das Letzte? Was meint Ihr, Herr?"

„Daß dein Kater kein anderer ist als der Höllenfürst Amazeroth in persona und — ein Teufelsbuhle!"

Ein maßloses Erstaunen malte sich auf Barbaras Gesicht, und ihre Schamröte wandelte sich in fahle Blässe.

„Seht, wie sie erbleicht!" triumphierte der kleine Blasse.

Endlich, nach langem Schweigen, holte Barbara tief Atem; und mit einer Stimme die mehr verhaltenen Zorn als Angst verriet, stieß sie hervor:

„Das ist eine Lüge, — eine wahnsinnige Lüge!"

So überzeugend klangen diese Worte, daß der erste Beisitzer einen betroffenen Blick auf den Vorsitzenden richtete. Dann sagte er hastig zu der Angeklagten: „Wir wollen dir gern Gelegenheit geben, diese furchtbare Anklage durch einen Gegenbeweis zu entkräften. Kannst du das?"

„Gewiß kann ich das, Ihr Herren!" rief Barbara, während sich ihr Gesicht neu belebte. „Schickt mich unter Bewachung nach Schloß Heilstedt, damit ich das Tier, wenn ihr es schon nicht fangen könnt, selbst hole. Und ich will Euch überzeugen, daß es ein ganz gewöhnlicher schwarzer Kater ist."

„Das könnte dir so passen, Hexe!" lachte der Blasse. „Damit uns der Unhold zurichte, wie die vier Steckenknechte, die ihn greifen sollten! Und du rittest dann auf ihm durch die Luft davon."

Barbara wollte etwas erwidern, aber der Vorsitzende sagte hart: „Genug! Gestehst du oder nicht?"

„Ich kann nichts gestehen, weil es Lüge ist."

„Dann tut Eure Pflicht, Meister Haberkamp!"

Schweigend ergriff der Scharfrichter das erste Folterinstrument, den Daumenstock. Er schob Barbaras beide Daumen zwischen die Holzleisten und begann, die Schrauben anzuziehen.

Sie verzog ein wenig das Gesicht, gab aber keinen Laut von sich.

„Willst dus gestehen?" fragte der Hexenrichter.

(Fortsetzung folgt.)

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Gegen Berufsschulbeiträge und Hauszinssteuer.

Große Protestkundgebung aller Wirtschaftsorganisationen Gelsenkirchens. — Fort mit den erdrückenden Steuern! — Gegen jeden Luxus im Berufsschulwesen. — Die Hauszinssteuer ist der Ruin des Hausbesitzes.

Das Industrieland ist Notstandsgebiet!

Für eilige Leser:

// In der großen Kundgebung aller gewerbetreibenden Berufe und Stände Gelsenkirchens wurden all die Probleme aufgerollt, die sich um die Finanznot der Stadt als Hintergrund herumgruppiert haben. Was auf der einen Seite Not der Wirtschaft ist, das wird auf der anderen zur Finanznot der Stadt, der durch Gesetz mancherlei Verpflichtungen und Aufgaben zugewiesen worden sind, die weit über den Pflichtenkreis der Gemeinde eigentlich hinausgehen, die ihnen aber trotzdem von Staat und Reich hingeschoben worden sind, weil diese keinen anderen Weg glaubten finden zu können, um aus der eigenen Geldnot herauszukommen.

All diese Schwierigkeiten machen sich doppelt stark und geradezu katastrophal bemerkbar, wenn es sich um eine Stadt wie Gelsenkirchen handelt, deren Bürger zum allergrößten Teil zu den niedersten Schichten der Steuerzahler gehören. Auch der Mittelstand wird von der Not der Arbeitnehmer immer empfindlich mitgetroffen, so daß gerade hier in allen Krisenzeiten die alte Lehre bewiesen wird, daß ein Gemeinwesen nur dann gedeihen kann, wenn es allen Ständen gut geht, und daß jeder Stand, jedes Gewerbe von der Not der anderen früher oder später in Mitleidenschaft gezogen wird.

Was in der langen, dreistündigen Verhandlung vorgetragen wurde, bot ein erschütterndes Bild von der Notlage der Wirtschaft in Gelsenkirchen. Großindustrie, Handel, Handwerk und Kaufmannschaft leiden schwer und werden schier erdrückt durch die paradoxe Steigerung der Steuerlasten. Je geringer die Arbeit wurde, je mehr Arbeiter entlassen wurden, desto größer wurden die Lasten bei den noch arbeitend Betrieben. So ist Gelsenkirchen als Ganzes — als Wirtschaftsorganismus wie als Gemeinwesen — längst an der untersten Grenze der Lebenshaltung angelangt. Vom allgemeinen Standpunkt aus bewies die Veranstaltung wieder einmal, wie unsinnig es ist, die Zuwendungen von Reich und Staat nach einem bürokratischen Schema zu bestimmen, anstatt sich nach der „Steuerkraft" der Gemeinde zu richten. Denn nur die Steuerkraft kann die Handhabe sein, nach der die Zuschüsse gerecht verteilt werden können. Nach dem starren bürokratischen Schema bekommen andere Städte, die sehr viel finanzstärker sind als Gelsenkirchen, unnötiger Weise weit mehr als unsere Stadt, die in gewisser Weise eine proletarische Stadt ist.

Aus der Reihe der Steuern, die besonders auf Handel und Gewerbe lasten, wären einige als besonders schwer und ungerecht oder unsinnig herauszuheben: die schon so oft umstrittenen Berufsschulbeiträge und die Hauszinssteuer. Die Stadtverordneten haben sich seit drei Jahren schon manches Mal darüber ausgesprochen, daß die Regierung nicht korrekt vorgegangen ist, als sie trotz bestehender Abmachungen innerhalb der Stadt die zusätzliche Erhebung von Berufsschulbeiträgen verlangte. Diesem Verlangen, das zum ersten Mal die Tapolski-Kommission stellte, mußte die Stadt nachgeben, wenn sie nicht auf die Zuwendungen des Reiches überhaupt verzichten wollte.

Es fehlte der Kundgebung und den bestellten Referenten also keineswegs an Material; für manche Einzelfragen hätte man gut und gern abendfüllende Sonderkundgebungen veranstalten können, aber die maßgebenden Persönlichkeiten zogen es vor, alle gewerbetreibenden Kreise der Stadt zu einer einmütigen Kundgebung zu versammeln, in der alle gemeinsam gegen alle Steuernöte protestieren sollten. Den Vorsitz für den ersten Teil der Verhandlungen führte Direktor Walter vom Arbeitgeberverband; das Referat dieses Teiles hatte Syndikus Dr. Hoffmann übernommen, der die Geschichte und das Unrecht der Berufsschulbeiträge in einem sachkundigen, aus langjähriger kommunalpolitischer Erfahrung diktierten Vortrag darstellte. Im zweiten Teil führte Herr Bielefeld als Vorsitzender der Innung den Vorsitz. Den ersten Bericht gab Herr Kaufmann Heinrichs für den Einzelhandel, ihm folgte Herr Hannecke für den Großhandel, ihm schloß sich das Referat von Herrn Keller für die Wirte an. Den Beschluß der ganzen Kundgebung machte das Referat von Dr. Stoßberg vom Haus- und Grundbesitzerverein, der ausschließlich über die Hauszinssteuer sprach. Oberbürgermeister Zimmermann, der an der Kundgebung teilnahm, sprach ausführlich zum ersten Punkt, zu den Berufsschulbeiträgen und antwortete am Schluß noch auf einige Bemerkungen des Referats von Dr. Stoßberg. Hierauf folgte eine kurze Aussprache und zum Schluß wurden alle Punkte der vorgeschlagenen Entschließung einstimmig angenommen.

Wir bringen nun das Wichtigste aus den einzelnen Referaten und bringen die umfangreiche Entschließung gesondert auf dieser Seite.

Proteste und Forderungen.

Die am 6. Februar im Berliner Hof zu Gelsenkirchen versammelten Mitglieder folgender Organisationen:

Arbeitgeber-Verband Gelsenkirchen,
Großhandels-Verband Gelsenkirchen,
Haus- und Grundbesitzer-Verein Gelsenkirchen, Buer, Horst,
Innungs-Ausschuß Gelsenkirchen, Buer, Horst,
Vereinigte Kaufmannschaft Gelsenkirchen, Buer, Horst,
Wirte-Verein Gelsenkirchen, Buer, Horst, Rotthausen,

erhoben nach eingehender Aussprache folgende Forderungen:

1. **Wir fordern alsbaldigen Abbau der Hauszinssteuer zur Entlastung des Hausbesitzes, zur Wiederherstellung des Realkredites und zur Freimachung von Mitteln für die Modernisierung und Instandsetzung des Althausbesitzes.**
   Wir protestieren gegen den Plan einer Verrentung der Hauszinssteuer. Alle Gründe, die für die Beseitigung der Hauszinssteuer sprechen, machen auch die Verwirklichung dieses Planes für die Wirtschaft unannehmbar.
2. **Wir protestieren gegen die Absicht der Stadtverwaltung, ein Ortsstatut betreffend Erhebung von Anliegerbeiträgen gemäß § 9 des Kommunalabgabengesetzes einzuführen. Der Hausbesitz ist von der übermäßigen Last der Steuern zusammengebrochen. Er kann daher keine neuen Lasten auf sich nehmen.**
3. **Wir bitten den Herrn Oberbürgermeister, sich an den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, daß die Stadtsparkasse zur Begebung von Reparaturdarlehen ermächtigt wird. Die Maßnahme dient der Unterstützung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung, kostet die öffentliche Hand keinen Pfennig und bringt den Handwerkern Arbeit und Brot.**
4. **Wir fordern sofortige Bekämpfungsmaßnahmen gegen die Schwarz- und Pfuscharbeit in Verbindung mit der Einführung der Handwerkerkarte. Ebenfalls ist die Novelle zur Gewerbeordnung, die dem Reichsrat vorliegt, unverzüglich in Kraft zu setzen, namentlich gegenüber Wander- und Straßenhandel die erforderlichen Handhaben zu schaffen.**
   Schwarzarbeit und Schwarzhandel sind die Totengräber aller gesunden Wirtschaft. Der Kampf dagegen wird solange aussichtslos bleiben, als bis sich die Regierung dazu aufrafft, hier mit energischen Maßnahmen auf den Plan zu treten. Wenn es hier ernst ist mit der Ankurbelung der Wirtschaft, ist hier eine Gelegenheit, ohne finanzielle Belastung helfend mit eingreifen zu können.
5. **Wir fordern weiter die Schaffung eines gesetzlichen Zugabeverbotes, das ohne Lücken ist und die Mißstände beseitigt, welche durch die lückenhafte Regelung vom 9. März 1932 eher verschärft, als behoben sind. Der Wettbewerb muß in der Notzeit des Volkes unter allen Umständen auf dem Boden der Lauterkeit und Reellität stattfinden.**
   Wir fordern daher die Verhinderung des unlauteren und mit der Auffassung des ordentlichen Kaufmannes nicht zu vereinbarenden Wettbewerbs.
6. **Wir protestieren gegen jegliche Bevorzugung der sogenannten gemeinnützigen Wirtschaftsbetriebe auf steuerlichen und sonstigen Gebieten und fordern die Beseitigung der Regiebetriebe.**
   Desgleichen lehnen wir die Subventionen an einzelne Wirtschaftsgruppen ab, fordern aber dafür eine zweckmäßige Gesetzgebung und Verwaltung, welche eine mittelstandsfeindliche Wirtschaftspolitik ausschließt.
7. **Weiterhin fordern wir die Durchführung der Reichsverdingungsordnung und ihre sinngemäße Anwendung bei allen Vergebungen.**
8. **Ganz energisch fordern wir eine durchgreifende Maßnahme auf dem Boden der Steuervereinheitlichung und Steuersenkung, welche als Voraussetzung die Verbilligung der Staats- und Gemeindeverwaltung erfordert. Handel und Gewerbe sind nicht mehr in der Lage, die Steuern, Kosten, Soziallasten aufzubringen und brechen darunter zusammen. Es ist nicht mehr damit getan, Reden über die notwendige Erhaltung des selbständigen Mittelstandes verlauten zu lassen, wenn nicht jetzt Taten folgen, wird in kurzer Zeit die Verproletarisierung des selbständigen Mittelstandes zur Tatsache geworden sein.**
   Wir fordern daher die Wiedereinführung der Steuerfreigrenzen und die soziale Staffelung der Steuern. Ebenfalls einen erheblichen Abbau der unerträglichen Sozial- und Steuerlasten, sowie der übrigen öffentlichen Abgaben. Die Schlachtsteuer ist mit sofortiger Wirkung zu beseitigen, sowie die Bier- und Getränkesteuer.
9. **Wir fordern die Verbesserung der Kreditversorgung von Handel und Gewerbe durch Gewährung eines erleichterten Personalkredits und Schaffung ausreichender Kreditmittel zu billigen und tragbaren Zinssätzen.**
10. **Zum Schluß fordern wir die Regierung auf, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf eine allgemeine Zinssenkung hinzuwirken, da die hohen Zinsen bislang jegliche Belebung der Wirtschaft hindernd im Wege gestanden haben. Wir erblicken in ihnen eines der gefährlichsten Uebel unserer Wirtschaft, dessen Bekämpfung Hauptaufgabe des Staates sein sollte.**

Nachdem Gegenden Deutschlands wegen der Not bevorzugt behandelt wurden, weisen wir darauf hin, daß gerade in unserem Industrie- und Kohlenrevier sich die Katastrophe am schlimmsten ausgewirkt hat. Es ist nur ein Gebot der Gerechtigkeit, wenn wir auch dem Notstandsgebiet gleichgestellt werden.

Das Unrecht der Berufsschulbeiträge.

Dr. Hoffmann führte aus:

„Angesichts der Finanzlage der Stadt Gelsenkirchen muß es bei der Erhebung von besonderen Berufsschulbeiträgen verbleiben."

Mit dieser kurzen Antwort fand die mit einschlägigem Material versehene Anfrage eines preußischen Landtagsabgeordneten bei der Regierung ihre Erledigung. Kein Wort also davon, ob die Finanzlage der Gelsenkirchener Wirtschaft, deren Gesunderhaltung sowohl im staatlichen als auch im gemeindlichen Interesse liegen dürfte, diese erneuten starken Lasten zu tragen vermag. Kein Wort davon, daß die Wirtschaftskreise, die heute von der Erhebung der Berufsschulbeiträge betroffen werden sollen, bereits, wie der Vorsitzende ausführte, jahrelang zur Abgeltung besonderer Berufsschulbeiträge erhöhte Gewerbesteuern bezahlt haben und demzufolge bei Verwirklichung der Absicht der Regierung um den Genuß der Realsteuersperre gebracht werden; kein Wort schließlich davon, daß das Berufsschulwesen in der Gesamtheit und in der Stadt Gelsenkirchen besonders, wie ich anschließend noch erläutern werde, stark überspannt ist.

Der Haushaltsplan für das Jahr 1932/33 sieht für die städtischen Berufs- und Handelsschulen eine Gesamtausgabe von rund 917 000 RM. vor. Dagegen betrug die Gesamtausgabe für die Stadt Gelsenkirchen im Jahre 1924 255 000 RM. Gegenüberstellung dieser beiden Zahlen ist nicht ohne weiteres möglich, vielmehr ist in Betracht zu ziehen, daß im Laufe der Zeit die in den ehemaligen Städten Buer und Horst vorhandenen Berufsschulen in den Haushaltsplan aufgenommen werden mußten. Gemessen an der in diesen Gemeinden vorhandenen Schülerzahl würde sich demnach eine Steigerung um rund 30 Prozent rechtfertigen lassen. Die Gerechtigkeit erfordert es, darauf hinzuweisen, daß allerdings gegenüber dem Vorjahre eine Ausgabenminderung um rund 14 Prozent eingetreten ist. Die Wirtschaft hätte also erwarten dürfen, daß auch die im vergangenen Jahr gegen den ausdrücklichen Willen der Wirtschaft erhobenen Berufsschulbeiträge zumindest um den gleichen Prozentsatz gesenkt worden wären. Dem ist aber nicht so, vielmehr sind absolut genommen die Berufsschulbeiträge für das Jahr 1932 um ganze sechs Prozent herabgesetzt worden, allerdings mit dem bemerkenswerten, für die Beteiligten jedoch keineswegs erfreulichen Endergebnis, daß weite Kreise der Wirtschaft trotz der vorgenommenen absoluten Senkung mehr an Berufsschulbeiträgen aufzubringen haben als im Jahre 1931.

Es werden folgende Zuschläge erhoben:

77 Prozent Ertragssteuer
308 Prozent Lohnsummensteuer und

für die Nichtgewerbetreibenden ein Satz von 7,88 RM. je Kopf der Belegschaft. Demgegenüber wurde im vergangenen Jahr erhoben:

40 Prozent Ertragssteuer
210 Prozent Lohnsummensteuer und

für die Nichtgewerbetreibenden ein Kopfpauschalsatz von 5,07 RM. Daß eine derartige Belastung in der heutigen Zeit

zwangsläufig zu einer weiteren Einschrumpfung der Wirtschaft führen muß,

braucht im einzelnen nicht mehr auseinandergelegt zu werden. Wie sich aber die von der Stadtverwaltung getroffene Maßnahme mit der in Regierungskreisen sich bemerkbar machenden Erkenntnis, daß im Interesse der Erhaltung der Arbeitsgelegenheit eine steuerliche Belastung nicht mehr vorgenommen werden darf, vielmehr eine Erleichterung auf steuerlichem Gebiet unbedingt geschaffen werden muß, vereinbaren läßt, ist mir und ich kann wohl sagen allen in diesem Saal Versammelten unerfindlich.

Um die Auswirkung zu kennzeichnen, muß ich noch folgende Betrachtung anstellen: Nach den mir zur Verfügung stehenden Unterlagen beträgt

die Zahl der Pflichtschüler

im Jahre 1932 = 7126 und die Zahl der freiwilligen Schüler = 1505. Bezogen auf die Ausgabensumme von 917 000 RM. ergibt sich ein Ausgabensatz je Kopf des Pflichtschülers von rund 120 RM pro Jahr, demgegenüber beträgt der Ausgabensatz eines Volksschülers rund 77 RM. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Berufsschüler im Wochendurchschnitt nur sechs bis sieben Stunden Unterricht erhält, während bei den Volksschulen man doch mit einer Unterrichtsstundenzahl von wöchentlich 25 Stunden mindestens rechnen kann.

Interessant ist nun zu untersuchen, ob diese ungesunden Verhältnisse sich allgemein bemerkbar machen, oder ob speziell in Gelsenkirchen allein dieser außerordentlich hohe Ausgabensatz zu verzeichnen ist. In der Kürze der Zeit konnten nur Angaben aus dem Jahre 1926 herangezogen werden:

Bochum	62,55	RM. pro Kopf des Schülers
Elberfeld	62,93	„ „ „ „ „
Duisburg	64,50	„ „ „ „ „
Gelsenkirchen	105,80	„ „ „ „ „

In der Zwischenzeit dürften kaum grundlegende Verschiebungen eingetreten sein.

Es entfallen im gleichen Zeitraum auf eine Lehrkraft in

Krefeld	140 Schüler
Duisburg	132 „
Elberfeld	127 „
Gelsenkirchen nur	90 „

Daß auch heute diese Zahlen noch zutreffen, mag allein daraus erhellen, daß im Jahre 1932 auf eine Lehrkraft in Essen 112 Schüler entfallen, während in Gelsenkirchen 72 Schüler und selbst wenn man die freiwilligen Schüler mitzählt 86 Schüler auf eine Lehrkraft entfallen.

Hier scheint der Schlüssel für die außerordentliche Ausgabensteigerung zu liegen. Legt man nämlich eine Durchschnittsklassenfrequenz von 30 Schülern zugrunde und berücksichtigt man weiter, daß die hauptamtlichen Kräfte verpflichtet sind, wöchentlich 26 Unterrichtsstunden zu erteilen, so wären zur Unterrichtung der Pflichtschüler folgende hauptamtliche Lehrkräfte erforderlich:

Gelsenkirchen:

Gewerbeschule	notwendig 14	vorhanden 19
Mädchengewerbeschule	„ 4	„ 12
Industrieschule	„ 11	„ 16
Handelsschule	„ 14	„ 24
Berufsschule Buer	„ 19	„ 28

Aus diesen Zahlen wurde die Schlußfolgerung gezogen: Zunächst Feststellung, daß bei den Handelsschulen eine Reihe von Schülern vorhanden ist, die ein entsprechendes Schulgeld zahlen. Weiter ist die erhöhte Zahl von Lehrkräften dadurch erklärlich, wenn auch nicht vertretbar, daß infolge der verschiedenen Systeme und infolge der zahlreichen Spezialberufe die Klassenhöchstfrequenz nicht durchgeführt werden kann. Auch der hauswirtschaftliche Unterricht erfordert, da diese Klassen durchweg nur die Hälfte der üblichen Schülerzahl aufweisen können, erhebliche Mehrkosten.

Anschließend verbreitete sich der Referent über die Höhe der Umlage selbst und schilderte zunächst die rechtliche Grundlage. Der in dem Handels- und Gewerbediensteinkommengesetz vorgesehene Höchstbetrag von 50 Prozent stellt nicht die Regel dar. Im Etat für 1932 waren 270 000 RM. Berufsschulbeiträge vorgesehen, während heute 351 000 RM. angefordert werden. Dieser Betrag ist auch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen zu hoch. Unter Berücksichtigung der zulässigen Abzüge dürfte höchstfalls ein Betrag von 315 000 RM. zur Erhebung gelangen. Vergleiche mit den Nachbarstädten:

Bochum erhebt bei 8450 Pflichtschülern und 71 Lehrkräften an Berufsschulbeiträgen 44 Prozent Zuschlag zur Ertragssteuer und 114 Prozent Zuschlag zur Lohnsummensteuer und

Essen bei rund 15 300 Pflichtschülern und 134 Lehrkräften an Berufsschulbeiträgen 40 Prozent Zuschlag zur Ertragssteuer und 160 Prozent Zuschlag zur Lohnsummensteuer.

Die hieraus für die Gelsenkirchener Wirtschaft sich ergebende Benachteiligung wurde noch besonders hervorgehoben und sodann eine Entschließung vorgetragen.

Entschließung.

„Die Organisationen von Industrie, Handel und Handwerk in der Stadt Gelsenkirchen sehen sich veranlaßt, in der heutigen stark besuchten Kundgebung öffentlich Verwahrung einzulegen gegen die Einführung von besonderen Berufsschulbeiträgen. In den letzten Jahren sind die Berufsschulbeiträge gemäß dem Wunsche der Wirtschaft auf den allgemeinen Etat übernommen worden; diese Maßnahme hatte zur Folge, daß die Gewerbesteuern entsprechend erhöht werden mußten. Eine Erhebung von Berufsschulbeiträgen in diesem Jahre hätte zur Folge, daß die gesamte örtliche Wirtschaft in doppelter Weise belastet würde. Damit würde aber auch gleichzeitig die durch die Realsteuersperre von der Regierung in Aussicht genommene Entlastung der Wirtschaft vereitelt. Da eine solche Auswirkung weder dem klaren Willen des Gesetzgebers noch auch den Forderungen von Recht und Billigkeit entspricht, erwarten die Gelsenkirchener Wirtschaftskreise, daß von einer besonderen Erhebung von Berufsschulbeiträgen für das Jahr 1932 Abstand genommen wird. In Zusammenhang hiermit stellen die oben genannten wirtschaftlichen Organisationen nachstehende grundsätzliche Forderungen auf:

1. Die Allgemeinheit hat das größte Interesse an der schulentlassenen Jugend. Das Interesse der Wirtschaft tritt hinter diesem Allgemeininteresse zurück, daher ist es nur recht und billig, wenn der Staat oder die Gemeinde die gesamten Kosten der Berufsschulung übernimmt.

2. Sinn der Berufsschule ist die Unterstützung der Berufsausbildung, d. h. die Ausstattung mit dem für den Beruf unbedingt notwendigen Rüstzeug. Gegenüber dem Erziehungsgedanken der Berufsschule von der Grundlage des Berufes aus, der eigentlichen Berufsschulung, haben aber diejenigen Zweige, die in der Nachkriegszeit wesentlich zu dem weiten Aufbau des Berufsschulwesens und damit zu der starken Ausgabensteigerung Anlaß gegeben haben, wie u. a. der staatsbürgerliche Unterricht, der hauswirtschaftliche Unterricht und die Unterrichtung der angelernten und ungelernten Berufe, vollkommen zurückzutreten. Die Wirtschaft fordert daher unter Schonung und Anerkennung der eigentlichen Berufsschulung starken Abbau eines besonderen staatsbürgerlichen und vor allen Dingen des hauswirtschaftlichen Unterrichts.

Hieraus ergibt sich weiter eine Beschränkung der Lehrstoffe, Verminderung der wöchentlichen Unterrichtsstunden und eine Beschränkung der Berufsschulpflicht auf die gelernten Berufe."

Die Antwort des Oberbürgermeisters.

Nach dem Referat von Stadtverordneten Dr. Hoffmann nahm

Oberbürgermeister Zimmermann

zu längeren Ausführungen das Wort. Er dankte zunächst für die Einladung zu der Versammlung und für die freundliche Begrüßung durch den Vorsitzenden. Sodann führte er aus, daß er mit Genugtuung die in der Kundgebung zu Tage tretende erfreuliche Geschlossenheit der Wirtschaftsorganisationen innerhalb der Gesamtstadt feststelle. Er gebe dem Wunsch und der Erwartung Ausdruck, daß diese Geschlossenheit auch in anderen wichtigen kommunalpolitischen Fragen vorhanden sein möchte. Sodann wandte er sich gegen die in dem Einladungsschreiben zu der Versammlung gebrauchte Wendung, daß die Stadtverwaltung die „neuerliche Absicht habe, Berufsschulbeiträge einzuführen". Er wies demgegenüber darauf hin, daß nicht die Stadtverwaltung, sondern die Regierung die Berufsschulbeiträge beschlossen habe. Dabei berief er sich ausdrücklich auf die Ausführungen des Versammlungsleiters, Direktor Walther, der ja selbst betont hatte, daß nicht die Stadtverwaltung, sondern die Regierung die Erhebung besonderer Berufsschulbeiträge angeordnet habe. Der Oberbürgermeister legte dann in längeren Ausführungen dar, wie es in Gelsenkirchen zu der Erhebung von Berufsschulbeiträgen gekommen sei, nachdem im Jahre 1929 ein entsprechender Zuschlag zur Lohnsummensteuer beschlossen worden sei, der gewissermaßen als Abgeltung für besondere Berufsschulbeiträge gelten sollte. Die Verwaltung hatte sich damals mit diesem Beschluß einverstanden erklärt, da bei dem wenigstens im Voranschlag noch ausgeglichenen Haushaltsplan für 1929 auch keine Veranlassung zur Beanstandung vorlag. Dabei müsse allerdings darauf hingewiesen werden, daß Gelsenkirchen die einzige Stadt im Industriegebiet sei, die keine besonderen Berufsschulbeiträge erhoben habe.

Die erste Schwierigkeit sei im Jahre 1931 entstanden, als die sogenannte Tapolski-Kommission auf Veranlassung der Regierung eine Prüfung der Finanzlage der Stadt vorgenommen habe. In dem damaligen

Bericht des Oberregierungsrats Tapolski

an die Regierung sei darauf hingewiesen worden, daß die Stadt keine Berufsschulbeiträge erhebe und daß die Stadt deshalb veranlaßt werden müsse, diese besonderen Beiträge einzuführen. Der Verwaltung sei, da der Staat eine Unterstützung der notleidend gewordenen Stadt davon abhängig machte, daher gar nichts anderes übrig geblieben, als der Regierung gegenüber „Order zu parieren". Bei dem dann eingeleiteten Einspruchsverfahren der Interessenten sei es der Stadtverwaltung einzig und allein darauf angekommen, eine Entscheidung herbeizuführen, um klare Rechtsverhältnisse zu schaffen.

Der Oberbürgermeister betonte in diesem Zusammenhang mit Nachdruck, daß sich die Interessenten damals bei dem Entscheid des Bezirksausschusses beruhigt und auf die Einlegung weiterer Rechtsmittel ausdrücklich verzichtet hätten.

Auch für die Entwicklung, die die Frage der besonderen Berufsschulbeiträge im Jahre 1932 genommen hätte, könne man die Verwaltung keinesfalls verantwortlich machen, ebensowenig aber auch die Regierung in Münster, welche die Erhebung der Beiträge nach Ablehnung derselben durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen habe. Der Erhebungszwang für die Berufsschulbeiträge beruhe auf zwei Bestimmungen der beiden Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 und 14. 6. 1932. Nach der einen dieser Bestimmungen hat die Staatsaufsichtsbehörde bei nicht ausgeglichenem Gemeinde-Etat dafür zu sorgen, daß alle gesetzlich zugelassenen oder vorgeschriebenen Steuern „sämtlich und in vollem Umfange ausgenutzt" werden, nach der anderen können nur solche Gemeinden auf Unterstützung durch das Reich rechnen, die alle in Betracht kommenden Steuern erhoben haben. Hierzu gehören auch die Berufsschulbeiträge. Die Verwaltung und die die Stadt betreuende Regierung in Münster hätten also vor der Alternative gestanden, entweder die Berufsschulbeiträge zu erheben oder auf die Reichshilfe für die Stadt zu verzichten.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen wies der Oberbürgermeister darauf hin, daß neben der Ausgabendrosselung die Erhöhung der Einnahmen bis zum restlosen Ausgleich in normalen Zeiten zur Behebung von Finanzschwierigkeiten der öffentlichen Haushalte richtig gewesen sei, daß man aber in derart anormalen Verhältnissen, wie wir sie heute haben, mit dieser Politik restloser Steuerschröpfung auf die Dauer nicht auskomme. Das habe ja auch die Entwicklung bewiesen. Aber die auf der untersten Stufe des staatlichen Organismus stehenden Kommunen könnten dagegen nichts machen. Im übrigen betonte der Oberbürgermeister die Bereitschaft der Stadtverwaltung, mit den zuständigen Organisationen in der Angelegenheit der Berufsschulbeiträge weiter zu verhandeln.

Gegenüber den von Dr. Hoffmann vorgebrachten Zahlen erklärte der Oberbürgermeister, daß er die Richtigkeit und Stichhaltigkeit im Augenblick natürlich nicht nachprüfen könne. Er wies aber darauf hin, daß er persönlich, insbesondere auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Vereins zur Förderung des Berufsschulwesens in der Provinz Westfalen, sich stets gegen eine Ueberspannung des Berufsschulwesens ausgesprochen und daß er vor allem immer wieder die Forderung aufgestellt habe, daß der Staat den Gemeinden die Mittel für das Berufsschulwesen in weitem Umfang zur Verfügung stellen müsse, wenn er den Uebergang von der Fachschule zur allgemeinen Erziehungsschule immer mehr propagiere und dadurch weitgehende Anregungen und Anordnungen fördere. Bei der Beurteilung der Frage nach der Berechtigung und nach dem Umfang der Berufsschulen müsse man die historische Begründung und Entwicklung des Berufsschulgedankens in Rücksicht ziehen. Man müsse sich vergegenwärtigen, daß nach dem Kriege eine zum Teil zuchtlose Jugend vorhanden gewesen sei, und daß man damals die intensive berufliche Fortbildung der

Jugend im Interesse des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft allerwärts als notwendig angesehen habe. Im übrigen sei ja das jetzt von dem Herrn Reichspräsidenten und von der Reichsregierung in Gang gesetzte Notwerk für die Jugend eine Parallele zu den damaligen Gedankengängen, die zum verstärkten Ausbau des Berufsschulwesens geführt hätten.

Man dürfe auf keinen Fall jetzt in Bausch und Bogen abbauen wollen.

Was die Zeitverhältnisse an Einschränkungen im Berufsschulwesen verlangten, das müsse geschehen, aber man dürfe keineswegs an den Grundgedanken der Berufsschule rütteln, auch wenn hinsichtlich der Belastung heute Schwierigkeiten entständen. Was die Wirtschaft und die Städte hier im Industriebezirk gemeinsam fordern müßten, das sei eine besondere Behandlung der steuerschwachen Gemeinden, zu denen auch Gelsenkirchen gehöre. Auch die Wirtschaftsvertretungen sollten sich auf den Standpunkt stellen, daß wir um der Jugend und ihrer Zukunft willen die Einrichtungen haben müßten, die aus dem Berufsschulgedanken herausgewachsen sind, **daß uns aber Staat und Reich dabei finanziell unterstützen müßten, besonders heute, wo wir als steuerarme Gemeinden nicht in der Lage sind, die Kosten selbst zu tragen.**

Die Steuerlasten des Mittelstandes.

Die Klagen des Einzelhandels:

Außer den Berufsschulbeiträgen gibt es noch andere Lasten, die mehr oder weniger jeden Gewerbetreibenden treffen. Nach einer kurzen Einführung des Vorsitzenden Bielefeld, der einen Ueberblick über die Serie der nun zu behandelnden Steuern gab, sprach der Vorsitzende der Kaufmannschaft, Herr Heinrichs:

Ein Betätigungsfeld nach dem andern wird dem freien Handel genommen. Ganze Kundenkreise werden ihm durch die Konsumvereinigungen entrissen, die sich einer unbegründeten steuerlichen Vergünstigung erfreuen. Dabei hat sich bei der Untersuchung im Reichswirtschaftsrat die Tatsache herausgestellt, daß der selbständige Einzelhandel als Risikoträger gerade in den letzten Jahren ein außerordentlich wichtiger Faktor ist. Umso bedauerlicher ist die Tendenz, durch Einschiebung von genossenschaftlichen Organisationen oder durch unmittelbaren Verkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher den Handel zu umgehen. Der selbständige Einzelhandelsbetrieb hat sich als konkurrenzfähig erwiesen und durchgesetzt.

Deshalb darf er auch Anspruch auf Schutz vor Maßnahmen haben, die sein Lebensrecht beeinträchtigen. So dürfte es abwegig sein, durch eine stärkere Forcierung des Automatenverkaufes — auch nach 19 Uhr — die Arbeit der selbständigen Kaufmannschaft zu erschweren und durch eine derartige maschinelle Konkurrenz wieder Arbeitskräfte zu gefährden. Bei den letzten Notverordnungen zum Schutze der mittelständischen Wirtschaft ist die Einrichtung von Einheitspreisläden auf die nächste Zeit verboten. Bedauerlich ist es, daß in der Zugabenfrage keine Ergänzung der Notverordnung vom 9. März 1932 stattgefunden hat, da gerade der Einzelhandel in der Zugabe die Verschleierung eines klaren Preisbildes sieht und ein lückenloses Verbot dieser Wettbewerbsform anstrebt.

Besonders notwendig erscheint es aber, daß endlich eine Grundlage geschaffen wird, um dem Schleudern im Wettbewerb zu begegnen. Nicht in erster Linie ist dies eine Frage der Rentabilität der Einzelhandelsbetriebe, es ist vielmehr eine Frage der gesamten Gesundung unseres Güterprozesses. Gesunde Wettbewerbsverhältnisse sind mit die beste Grundlage für die Wiedergesundung der Wirtschaft.

Bei der Ausübung seiner Hauptfunktionen billige und gute Ware zu vermitteln, muß der Einzelhandel darauf hinweisen, daß heute seine Unkosten kaum tragbar sind. Infolge langsamerer Umsätze und kleinerer Einkäufe tritt der Warenschwund und Warenverderb als Unkostenfaktor mehr denn je hervor und wirkt sich beim Verkauf ungeheuer belastend aus.

Berücksichtigt man beim Einzelhandel die jetzige Höhe der Umsatzsteuer im Zusammenhang mit allen Unkostenfaktoren, so wird man feststellen, daß die Brutto-Gewinnspanne meistens nicht ausreicht, ein Arbeitsentgelt für den Inhaber selbst zu decken.

So richtet der Einzelhandel, der glaubt, daß in der freien Persönlichkeit ein wesentlicher wirtschaftlicher und sozialer Faktor liegt, den Ruf an die Oeffentlichkeit, die Grundlagen seiner Arbeit zu sichern.

Er wünscht deshalb bei der Umsatzsteuer die seit langem in Aussicht gestellte Phasenpauschalierung. Auch bei den Verbrauchssteuern muß eine Entlastung im Interesse der billigsten Versorgung mit den lebensnotwendigen Gütern erstrebt werden.

Notwendig ist aber auch vor allem Sicherheit im Wettbewerb und Gesetzgebung. Der Einzelhandel steht in der ihn betreffenden Gesetzgebung nicht irgendwelche Einschränkungen, wenn sie der Niederschlag vernunftgemäßer Entwicklung ist. Unsichere Verhältnisse lassen keine Initiative aufkommen, weshalb es dringend erforderlich ist, zur geregelten Gewerbeordnung zu kommen.

Durch den „Kauf in Gelsenkirchen, der billigsten Stadt", wird die Förderung des Umsatzes am Ort sich durch den Kreislauf des Geldes insofern auch vorteilhaft auswirken, als der Stadt bei erhöhten Umsätzen auch erhöhte Abgaben seitens der Geschäftsleute zufließen, die zu einer nicht unwesentlichen Stärkung der Finanzkraft der Stadt beitragen.

Wir hoffen, daß die Erkenntnis des gegenseitigen Aufeinander-Angewiesenseins stärker als bisher sich allgemein durchsetzt.

Der Einzelhandel hofft, daß seine Forderungen und Wünsche recht bald anerkannt und durchgeführt werden, damit die Grundlage gegeben ist, Hand in Hand mit allen Ständen unseres Volkes Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und damit den Tiefstand der Wirtschaft zu überwinden.

Die Bedeutung des Großhandels

für das Gedeihen aller Handelszweige.

Hier sprach der Vorsitzende des Großhandelsverbandes, Herr Hannecke. Seine Rede war kurz und einleuchtend. Hatte man früher manchmal die Meinung hören können, daß der Großhandel unnötig sei und die Ware verteure, so weiß man heute doch sehr genau, wie nötig der Großhandel ist. Der Großhandel beschafft die Waren schon wesentlich früher als der Einzelhandel sie verlangt. Der Großhandel kauft im Sommer die Winterware und im Winter die Sommerware ein und wirkt damit ausgleichend für den Verkehr zwischen Einzelhandel und Fabrikant. Dadurch werden mögliche Krisen ausgeglichen und die Verdienstmöglichkeiten auch bei den Fabriken gleichmäßiger. Auch auf dem Großhandel lasten all die Schwierigkeiten, über die die anderen Gewerbegruppen klagen, er fühlt sich daher solidarisch mit ihnen in dem Protest gegen die ungeheuren, ungerechten und unlogischen Lasten. Aber wir haben auch in der Vorkriegszeit manche schwere Zeit mitgemacht und sind hindurchgekommen. Auch damals gab es eher drei fette und sieben magere Jahre.

Das Gastwirtsgewerbe als Barometer.

Der Sprecher der Gastwirte, Herr Keller, führte aus:

Immer ist das Gastwirtsgewerbe das Barometer für die wirtschaftlichen Zustände. Bei ihm zeigt sich am sichersten jede Wirtschaftskrise, jede Geldknappheit. Und doch waren wir früher die besten Steuerzahler. Heute ist aber die Steuerschraube so angezogen, daß wir nicht einmal unser eigenes Dasein fristen können. Daher der Untergang vieler Existenzen. Neben all den heute schon genannten Steuern hat der Gastwirt noch besondere Steuern zu tragen: die Reichsbiersteuer, die Gemeindebiersteuer, die inzwischen verdoppelt worden ist, dann die Getränkesteuer, die auch bei den Behörden keine Sympathie gefunden hat, bis dann durch Notverordnung diese Steuer endgültig diktiert wurde, dazu dann die Umsatzsteuer usw. Aber auch trotz der Einführung von erhöhten Steuersätzen hat sich aus dem Gastwirtsgewerbe nichts mehr herausholen lassen. Heute leben schon viele von uns von der Substanz, ihre eigenen Mittel sind erschöpft. Alte einst angesehene Betriebe gehen ein. Wer trägt die Schuld? Doch nur die ominöse Steuerschraube. Dazu kommt, daß die Hauszinssteuer noch auf dem Gastwirt drückt. Wenn in manchen Hotels die Hauszinssteuer drei RM. je Bett beträgt, was soll dann die Uebernachtung kosten, wenn der Gastwirt noch etwas verdienen und Steuern abführen soll?! Die Rückstände in den Abgaben werden immer größer, aus Stundungen werden Pfändungen, die oft genug ergebnislos verlaufen. Und wie viel Vergleiche werden wegen Aussichtslosigkeit eingestellt. Man hat alte Leute aus ihrem Eigentum gejagt, und die Selbstmorde häufen sich erschreckend. Wir müssen bei unseren Behörden mehr Rücksicht und mehr Verständnis erwarten und verlangen! Wir müssen doch weiterkommen, denn wenn wir alle zur Fürsorge gehen, dann müssen schließlich auch die Beamten zur Fürsorge.

Die Sorgen des Handwerks:

Steuerlast, Arbeitsnot und Schwarzarbeit!

Mit Temperament sprach Dr. Bäumer kurz und bestimmt über die Klagen, die das Handwerk zu erheben hat. Das Handwerk hängt eng mit den Schwankungen in allen Wirtschaftsvorgängen zusammen. Die Arbeitslosigkeit in der Industrie hat sich in doppeltem Maße auch beim Handwerk ausgewirkt. Von den Baufacharbeitern sind 699 erwerbslos, von den Malern 452, Tischlern 416, Klempnern 204 (hier arbeiten nur noch zwei Gehilfen!), Dachdeckern 30. Die Summen, die die Betriebe an die Steuer abführen konnten, sind von Jahr zu Jahr gesunken, obgleich die Steuersätze erhöht worden sind. Fruchtlose Pfändungen und Konkurse sind an der Tagesordnung. Wir können in unseren Büros feststellen, daß die Handwerker zum Teil mit den geringsten Gewinnen leben müssen. Aber trotzdem sind die Handwerker nicht zur Fürsorge gegangen, sie wollen es auch nicht. Sie wollen von ihrer Arbeit leben! Aber sie müssen verlangen, daß nicht noch andere Stände ihnen das Letzte nehmen und sie um den letzten Groschen bringen! Der Krebsschaden für den Handwerker ist die Schwarzarbeit. Der Schwarzarbeiter, der keine Abgaben zahlt, hat es leicht billiger zu arbeiten! Erst wenn ein Reichsgesetz die Schwarzarbeit untersagt, kann es besser werden. Und dann muß die Ankurbelung der Wirtschaft kommen. Dabei muß man dafür sorgen, daß die eigenen Organe der Wirtschaft wieder arbeiten können. Man soll von oben her nicht zu sehr in die Wirtschaft eingreifen. Kredite müssen zur Verfügung gestellt werden, damit das Handwerk seine Arbeit beginnen kann. Wenn man für den Karstadt-Konzern 25 Millionen RM. zur Verfügung hatte, dann wird eine kleinere Summe auch für das Handwerk zu finden sein. Es ist leichter einen Kranken zu heilen als einen Toten aufzuerwecken. Darum möge man uns schnell helfen, damit die Krankheit geheilt wird!

Weg mit der Hauszinssteuer!

Die Klagen des Hausbesitzes.

Syndikus Dr. Stoßberg führte als letzter Redner unter anderem folgendes aus:

Seit 1924 hat man etwa 10 bis 11 Milliarden Hauszinssteuergelder im Wohnungsbau investiert. Ich wage zu behaupten, daß alle die Hypotheken, die zur Sicherung dieser Hauszinssteuerdarlehen begeben wurden, keinen Pfifferling mehr wert sind. Wohl aber ist der Wert des Althausbesitzes, der außer diesen 10 bis 11 Milliarden für Hauszinssteuerhypotheken noch weitere Hauszinssteuergelder aufgebracht hat, um 30 bis 40 Milliarden gemindert worden.

Den größten Teil der Hauszinssteuergelder hat man verpulvert,

sei es im Neuwohnungsbau, sei es zur Finanzierung anderer Aufgaben, die sich die Gemeinden in den vergangenen Jahren stellen zu müssen glaubten. Man hat den deutschen Hausbesitz durch die ihm auferlegte unsinnige Steuerlast und durch die Bindung mit den Fesseln der Wohnungszwangsgesetze daran gehindert, seine Häuser instandzuhalten und ihre Einrichtung dem fortschreitenden Stande der Technik anzupassen. Man wirft dem deutschen Hausbesitz vor, daß seine Wohnungen nicht modern seien, aber man nimmt ihm das Geld zur Modernisierung durch die Hauszinssteuer und die notwendige Freiheit durch die Wohnungszwangsgesetze.

Durch die Art der Verwendung der Hauszinssteuer zur Förderung des Neubauwesens hat man seinerzeit eine Aufblähung des Apparates der Bauwirtschaft erreicht, der der Zusammenbruch notwendig folgen mußte. Es war ganz klar, daß die Arbeitsmöglichkeiten sehr bald zu Ende gehen mußten. Man hat auch durch diese Art der Verwendung der Hauszinssteuer ein großes Maß von Schuld an dem Zusammenbruch des Baugewerbes und an seinem heutigen Elend auf sich geladen.

Die Hauszinssteuer hat dem deutschen Hausbesitz die Kraft genommen, sich entsprechend dem Fortschritt der Technik auf der Höhe zu halten. Man hat ihm aber mit der Hauszinssteuer auch die Mittel genommen, seinen finanziellen Verpflichtungen ordnungsmäßig nachzukommen. Die untragbare Belastung, die die Hauszinssteuer darstellt, trat solange nicht in die Erscheinung, als es der Wirtschaft scheinbar noch gut ging, und als man auch notfalls noch in der Lage war, seine Verluste aus Hausbesitz aus anderen Einkommensquellen auszugleichen, obwohl sich der Hausbesitz schon in erkennbar großen Schwierigkeiten dank der Steuerpolitik des Gesetzgebers befand, hat es doch noch eine Reichsregierung fertiggebracht, ein außerordentliches Kündigungsrecht zu schaffen, das dem Mieter die Möglichkeit gab, sich von seinen vertraglichen Verpflichtungen zu lösen. Den Hausbesitz überließ man seinem Schicksal.

Durch die Beseitigung der Hauszinssteuer wird der Realkredit saniert. Durch die Sanierung des Realkredits ist aber eine wichtige Grundlage für die Sanierung der gesamten übrigen Wirtschaft geschaffen.

Durch die Beseitigung der Hauszinssteuer werden aber auch

erhebliche Mittel für die Instandsetzung des Hausbesitzes frei.

In den Vorkriegsjahren sind von dem Mietaufkommen im Reich von etwa 5 Milliarden Reichsmark in jedem Jahr für etwa 600 Millionen Instandsetzungsaufträge erteilt worden. Diese Aufträge sind seit der Erhebung der Hauszinssteuer zum größten Teil fortgefallen. Fast alle Häuser bedürfen daher einer grundlegenden Instandsetzung, um sie vor dem Verfall zu schützen. Wer aber diese Instandsetzung durch Freigabe von Mitteln ermöglicht, gibt dem Handwerk die so bitternötige Arbeit.

Bekanntermaßen bereitet dem Hausbesitz die Aufbringung der Gelder zur Hausreparatur im Zusammenhang mit dem Reichszuschuß erhebliche Schwierigkeiten. Diesen Umstand wollte der

Vorstand der Stadtsparkasse in Gelsenkirchen dadurch Rechnung tragen, daß er einen Betrag von ca. 150 000 RM. zur Begebung in Form von hypothekarisch gesicherten Reparaturdarlehn zur Verfügung stellte.

Soweit ich jedoch unterrichtet bin, hat der Herr Regierungspräsident in Münster diesem Beschluß seine Genehmigung versagt. Wie ich aus dem Westdeutschen Türmer, dem Organ des Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine im Ruhrkohlenbezirk, entnehme, ist der gleiche Fall bei der städtischen Sparkasse in Essen gegeben, die ebenfalls vom Regierungspräsidenten in Düsseldorf keine Genehmigung zur Hergabe von Reparaturdarlehn bekam. Ich bringe diese Angelegenheit hier vor, weil ich sicher bin, daß Sie alle mit mir gegen dieses Verhalten des Herrn Regierungspräsidenten in Münster den schärfsten Protest erheben. Wenn der Vorstand der Stadtsparkasse in Gelsenkirchen glaubt, zur Hergabe der Darlehnsmittel gegen sparkassenübliche Sicherheiten in der Lage zu sein, und wenn er auf diese Weise zu seinem Teil an der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung mitwirken will, ist es unverständlich, wie der Herr Regierungspräsident in Münster dieses untersagen kann. Sie werden uns zweifellos ihre Zustimmung dazu erteilen, daß wir den Herrn Oberbürgermeister bitten, sich in jeder möglichen Weise dafür einzusetzen, daß der Beschluß der Stadtsparkasse auf Bereitstellung von Mitteln für Reparaturdarlehn zur Durchführung kommt. Im übrigen möchten wir den Herrn Regierungspräsidenten mit der notwendigen Deutlichkeit darauf hinweisen, daß die Sparkasse nicht nur den Zweck hat, die Einlage des Mittelstandes in Verwahr zu nehmen, sondern daß die Sparkasse in nicht minder großem Maße die satzungsgemäße Pflicht hat, das Kreditbedürfnis des Mittelstandes zu befriedigen. Auf diesem Wege wäre es möglich, die Arbeitsbeschaffung für das Handwerk zu fördern, ohne den städtischen Wohlfahrtshaushalt zu belasten. Dieser Weg scheint uns immer noch zweckmäßiger zu sein, als wenn die Arbeitsbeschaffung nur durch Verpulverung von Steuermitteln erzielt werden solle.

Die Stadtverwaltung habe den Plan, ein neues Ortsstatut einzuführen, das die Handhabe bietet, den Hausbesitz zu den Kosten der Neubefestigung von Straßen und Bürgersteigen hinzuzuziehen mit einem gewissen Prozentsatz. In Frage kommen etwa 30 Prozent der Kosten bei der Neubefestigung des Fahrdamms und 40 bis 50 Prozent der Kosten bei der Neubefestigung des Bürgersteiges.

Zum Schluß möchte ich noch kurz auf den

Plan, die Hauszinssteuer zu kapitalisieren,

und den Kapitalbetrag durch eine bevorrechtigte grundbuchliche Eintragung zu sichern, zu sprechen kommen. Sie wissen, daß bei gewissen Stellen die Absicht besteht die Hauszinssteuer mit dem 4½fachen des Steuersolls für das Rechnungsjahr 1932 zu kapitalisieren. Dieses Kapital soll mit 6½ Prozent jährlich getilgt und 5½ Prozent jährlich verzinst werden. Die Abtragung würde sich unter Verwendung der ersparten Zinsen auf etwa elf Jahre erstrecken. Unsere Spitzenverbände haben bereits bei allen zuständigen Stellen und in der Oeffentlichkeit gegen diesen Plan protestiert. Bekanntlich sollen die Lasten dazu dienen, die Umschuldung der Gemeinden zu ermöglichen.

Erwiderung des Oberbürgermeisters.

Am Schluß des Abends nahm Oberbürgermeister Zimmermann nochmals das Wort, um sich mit einigen von den Vertretern der Wirtschaftsverbände behandelten Punkten zu beschäftigen. Er wandte sich dabei zunächst gegen die Redewendung von Direktor Walther, die Ueberspannung des Berufsschulwesens in Gelsenkirchen sei darauf zurückzuführen, daß der Oberbürgermeister Vorsitzender des Vereins zur Förderung des Berufsschulwesens sei. Der Oberbürgermeister hätte besser „bremsen" anstatt „fördern" sollen. Zu diesen Ausführungen von Direktor Walther bemerkte der Oberbürgermeister, daß er erst seit dem Jahre 1928 Vorsitzender des Vereins und Oberbürgermeister von Gelsenkirchen sei, und daß er bei seinem Dienstantritt das Berufsschulwesen von Gelsenkirchen so gut ausgestattet vorgefunden habe, daß er als Vorsitzender des Förderungsvereins keine Wünsche mehr zu äußern gehabt hätte. Im Gegenteil: Seine Aufgabe sei leider die gewesen, abbauen, also bremsen zu müssen. Im übrigen aber weise er darauf hin, daß dem Verein zur Förderung des Berufsschulwesens zahlreiche Gemeinden, aber auch die Handwerkskammern als Vertreter der Berufsgruppen angehörten. Durch die Mitarbeit des Handwerks in dem Verein drücke sich grundsätzlich die Zustimmung des Handwerks zum Berufsschulwesen aus. Das sei auch durchaus natürlich, weil das Handwerk ein erhebliches Interesse an einen in jeder Weise geschulten Nachwuchs habe.

Zu den Ausführungen von Dr. Stoßberg über die Hergabe von Reparaturdarlehen durch die Stadtsparkasse wies der Oberbürgermeister darauf hin, daß der Regierungspräsident den damaligen Antrag zunächst deshalb nicht befürworten zu können geglaubt habe, weil er noch eine eingehendere Begründung gewünscht hätte. Inzwischen habe er, der Oberbürgermeister, in einer persönlichen Besprechung mit dem Regierungspräsidenten Dr. Pünder feststellen können, daß der neue Regierungspräsident das allergrößte Verständnis für die in dem Antrag gewünschte Hergabe von Reparaturdarlehen durch die Sparkasse habe. Der Regierungspräsident könne aber von sich aus eine Entscheidung nicht treffen. Er habe jedoch zugesagt, einen erneuten Antrag befürwortend an die Staatsregierung in Berlin weiterzuleiten.

Ueber die Erhebung von Anliegerbeiträgen äußerte sich der Oberbürgermeister dahin, daß er solange keine Vorlagen über neue Belastungen einbringen werde, als er nicht der Ueberzeugung sei, daß sie auch getragen werden könnten.

Aus unserem Verbreitungsgebiet.

Stadt Wattenscheid

Die Arbeiten am Eppendorfer Ehrenmal haben durch die abnorme Kälte der letzten Wochen eine unerfreuliche Unterbrechung erfahren. Durch sie ist die Fertigstellung um einige Wochen verzögert worden. Es kann aber dennoch damit gerechnet werden, daß der vorgesehene Termin nicht allzusehr überschritten wird. Wie sehr der Gedanke des Kriegerehrenmals in die gesamte Bevölkerung eingedrungen ist, zeigt sich am Besten daran, daß trotz der schweren Zeit fortgesetzt Spenden beim Denkmalausschuß eingehen. (hp)

Rassegeflügelzuchtverein Günnigfeld. In der Monatsversammlung entwickelte sich eine lebhafte Aussprache, weil der Vorsitzende des Vereins Wattenscheid erklärt hat, aus dem Stadtverband austreten zu wollen. Am 26. März ist eine Stamm- und Bruteierschau bei Böcke. Zur Nothilfe wurden an die Elternbeiräte fünf Mark bewilligt. Konrektor Kand wird in der nächsten Versammlung einen Vortrag über Ratschläge zur Anschaffung von Geflügel und Zuchttieren halten. (V)

Stadt Wanne-Eickel

Die Eröffnungsfeier für das neue Amtsgericht ist nunmehr für Samstag angesetzt worden. Sie beginnt um 10 Uhr im Saal der Zivilkammer. An ihr werden Landgerichtspräsident Broicher vom Bochumer Landgericht und Oberbürgermeister Kiwit teilnehmen. Die Einrichtung des Amtsgerichts wird in den nächsten Tagen vollendet sein. (tp)

Fundsachen. Bei der Polizeiverwaltung, Verwaltungsstelle, Sedanstraße 12, Zimmer 13, wurden folgende Gegenstände als gefunden abgegeben: 2 Geldbörsen mit Inhalt, 1 Marktasche, 1 Brille, 1 Trauring, 1 Herrenfahrrad, 1 Antriebsrad mit Kurbel. Zugelaufen sind: 3 Hunde (darunter 1 Schäferhund, 1 kleiner Dobermann und ein dunkel-grauer Hund) 1 Huhn. Eigentumsansprüche können während der Dienststunden geltend gemacht werden.

Kinder bringen einen Personenzug zum Halten. Zwei Kinder wären am gestrigen Dienstagmittag glatt dem Tode verfallen, wenn der umsichtige Lokführer eines vorbeifahrenden Zuges diesen nicht sofort zum Halten gebracht hätte. Der Vorfall ereignete sich nahe der Thiesstraße auf der Eisenbahnlinie Wanne—Unser-Fritz. Es wird die höchste Zeit, daß hier endlich einmal die ständig vorhandene Unfallgefahr gebannt wird. (Ae)

Katernberg

Schwerverletzt. Die Ehefrau Wichert aus der hiesigen Johannstraße wurde gestern in Essen von einem Motorradfahrer angefahren und zu Boden geschleudert. Bei dem Sturz trug sie schwere Verletzungen am Kopf davon, so daß sie sofort dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. (So)

Mißglückter Raubüberfall. Ein Brottutscher wurde, als er in der Hüttenstraße einen Kunden bedient hatte, beim Verlassen der Wohnung von zwei Burschen überfallen, die versuchten, seine Geldtasche zu entreißen. Der Ueberfallene setzte sich zur Wehr und schrie um Hilfe. Einer der Täter versetzte ihn darauf einen Messerstich in den Oberarm, worauf sie beide die Flucht ergriffen. In der Dunkelheit konnten beide unerkannt entkommen. (So)

Krag

Heimattreue Ost- und Westpreußen. In der Versammlung gab der Vorsitzende einen Bericht über die Arbeitsgemeinschaft in Essen und die Bezirkssitzung. Es wurde beschlossen, am 19. Februar im Volkshaus ein Familienfest zu feiern. (ch)

Gardeverein. In der Monatsversammlung berichtete Vorsitzender Genthe über die letzte Verbandstagung. Hauptsächlich befaßte sich dann die Versammlung mit der Vorbereitung zum 25jährigen Jubelfest. (ch)

Westerholt

Angefahren. Am Dienstagmorgen wurde ein siebenjähriges Mädchen, das sich auf dem Weg zur Schule befand, an der Ringstraße von einem Motorradfahrer angefahren und auf die Bordsteine geworfen. Der Motorradfahrer fuhr, ohne sich um das Kind zu kümmern, in Richtung Böckenbusch davon. Das Mädchen zog sich erhebliche Verletzungen an verschiedenen Körperteilen zu. ÷

Bertlich

Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht bei dem Gastwirt Wilhelm Kl.-Besten (früher Bullerkotte) verübt. Entwendet wurden u. a. 30 bis 40 Liter Branntwein, je 1 Flasche Kognak, Pfefferminz, Rum und Wacholder, sowie Zigaretten. Ein scharfer Hund, der im Hause gelegen, aber nicht angeschlagen hat, war am nächsten Morgen verschwunden und ist jedenfalls von den Tätern mitgenommen worden.

Jugendwerbekundgebung. Der letzte Sonntag stand im Zeichen der evangelischen Jugendwerbekundgebung. Zahlreich hatten sich die Jugendbünde versammelt und nahmen an dem Festgottesdienst teil. Zu grunde legte Pfarrer Barlen seiner Festpredigt das Wort: „Darum auch wir, dieweil wir eine solche Wolke von Zeugen um uns haben, lasset uns ablegen die Sünde." Außer den übrigen Wimpeln war auch der neue Wimpel des Jungmädchenvereins von Westerholt-Bertlich zur Stelle. Wechselgesang der Jungmädchen und Gemeinde gaben dem Festgottesdienst seinen Abschluß. (au)

Die evangelische Frauenhilfe von Westerholt-Bertlich versammelt sich am Mittwoch 16 Uhr zur Handarbeitsstunde im großen Saal der Kleinkinderschulbaracke Ringstraße. (au)

Gladbeck

Frauenhilfe II. Am 21. Februar, 15.30 Uhr, Generalversammlung, zugleich Werbeveranstaltung. Programme sind für 50 Rpf. bei den Bezirksfrauen und auf dem Jugend- und Wohlfahrtsamt zu haben. Frau Missionar Trey (Barmen) spricht über: „Frauenhilfe und Frauennot in Südafrika." Pfarrer Busch (Witten) über: „Bereit zum Gottesdienst." Außerdem läuft der Frauenhilfsfilm.

Konfirmationen in Gladbeck. Auf vielfache Anfragen wird mitgeteilt, daß die Konfirmationen an folgenden Sonntagen stattfinden: für den Pfarrbezirk 1 am 26. März, für den Pfarrbezirk 2 am 2. April, für Rentfort am 19. März, für Zweckel am 9. März, für Brauck am 26. März.

Marl

Einbruch in eine Verkaufshalle. In eine an der Sickingsmühlerstraße gelegene Verkaufshalle drangen in der Nacht zum Montag Diebe ein. Gestohlen wurden für etwa 70 RM. Zucker- und Tabakwaren. Sachdienliche Angaben, die zur Ermittelung der Täter führen können, erbittet die Kriminalpolizei in Marl. Verschwiegenheit wird zugesichert.

Hüls

Der Stahlhelm veranstaltete im Bürgerhof einen Familienabend. Nach einigen Musikstücken der Bergkapelle begrüßte der Vorsitzende Stemmer die so zahlreich erschienenen Kameraden und deren Familienangehörige. Danach brachte die Wehrsportabteilung einige lebende Bilder und Keulenschwingübungen zur Darbietung. Nach einem lustigen Militärschwank folgte der „Manöverball".

Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete im Lokal Löker ihr diesjähriges Wintervest. Die Ostpreußenkapelle spielte zur Einleitung des Abends ein paar flotte Märsche. Danach nahm Oberingenieur Berkes das Wort zur Begrüßungsansprache; insbesondere begrüßte er den auch erschienenen Bezirksverbandsvorsitzenden Rektor Math aus Buer. Rektor Math sprach dann über die neugeschaffene innerpolitische Lage. Danach führten einige Mitglieder ein Theaterstück auf, das guten Anklang fand. Für die nötige Stimmung sorgten die beiden Hülser Humoristen Bartker und Gerlach.

Der Verkehrsverein Hüls/Drewer hat sich in seinen Versammlungen mehrfach über eine zweimalige Postbestellung auch in den Außenbezirken des Zustellbezirks Hüls ausgesprochen und dieserhalb schon mehrfach an die Postdirektion gewandt. Nunmehr hat die Oberpostdirektion angewiesen, in den größeren Straßen des Außenbezirks die Post zweimal zuzustellen. Ab 1. Februar werden also zweimal die Postsachen auch in folgenden Straßen zugestellt: Lipperweg, Heyerhofstraße, Kinderheimstraße, Bergstraße und In den Kämpen.

Witterungsbericht.

Auf der Rückseite der gestern über den Ostseeländern lagernden Störungen ist kaltluft polaren Ursprungs bis nach Oesterreich und der Tschechoslowakei vorgedrungen. Die Temperaturen sind in ihrem Bereiche um 4 bis 8 Grad gegen gestern gesunken und konnten bei Aufheiterung in Nordostdeutschland vielfach leichten Frost veranlassen. Westdeutschland dagegen liegt noch immer unter dem Einfluß feuchter Ozeanluft, die von einem umfangreichen Tiefdrucksystem südlich von Island über Frankreich und England nordostwärts befördert wird. In der Warmluft herrscht nach wie vor recht unbeständiges Wetter und vielerorts wird Regen gemeldet. Westdeutschland bleibt weiterhin auf der Südostseite des Ozeanwirbels und erfährt unter dem Einfluß seiner Störungsausläufer zunächst keine Wetteränderung.

Vorhersage für Mittwoch: Noch unbeständiges, mildes Wetter. Zeitweise Regen, meist in Schauerform. Strichweise geringe Aufheiterung. Frische südwestliche bis westliche Winde.

Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Etwas Wetterberuhigung. Bei westlichen Winden überwiegend stärkere Bewölkung mit einzelnen Regenschauern. Etwas kühler.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Die Kreuzerjagd im Indischen Ozean

auf „de Zeven Provincien" wird zu Wasser und in der Luft fortgesetzt.

Neuer Funkspruch.

Gegenüber im Auslande verbreiteten Nachrichten, wonach das holländische Panzerschiff „de Zeven Provincien" bereits überwältigt worden sei und der Kommandant wieder die Führung seines Schiffes übernommen habe, ist festzustellen, daß bis 12 Uhr mittags (MEZ.) weder beim Kolonialministerium, noch bei einer anderen Stelle im Haag eine solche Meldung nicht vorgelegen hat. Auch im Kolonialministerium wird erklärt, das Fehlen einer solchen Meldung beweise die Unrichtigkeit der Meldung.

Nach den letzten Meldungen sammeln sich südlich der Insel Sumatra niederländische Kriegsschiffe auf westlichem Kurs. Der Regierungsdampfer „Aldebaran", dem das Heizmaterial ausgegangen ist, ist vom Regierungsdampfer „Eridanus" abgelöst worden, der den Kommandanten, die Offiziere und die europäische Besatzung des Meutererschiffes übernommen hat.

Um 6 Uhr morgens befand sich die „de Zeven Provincien" unweit der kleinen Insel Simuk, die in der Gegend der Insel Nias liegt. An ihrer Verfolgung werden außer der „Eridanus" noch der Minenleger „Gouden Leeuw" und zwei Unterseeboote teilnehmen. Die aus Surabaya entsandten drei Dornierwalflugzeuge haben Tandjonk Prick mit geheimgehaltenen Befehlen verlassen.

*

Nach den letzten Meldungen aus Niederländisch-Indien haben die Meuterer an Bord des Kriegsschiffes „de Zeven Provincien" in einem Funkspruch an den Regierungsdampfer „Aldebaran" mitgeteilt, daß sie sich unter gewissen Bedingungen ergeben wollten. Gefordert wird Freiheit für die Meuterer, die die Sicherheit der an Bord gefangen gehaltenen Europäer verbürgen.

Brückeneinsturz infolge Eisganges.

Unglück in der Wachau.

Infolge des durch das plötzliche Tauwetter auf der Donau entstandenen Eisganges ist eine große Pontonbrücke, die seit etwa 50 Jahren den gesamten Fußgänger- und Fahrverkehr von Melk nach dem nördlichen Donauufer vermittelte, in früher Morgenstunde mit großem Krachen eingestürzt. Eine Pionierabteilung ist mit Einrichtung eines Notverkehrs beschäftigt, der aber erst in etwa einer Woche fertiggestellt werden dürfte.

Für eine Million Mark Wertpapiere gestohlen.

Riesendiebstahl in Amerika.

Am Montag entdeckte ein sehr begüterter Kaufmann in Philadelphia, namens George Bartle, daß Diebe seinen Geldschrank aufgebrochen und Wertpapiere, bestehend aus Aktien, Staatspapieren, Pfandbriefen und anderen Effekten im Nennwerte von 250 000 Dollar (also über eine Million Mark) gestohlen hatten. Ein Verzeichnis der gestohlenen Papiere wurde sofort durch Rundfunk an alle Börsen, Banken und Makler übermittelt, um die Veräußerung der Papiere zu verhindern oder die Diebe dabei zu fassen.

Besuch des Königs von Dänemark beim Reichspräsidenten. Der König von Dänemark, der sich auf der Durchreise nach dem Süden in Berlin aufhielt, stattete dem Reichspräsidenten einen privaten Besuch ab.

Pilsener braucht nicht aus Pilsen zu sein.

Der Pilsen-Prozeß vom Reichsgericht zu Gunsten der deutschen Brauereien entschieden.

In den vor dem Reichsgericht in Leipzig schwebenden Prozessen des Bürgerlichen Bräuhauses in Pilsen und der ihn nahestehenden Gesellschaft für Biervertrieb in Hamburg gegen verschiedene deutsche Brauereien, die Bier nach Pilsener Art herstellen, hat der Zweite Zivilsenat des Reichsgerichts die Unterlassungsansprüche des Pilsener Bräuhauses endgültig abgewiesen.

Danach sind die deutschen Brauereien, wie in den Entscheidungsgründen betont wurde, befugt, das zur Gattungsbezeichnung gewordene Wort „Pilsener" zwar nicht allein, doch

im Zusammenhang mit deutschen Ortsnamen zu gebrauchen, wobei es nicht darauf ankommt, ob diese Namen mehr oder weniger bekannt sind.

Das Recht zur Weiterführung der Bezeichnung wurde auch dem „Grenzquell-Pilsener" mit Rücksicht darauf zugestanden, daß diese Bezeichnung 28 Jahre lang gebraucht worden ist, ehe die Pilsener dagegen Einspruch erhoben.

Felssturz am Vierwaldstätter See.

Axenstraße gesperrt.

Südlich des ersten Bahntunnels der Axenlinie ging ein Felssturz nieder, durchschlug die Betonschutzmauer und überschüttete die Axenstraße und Bahnlinie. Der direkte Verkehr ist unterbrochen. Es wurde mit Hilfe des Dampfschiffverkehrs ein Umlade- und Umsteigedienst zwischen Brunnen und Flüelen eingerichtet. Schätzungsweise sind etwa 300 Kubikmeter Felsmassen abgestürzt, davon ein Teil in den See.

Rheinland-Westfalen.

Zusammenstöße vor der Universität Münster.

Münster, 7. Febr.

Die sozialistische Arbeitsgemeinschaft an der Universität Münster hatte den Hamburger Nationalökonomen Professor Heimann für Montag zu einem Vortrag eingeladen über das Thema: „Sozialistische Planwirtschaft." Als Professor Heimann den Vortrag beginnen wollte, wurde er sofort am Reden behindert. Als der leitende Professor Weber an die Teilnehmer die Frage richtete, ob der wissenschaftliche Charakter des Vortrages geleugnet werde, wurde erklärt, daß er parteipolitisch sei, worauf Professor Weber sofort die Veranstaltung schloß. Als die Teilnehmer die Universität verließen, wurden sie draußen von einer größeren Menge in Empfang genommen und beschimpft. Es kam zu einer heftigen Schlägerei, bei der es mehrere Verletzte gab. Ein Student erhielt einen Messerstich in den Nacken und einen in den Unterarm, ein anderer wurde so erheblich verletzt, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Ein Ueberfallkommando konnte bald die Ruhe wiederherstellen.

Turnen * Spiel * Sport

Schach-Stadtverband Gelsenkirchen.

Der Spielausschuß tagte. — Die Besetzung der diesjährigen Stadtmeisterturniere. — Beginn Samstag, 11. Februar.

Erstmalig wird die Stadtmeisterschaft im Schach nach der im Vorjahre aufgestellten neuen Turnierordnung des Stadtverbandes ausgetragen. In seiner letzten Sitzung regelte der Verbandsspielausschuß die einzelnen Fragen, insbesondere die Besetzung der Turniere. Es wird ein A- und B-Klassenturnier und ein Nebenturnier veranstaltet. Der Sieger in der A-Klasse erhält den Titel Schach-Stadtmeister von Groß-Gelsenkirchen und darüber ein Diplom. Der Sieger in der B-Klasse erhält den Titel Meister des Schach-Stadtverbandes und ein Diplom, während der Sieger des Nebenturniers Verbandsmeister der B-Klasse genannt wird und ebenfalls ein Diplom erhält. Wer von den Turnierteilnehmern die 40 Prozent Punktegrenze nicht erreicht, scheidet aus seiner Klasse aus. Die Turnierleitung setzt sich aus dem Verbandsspielleiter W. Ernst (Schach-Union) und den Herren W. Rehn (Turm Gelsenkirchen) und Guth (Schachvereinigung Gelsenkirchen) zusammen. Das Schiedsgericht wird gebildet vom Verbandsspielleiter Ernst, zwei aus den Reihen der Turnierteilnehmer von diesen zu wählenden Beisitzern und den Mitgliedern des Verbandsvorstandes. Reguläre Spielzeit ist Samstags von 20 bis 24 Uhr und Sonntags von 14 bis 18 Uhr. Hängepartien müssen jeweils bis zur nächsten Runde erledigt werden. Alle Partien sind unter Aufsicht der Turnierleitung zu spielen. Die einzelnen Turniere wurden wie folgt besetzt:

A-Klasse: Gromnitza (Schachfreunde Ueckendorf), Klein, Hymmen, Conrad, Bley (Schachvereinigung Gelsenkirchen), Brachtl, Zilonka, Luhmann, Lücke (KSV.), Kristall, Hummernbrum, Koch, Blum (Schach-Union Gelsenkirchen).

B-Klasse: Freitag, Welsch (Springer Bismarck-West), Kizina, H. Tix, Schreiber (Schachvereinigung), A. Jackubzik (Ueckendorf), Kazerowski, Preuß (KSV.), Fröhlich, Kruzik, Nowaki (Turm).

Nebenturnier: Cicholl, Reinert, Hoffmann, W. Tix (Vereinigung), Pörina, Schwartz (Ueckendorf), Salomon, Bertau, Erdmann (Schach-Union), Lindemann, Wirtzbacki, Tintorp (KSV.), Silvert, Herzberg, E. Schreiber (Springer). — Die 1. Runde steigt kommenden Samstagabend im Restaurant J. Görsmeier, Kaiserstraße 57.

Aus den Sportvereinen.

S. S. Schalke 1896, Hockeyabteilung. Freitag, 20 Uhr, in der Berliner Bierstube Generalversammlung. Tagesordnung u. a. Neuwahl des Vorstandes.

Turnverein Ueckendorf 1882. Heute, 21.30 Uhr, bei Höhbusch außerordentliche Handballersitzung.

Damenschwimmverein 06. Donnerstag, 19.30 Uhr, Jahreshauptversammlung im Vereinslokal Bismarckhalle.

Universität Köln

Westdeutscher Meister im Kunstturnen.

In der Aachener Talbothalle wurde die westdeutsche Hochschulmeisterschaft im Kunstturnen zum Austrag gebracht. Sieger blieb die Mannschaft der Universität Köln vor Münster, Bonn und der Technischen Hochschule Aachen. Der beste Einzelturner war der bekannte Sandrock (Köln-Immigrath).

Weiterhin wurden die Termine für die Endspiele im Handball, Fußball und Hockey festgelegt. Das Handball-Endspiel steigt am 15. Februar zwischen den Universitäten von Köln und Münster auf dem Platz des Mülheimer SV. Am 18. Februar spielen in Bonn die dortige Universität und die Kölner Universität um die Hockeymeisterschaft. Für den gleichen Termin ist auch das Fußballendspiel zwischen Köln und Bonn angesetzt, jedoch haben die Kölner hiergegen Einspruch erhoben mit der Begründung, daß verschiedene Spieler am nächsten Tag in Bezirksligamannschaften spielen müßten.

PROTEKTOR · REICHSPRÄSIDENT VON HINDENBURG

Internationale Automobil- u. Motorrad-Ausstellung



BERLIN 1933 · 11.-23. FEBRUAR

Rundfunk

Mittwoch, den 8. Februar.

6,45—7,00 **Leibesübungen.** Dr. Ludwig Bach: **Atmungs- und Haltungsgymnastik**
7,00 **Wettervorhersage und Zeitangabe**
7,05—8,00 **Morgenkonzert** (Schallplatten)
8,00 **Wiederholung der Wettervorhersage, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen**
9,00—9,25 **Frau und Recht.** Hildegard Westhoff-Niemeyer: **Schutzaufsicht und Vormundschaft**
9,30—9,45 **Funkwerbung. 10 Minuten für die praktische Hausfrau.** Aus der Opeka-Küche
9,45—10,00 **Gymnastik für Frauen.** Hilde Bremus
10,00 **Erste Meldungen, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen**
10,05—11,10 **Mensch und Welt,** Gemeinschaftsempfang für Arbeitslose

10,10—10,40 Von der Deutschen Welle Berlin **Schulfunk** für Schüler vom 12. Lebensjahr an: **Deutsche in aller Welt. Von unsern deutschen Brüdern in Kärnten.** Jos. Franz Perkonig

11,10—11,20 **Schulfunk** für Schüler vom 10. bis 15. Lebensjahr. Prof. Edmund Josef Müller: **Rhythmische Gymnastik**
11,25—12,00 **Schulfunk** für Schüler vom 12. bis 15. Lebensjahr. Axel Rudolph: **Fünf deutsche Jungen wandern nach Amerika**
12,00—12,50 Uebertragung aus dem Neuen Kurhaus, Bad Aachen: **Unterhaltungskonzert** des Orchesters erwerbsloser Berufsmusiker Aachen, Leitung: Joseph Kreitz
1. Aachener Karnevals-Ouvertüre — Stahl
2. Barcarole-Walzer — Waldteufel
3. Kleine Suite — Bizet
4. Potpourri aus der Operette „Der Bettelstudent" — Millöcker
5. Alle Hampelmänner tanzen — Lindemann

12,50 **Wetterbericht, Zeitangabe und Mittagsmeldungen I**
13,00—14,30 **Mittagskonzert,** Leitung: Woll
1. Unter dem Sternenbanner, Marsch — Sousa
2. Fern vom Ball, Walzer — Waldteufel
3. Ouvertüre zur Oper „Der Geist des Wojewoden" — Großmann
4. Ballettmusik aus der Oper „Faust" — Gounod
5. Hymne an die Nacht — Scassola
6. Melodien aus der Oper „Hoffmanns Erzählungen" — Offenbach
7. Streifzug durch Strauß'sche Operetten — Schlögel
8. Auf der Rennbahn, Galopp — Linde

Gegen 14,00 **Mittagsmeldungen II**
14,30 **Funkwerbung mit Schallplatten**
15,30 **Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe**
15,50—16,15 **Kinderstunde.** Els Bordemberge: **Gymnastische Spiele.** Am Flügel: Paul Klug
16,15—16,40 **Aus der Welt der Pflanze.** Peter Bauer: **Baumsaat im Winterschlaf**
16,40—16,55 Theodor Kramer: **Poesie des Alltags**
17,00—18,00 Uebertragung vom Bayrischen Rundfunk München: **Bauernkonzert.** Leitung: Erich Kloß
1. Ungarische Konzert-Ouvertüre — Keler-Bela
2. Die Tellkapelle und Canzonetta del Salvatore Rosa — Liszt
3. Musikszenen aus „Jessonda" — Spohr
4. Scherzo Tarantelle — Wieniawski
5. Im Zirkus, Suite — Armandola
6. Serenade — Lehar
7. Das Lercherl von Hernals — Ascher
8. Die fünf Wünsche — Benatzki

18,00—18,20 **Frauenstunde.** Jonny Behm: **Frauenreiche und Frauenherrschaft**
18,20—18,40 **Ketzereien zur Zeit.** Dr. A. von Grolmann: **Das Wesen der literarischen Kritik**
18,45—19,00 **Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht**
19,00—19,20 **Sozialpolitische Tagesfragen.** Landgerichtsdirektor Dr. Volkening: **Strömungen zur Reform des Jugendstrafrechts**
19,20—19,35 **Vor allem Gesundheit.** Dr. Bose: **Heuschnupfen und Asthma**
19,35—19,55 **Die Welt auf der Schallplatte.** Willi Pferdekamp: **An der Nordküste von Kolumbien**
19,55 **Erste Abendmeldungen**
20,00—21,10 **Wir tanzen**
Das Kleine Orchester des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Eysoldt
21,15 Uebertragung aus London
Konzert
des B. B. C. Sinfonie-Orchesters London, Leitung: Arnold Schönberg u. Adrian Boult
Solistin: Elena Gerhardt (Sopran)
1. Ouvertüre zur Oper „Euryanthe" — Weber
2. Lieder — Strauß
Morgen / Wiegenlied / Ständchen / Cäcilie
Elena Gerhardt
3. Variation für Orchester op. 31 — Schönberg

22,10—22,25 **Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht I**
4. Sinfonie Nr. 3 in Es-Dur (Eroika) Beethoven

23,15 **Sportbericht II**
23,30—24,00 **Tanzmusik aus London:** Roy Fox und sein Orchester

Volkswirtschaftlicher Teil

Berliner Börsenstimmungsbild.

Berlin, 7. Febr. (Drahtb.)

Die Erklärungen des Reichswirtschaftsministers in der Frage der Zinserhaltung wirkten sich günstig aus. Die Stimmung war allgemein beruhigter und die Tendenz durchweg fest. Während in den letzten Tagen kleinere Verkäufe des teilweise beunruhigten Publikums genügten, um das Kursniveau empfindlich herabzudrücken, hatten heute ebenso geringe Kauforders teilweise kräftige Erholungen zur Folge. Das Publikum hatte seine Verkaufsorders zum großen Teil gestrichen und erschien teilweise schon wieder als Käufer. Die Spekulation, die gestern Rückkäufe vorgenommen hatte, schritt wieder zur Realisationen. Eine Anregung boten auch die günstigen Ziffern des Siemens-Abschlusses. Am Rentenmarkt setzten Altbesitz mit 64 nach 62½ und einem gestrigen Tiefkurs von 60 ein. Neubesitz gewannen ¼ Prozent. Vereinigte Stahl-Obligationen sprangen um 3 Prozent. Mittelstahl-Obligationen wurden 2½ Prozent höher bezahlt. Reichsbahnvorzugsaktien gewannen ¾, Schuldbuchforderungen 1¼ Prozent. BEW erschienen mit ++ZeicLen und wurden 4½ Prozent höher bezahlt. Ebensoviel gewannen Konti-Gummi. Reichsbankanteile konnten sich um weitere 3¼ Prozent erholen. Deutsche Atlanten gewannen 3, Kaliwerte 2 bis 4 Prozent. Auch Tarifwerte waren teilweise bei Deckungen erholt. RWE wurden 3 Prozent, Berliner Kraft und Licht 1 Prozent, Lahmeyer 1½ und Elektrizitätswerk Schlesien 2 Prozent höher bezahlt. Am Elektromarkt waren Siemens 129¼ bis 130½ (128¼) und Schuckert (+2) lebhaft gefragt. Am Montanaktienmarkt waren Rheinstahl 1½ Prozent höher. Vereinigte Stahl gewannen ¾ Prozent, Farben ebenfalls ¾. Sehr fest lagen auch Linoleumwerte. Kontinentale Linoleum + 3½. Am Auslandsrentenmarkt waren Bosnische Eisenbahnanleihe angeboten. Lissaboner Stadtanleihe wurden 1¼ Prozent höher bezahlt. Tagesgeld erforderte 4¼ Prozent.

Düsseldorfer Börsen-Tendenz.

Die Düsseldorfer Börse eröffnete auf dem Markt der variablen Werte zu leicht befestigten Kursen. Die Erhöhungen betrugen durchschnittlich ½ Prozent, Abschlüsse kamen in Wintershallaktien zustande, die unter kleinen Schwankungen auf gestriger Basis umgingen. Auch die Kuxenmärkte lagen freundlicher. Der Kalikuxenmarkt war gut behauptet, aber ohne Geschäft. Der Schluß war still und wenig verändert.

Die Großhandelsrichtzahl im Januar um 1,5 v. H. gesunken. Im Monatsdurchschnitt Januar 1933 stellt sich die vom Statistischen Reichsamt berechnete Richtziffer der Großhandelspreise auf 91,0 (1913 = 100). Sie ist gegenüber dem Vormonat (92,4) um 1,5 v. H. gesunken.

Getreide- und Warenbörse zu Essen. Großhandels-(Börsen-)preise in Getreide, Mehl und Futtermitteln für den 6. Febr 1933 (Börsentag). Inländ. Weizen 19,75, Inländ. Roggen 15,75—15,85, Inländ. Gerste 18,25—19, Inländ. Hafer 14,50—14,75, Plata-Mais 20,50, Plata-Cinquantino-Mais 23, Weizenmehl-Grundpreis 97 % 26,50—27, Weizenmehl-Grundpreis mit Austauschweizen 27—27,50, 70prozentiges rhein. Roggenmehl 23,25—23,50, Weizenbollmehl 9,75—10,25, Weizenkleie 7,75—8,75, Roggenkleie 7,50—8,50, Steffenzuckerschnitzel 9,50—10, Trockenschnitzel 8—8,50 RM. (Die Preise verstehen sich pro 100 kg waggonfrei Essen bei Abnahme von Waggonladungen.)

Viehmärkte.

Altenessener Schweinemarkt.

Essen, 7. Febr. Es waren 728 Stück aufgetrieben. Es kosteten im Großhandel: Ferkel (Durchschnittsgewicht): 6—8 Wochen alte 8—11 RM, 8—12 Wochen alte 11—16 RM, Läuferschweine: 3—4 Monate alte 16—21 RM, 4—6 Monate alte 21—30 RM, größere entsprechend höher. Marktverlauf: Ferkel mittel, Läuferschweine langsam.

Konzert für die Winterhilfe Bulmke-Hüllen.

Das Künstler-Konzert, das nach einer durch die Grippe bedingten Verschiebung nun am Montag im Kettelerhaus zum Besten der Winterhilfe Bulmke-Hüllen stattfand, erfreute sich eines guten Besuches: der Saal war fast ausverkauft. Da zudem auch ein gut zusammengestelltes Programm auserlesene musikalische Genüsse vermittelte, konnte man auch mit dem künstlerischen Erfolg wohl zufrieden sein. Er ist in erster Linie den mitwirkenden Solokräften zu danken. Paul und Marianne Wibral boten Klaviermusik für vier Hände. Da hörte man entzückende Variationen in G-Dur von Mozart, so duftig und durchsichtig vorgetragen, so beschwingt im Rhythmischen, so stilvoll in Phrasierung und Anschlagstechnik, daß echter Rokokogeist wieder lebendig wurde; man hätte diesem vollendeten Spiel noch lange lauschen mögen. Nicht minder gut geriet der erste Satz aus der Sonate in C-Dur für vier Hände von Mozart, der außerordentlich klar im Aufbau disponiert war, nichts gewischt, sondern durchsichtig und in den perlenden Läufen aufs sauberste ausgefeilt, ein rechter Ohrenschmaus. Carl Scheveler — um bei den Instrumentaldarbietungen zu bleiben — spielte die bekannte Cavatine von Raff und ein ebenso gern gehörtes Menuett von Beethoven mit schlackenfreiem Strich und schöner, warmer Tongebung; die gleiche gediegene Auffassung wie hier zeigte der Künstler auch in der F-Dur-Romanze von Beethoven.

Else Suhrmann setzte zunächst die Reihe der Mozartwerke fort — wir haben lange nicht so viele und so gute Mozart-Musik beieinander gehört. Aus des zwölfjährigen Knaben in der humanistischen Lehranstalt in Salzburg komponierten Schuloper „Apollo und Hyacinthus" hörte man eine Arie „Ach ihr schwandet, sel'ge Tage" mit Klavierbegleitung und obligater Violine (C. Scheveler), die in ihrem ganzen Stil schon den künftigen Meister der Oper ahnen läßt, von Else Suhrmanns feiner Vortragskunst wirkungsvoll gestaltet. Nicht minder gut gefiel Mozarts „Komm, lieber Mai", vor allem, wenn es so vorgetragen wird, wie Frau Suhrmann es versteht. Stellt man das unvergängliche Abendlied „Der Mond ist aufgegangen" von Joh. Abr. Peter Schulz daneben, dann will es in seiner unendlichen Schlichtheit fast noch eindrucksvoller erscheinen. Von ganz anderer Art, aber auch auf seine Weise schön ist das Tanzliedchen von Rich. Wintzer. Alle diese verschiedenen Vortragsregister zog Else Suhrmann mit gleicher Kunst; das war alles so bis ins Kleinste und Feinste durchgearbeitet und, wie z. B. das Abendlied, mit einem so duftigen Piano vorgetragen, daß der Eindruck ganz unmittelbar und stark war. Das darf auch von den drei Volkslieder-Duetten gelten, die Else Suhrmann zusammen mit Margarete Franke, Buer, sang. Ihre dunkle, warme Altstimme paßte sich dem hellen, strahlenden Sopran aufs beste an. Der teilweise recht kunstvolle Satz machte diese Lieder sehr anziehend und die ausgezeichnete Vortragskunst entfesselte stärksten Beifall, den die beiden Künstlerinnen mit dem neckischen Lied von den beiden Hasen „Zwischen Berg und tiefem Tal" beschwichtigten. Um die Begleitung aller dieser Solovorträge machten sich Marianne und Paul Wibral verdient.

In den Dienst der guten Sache hatten sich auch die beiden in Bulmke beheimateten Männergesangvereine „Concordia" und Männerquartett gestellt. Die „Concordia" eröffnete mit Curtis bekanntem Chor „Hoch empor" die Vortragsfolge und schloß den ersten Teil mit der effektvollen „Abendfeier" von Attenhofer und Schuberts „Wohin soll ich mich wenden". Dem besten Wollen war hier das Vollbringen nicht in gleichem Maße gegeben; dazu waren die Stimmen, namentlich für den Vortrag des Schubertschen Chores, zu unausgeglichen und im Forte zu rauh, ja fast schreiend. Auch das Weihelied „O Isis und Osiris" aus Mozarts „Zauberflöte" war nicht vollendet; ein zu manirierter Vortrag nahm ihm das meiste der in ihm liegenden Weihe. Besser geriet Schumanns „Der träumende See", dessen traumhafte Stimmung gut getroffen wurde, ebenso wie G. A. Heinzes Chor „Sonntag auf dem Meere". Als eine Entgleisung dagegen muß man leider das „Sandmännchen" bezeichnen; solchen „Edeltitsch" noch dazu von einem Solotenor mit einem Knödel im Halse gesungen, hatte man doch endgültig tot geglaubt. Hatte man für das Unmögliche dieses Liedes gar keine Empfindung? Schade, daß dadurch in den Schluß dieses Abends ein leiser Mißklang kam. dn.

*

„Die Schöpfung" im Konzertverein Kray.

Man muß es Kray lassen: man versteht dort, wie man trotz der wirtschaftlichen Notlage Veranstaltungen organisiert und zu vollem Erfolg führt. Auch die am Sonntag durch den Konzertverein erfolgte Aufführung des Oratoriums „Die Schöpfung" sah eine Saal und Tribüne füllende Zuhörerschaft. Der zweijährige, unfreiwillige „Dornröschenschlaf" des Vereins hatte nicht vermocht, die Schar seiner Anhänger zu vermindern, man war im Gegenteil gespannt, wie der Verein die Zeit der Muße zur eigenen inneren Vollkommenheit ausgenutzt hatte. Und man wurde nicht enttäuscht. Der 120 Mitglieder zählende Chor bot auch am Sonntag in der Ausgeglichenheit in allen Teilen ein geschlossenes Ganze, an dem man seine schönste Freude haben konnte. In bekannter Frische sah man Fritz Hemmerling wieder am Pult. Chor und Orchester in sicherer Hand leitend und haltend.

Die Aufführung, die als eine nachträgliche Huldigung anläßlich des 200jährigen Geburtstages (31. März 1732) Joseph Haydns gedacht war, hatte für Kray besondere Erwartung ausgelöst, weil in ihr die Baßpartien Opernsänger Willy Ribbert-Kray übernommen hatte, der, aus den Reihen des M.-G.-V. „Eintracht" hervorgegangen, im vorigen Jahr sich in Köln das Recht erwarb, sich Opernsänger zu nennen und seitdem an der Essener Oper mitwirkt. Zum ersten Mal trat mit ihm ein Künstler von Format aus Kray für Kray auf. Durchdringend in der Tiefe, gewaltig in der Mittellage, einschmeichelnd in der Höhe verkörperte sein Organ hohe Kunst, an der man vielleicht nur auszusetzen hätte, daß sich bei ihm gegen früher einige Unschönheiten in der Aussprache herausgebildet haben. Eine ebenbürtige Partnerin war Bertha Hake (Sopran), Essen, in den Partien des Engel Gabriel und der Eva, deren Tönequell hell und glockenrein fließt, dabei eine Technik im Gesang, die man einfach bewundern muß. So wurde das musikalische Zwiegespräch Adam—Eva mit dem Schlußduett „Mit dir erhöht sich jede Freude" zu einem auserlesenen musikalischen Leckerbissen. Leider konnte sich der Tenorist Rob. Endemann gegenüber seinen Partnern nicht behaupten; doch könnte eine Kritik unsachlich wirken, da der Künstler von einer Grippeerkrankung noch nicht wieder hergestellt war. Das Essener Sinfonieorchester, eine Vereinigung stellenloser Berufsmusiker, zeigte sich seiner Aufgabe voll gewachsen.

Alles in allem war das Ganze ein Genuß, der den Freunden des Konzertvereins über zwei Jahre vorenthalten geblieben ist. Hoffentlich bescheren bald einsetzende bessere Zeiten öfter einen solchen Genuß.

Heute nacht ½1 Uhr starb nach längerer, schwerer Krankheit unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater

Herr Wilh. Mendritzki

am Tage seines 63. Geburtstages.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gelsenkirchen, den 7. Februar 1933.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. Februar, nachm. 2.30 Uhr, vom Trauerhause Buschweg 17 aus, statt. Trauerfeier eine halbe Stunde vorher.

Allen, denen aus Versehen keine besondere Nachricht zuging, diene dieses als solche.

Statt besonderer Anzeige.

Psalm 23. Der Herr ist mein Hirte.

Nach Gottes heiligem Willen entschlief gestern abend unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Witwe Eduard Lange

Louise geb. Möhle

im vollendeten 80. Lebensjahr.

Um stille Teilnahme bitten:

Paula Brüggemann geb. Lange
Herm. Brüggemann
Heinr. Lange
Elisabeth Lange geb. Schulz
Anna Dietrich geb. Lange
Hans Dietrich nebst Enkeln u. Urenkeln

Gelsenk.-Bismarck, Wanne-Eickel, Winsen a. d. Aller, Castrop, Rauxel, Dortmund-Eving, Löhne, Oeynhausen, Kray-Essen, den 7. Februar 1933.

Die Beerdigung findet Freitag, den 10. Februar 1933, nachm. 3½ Uhr, vom Trauerhause Sophienstr. 33 aus, statt. Hausandacht eine halbe Stunde vorher.

Sonntag um 20,30 Uhr starb nach längerer Krankheit mein lieber Mann, unser treuer Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Jakob Cianelli

im Alter von 56 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gelsenkirchen, 7. Febr. 1933.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause Schwanenstraße 26a aus, statt.

Allen, denen aus Versehen keine besondere Nachricht zuging, diene dieses als solche.

Die Verdingung

des **Fleisch- und Wurstbedarfs** der Polizeiküche Gelsenkirchen-Buer findet am 20. 2. 1933 vormittags 10 Uhr in dem Zimmer 20 der Polizeiunterkunft in Buer statt.

Schriftliche Angebote sind bis zu dem angegebenen Termin in verschlossenem Briefumschlag **getrennt für Fleisch- und Wurstlieferung** mit der Aufschrift „Angebot auf Fleischlieferung" bzw. „Angebot auf Wurstlieferung" an das Polizeiamt Gelsenkirchen oder vor der Eröffnung des Termins abzugeben.

Die Lieferungsbedingungen sind ab 10. 2. 1933 auf Zimmer 20 in der Polizeiunterkunft in Buer bzw. auf Zimmer 46 des Polizeiamtes in Gelsenkirchen zur Einsicht ausgelegt.

Der Polizeipräsident in Recklinghausen.

Zweifamilienhaus

bequeme Ein- und Ausfahrt, Hofr., Lagerräume oder Fabrikräume mit gr. Wohnung, langfristig mit Vorkaufsrecht, zu pachten gesucht. Angeb. m. Ang. der Lage, Pachtpreis usw. unt. A. Z. 139 an die Allg. Ztg. erb

---

Herrschaftliche Wohnung

7 große Räume mit Wintergarten, Bad, Diele und Nebenräumen, mit Zentralheizung sofort oder später zu vermieten.

Wilh. Jaeger, Ringstraße 46/48.

Gesundes frisches Gesicht durch Gesichtswasser

aus der

Parfümerie Günther Bahnhofstraße 87

Alte Akten u. Geschäftsbücher kauft u. Garantie des sof. Einstampfens sowie

Papier-Abfälle

S. Cohen

Alteisen- u. Metallhdlg.

Rotthauserstr. 50 Fernruf 73498

Zum 1. März

Einfamilien-

Reihenhaus in ruh. Lage, Arendtstr. 13, 10 Min. v. Hauptbf., enthaltend 4 Zim., Küche, Keller mit Waschküche, Kammer, Bad u. 2 Manf. mit Stall und Garten preiswert an **Dauermieter** zu vermieten. Auskunft ebendort.

Abgeschlossene **vierräumige**

Neubauwohnungen

mit all. Zubeh. zu vermieten. Miete: 55 M bzw. 57,50 M **Sedanstraße 54.**

---

5 Zim.-Wohnung

Teutstr., per 1. März zu verm. Zu erfr. 9—11 Uhr **Dr. Block,** Florastraße 26.

Abgeschlossene

3 Zim.-Wohng.

(Neubau) z. 1. März an ruhige Leute zu verm. **Bresart,** Wörthstraße 5.

---

3 Zimmer

abgeschl., z. 1. März ges. Sich. Mietszahl. Stadtmitte bevorz. Ang. unt. A. Z. 136 an die Allg. Ztg.

1-2 leer. Zimmer

evtl. Manf. gesucht. Ang. u. A. Z. 135 an die Allg. Ztg.

---

1 vierräumige Neubauwohng.

1. Etg., nebst Diele Bad, evtl. Garage, mit reichl. Zubehör ausgestattet, sofort zu vermieten. Näh. **Wannerstr. 28 u. 30,** 1. Etg. rechts

---

4 Zim.-Wohng.

geräum., mit allem Zubeh., in vornehm. Hause, zum 1. 4. zu vermieten. †8675 Angeb. unt. A. Z. 2109 an d. Allg. Ztg.

Sofort oder später zu vermieten am Stadtgarten **Wittekindstraße zwei 8räumige u. zwei 6räumige Etagen** m. Zubehör u. Zentralheizg. und eine **5räumige Parterre-Wohnung** mit Zubehör, ferner **Kirchstraße 56** eine **5räumige 2. Etage** mit Zubehör. Näh. Büro **Wittekindstr. 27,** Tel. 23660.

Abgeschlossene **3- und 4räumige**

Neubauwohnungen

mit all. Zubehör zu vermieten. **Popp** Hildegardstraße 4

Bessere abgeschloss. **3- und 4-Zimmer-Neubauwohng.** zu vermieten. **Bohwinkelstraße 45**

---

3 Zimmer-Neubauwohng.

mit all. Zubehör zu vermieten. Schwiete Hildegardstraße 31.

Küppersbusch



Verkaufsstelle große Auswahl

Schulte & Kampmeyer am Neumarkt

Guterhaltener **Sitzliegewagen** billig zu verkaufen. **Rottebrock,** Bulmkerstraße 20.

Mehrere Karren **Stroh- u. Sägemehldünger abzugeben** Walpurgisstraße 32, Telephon 25886.

Gbr. Motorrad

200—500 ccm, zu kaufen gesucht. Off. u. A. Z. 138 an die Allg. Ztg.

Ganz weißer Herd, 2 Betten mit Auflege und Tisch **billig billig** zu verkaufen. Bochumerstraße 124, im Hof.

Ev. Frauenhilfe

Altstadt.

Unser liebes Mitglied

Luise Kalhöfer

ist nach langem, schwerem Leid am Sonntag, den 5. Febr., im 32. Lebensjahre heimgegangen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, 9. Febr., nachm. 3 Uhr, vom evang. Krankenhause aus statt. Trauerfeier ¼ Stunde vorher.

Der Vorstand.

Für Gelsenkirchen wird ein

Platzvertreter gesucht

Bed. M 50,— Kapital gewandt und anpassungsf. Bewerb. an **Hans Heinrich,** Düsseldorf, Graf-Adolfstr. 37a.

Konzert-, Tanz- u. Stimmungskapelle

sof. gesucht. :7223 **Restaurant Heinrichs,** Bochumerstraße 16.

Kräftiges :7216

Lehrmädchen

für Lebensmittelgeschäft gesucht. Zu erfr. Allg. Ztg.

Tüchtiges

Mädchen

das perfekt kochen kann, sowie

Dienstmädchen

per sofort gesucht. Wo sagt d. Geschäftsstelle Buer, Hochstraße 19.

Mädchen

mit guten Zeugnissen gesucht. Ahstraße 27 I.

Aelteres :7225

Mädchen

welch. Kochen kann, für Filiale nach Berlin gesucht. Neustraße 20.

Ich suche zum 15. Febr. od. 1. März ein ält. zuverlässig.

Küchenmädchen

das perf. koch. kann und in Hausarbeit, Waschen u. Bügeln Erfahrung hat. Es woll. sich nur Mädchen mit langjähr. Zeugnissen zwischen 10,30 und 11,30 Uhr melden. **Frau Direktor Bornebusch** Kaiserstraße 68.

Näherin

empf. sich außer dem Hause in Knaben-Anz., Damen- und Kinder-Garderobe. Tag 2,50 M. **Funk,** Bulmkerstraße 27.

Eckladen

mit Nebenzim., geeign. für Büro od. Praxis, sowie abgeschl. **3-Zimm.-Wohn.** zus. od. getrennt zu vermieten. Luitpoldstr. 28.

Ladenlokal

mit od. ohne Wohn. sofort zu vermieten. **Heinr. Simshäuser,** Arminstraße 23.

Ladenlokal

mit einem dahinterlieg. Zimmer nebst Toilette sof. bill. zu vermieten. Näheres **Wannerstr. 28 u. 30** 1. Etage rechts.

Mechan. Werkstatt, elektr. Betrieb, gut einger., steht jedem Fachm. od. Bastler zur Verfügung. Off. u. A. Z. 133 an die Allg. Ztg.

Schöne, bessere

Wohnung

4 Zim. m. Bintrg., Stadtteil Heßler, unmittelbare Nähe Schlachthof zum 1. März 1933 zu verm. Zu erfr. **Rechtsanwalt Bruns, Weststr. 18,** od. Heßler, Feldstraße 30 (Gerads).

Abgeschl. **4-Zimmer-Altbau-Wohnung** m. Balkon, beschlagnahmefr., z. 1. April evtl. 1. März zu verm. **Luitpoldstr. 41,** 1. Etage links.

Abgeschl. 4 Zim. Altbau-Wohn. geg. 3 Zimm.-Wohn. (nur Bulmke) zu :7219 **tauschen gesucht** Bulmkerstr. 41, part.

Schöne

3 Zimmer-Altwohnung

in gut. Hause, Bismarckstr., Nähe Emschertalbahn an ruhig. Familie per 1. März 1933 zu verm. Zu erfr. Allg. Ztg.

---

5 Zimmer-Etage

m. Bader. u. Balkon in gut., ruh. Hause, Nähe Hbf. zu verm. Besichtigung vorm. **Krüger,** Johanniterstr. 4.

Sehr schöne, abgeschl.

4 Zim.-Wohnung

m. Bad in gut. Hause bes. preisw. z. 1. April zu verm. Kg.-Wilhelmstr. 44.

Gelegenheitskauf

Schlafzimmer Eiche geritat **235.-**

Küche 155.-

hat abzugeben

Möbelhaus **Frank** Bismarckstr. 62 am Stern

Die älteste Kohlenhandlung Gelsenkirchens

bedient Sie wirklich **prompt** und **reell**

L. MOLS

Ringstr. 80 - Gegr. 1873 Ruf Sa.-Nr. 22551.



Drähte roh und verzinkt **Drahtgeflechte, Stacheldraht.**

Große Auswahl Billige Preise.

Rösler & Lönne, Drahtwerk, Bochum, Verkaufs-Lager: Gels.-Wattenscheid, Gertrudisstraße 60.

Heißmangel Std. 80 Pf. Wäsche w. a. Wunsch abgeh. u. wied. zugest. Kosuch, Grillostraße 38. Tel. 221 33

Angebote

von gewerbsmäßigen Vermittlern

auf Zeitungsanzeigen werden grundsätzlich **nicht** weiter geleitet

Allgemeine Zeitung

Wer beteiligt

sich an Waggon (Umzug) n. Ostpreußen? Zu erfr. **Stroßki,** Günnigfeld, Peddenkamp 27.

Staatl. Musiklehr.

unterricht. Std. 1,50 **Klavier, Violine.** Ang. u. A. Z. 134 an die Allg. Ztg.

Erteile gründliche

Nachhilfe

in Englisch, Französisch. Ang. u. A. Z. 137 an die Allg. Z.

Kolonialbund Deutscher Frauen

veranstaltet am 10. Febr., im Bismarckklub, Gelsenkirchen, nachm. 4 Uhr, einen

Mitgliederkaffee

mit **Vortrag** des Herrn Dr. Bruns, Direktor des Oberlyzeums über:

Hans Grimm, der Dichter des Deutschen Kolonialgedankens mit Vorlesung aus seinen Werken

Gäste herzlich willkommen!

Hotel Hans Sachs

Morgen Mittwoch, abds. 8 Uhr

Bunter Abend

mit

Ernst van Senden

Nachmittags 4 Uhr

Tanz-Tee

Café Posch

Während des Karnevals-Monats Febr. jeden Mittwoch u. Samstag, ab 8 Uhr

Bunter Abend

Kapelle Rolf Zimmermann, der Geiger von Klasse spielt zum **Tanz**

Hotel zur Post

Gelsenkirchen

Heute nachmittag

4½-Uhr-Tanz-Tee

Abends: Karnevalistischer Abend

Tanzschule Beindorf

Kampstr 43, gegr. 1859, Ruf 22388

Ausbildung im

Gesellschaftstanz

in Kursen, Privatzirkeln und Einzelstunden

Wir drucken

für den Privatbedarf:

Geburtsanzeigen
Verlobungsanzeigen
Vermählungsanzeigen
Vermählungsdankkarten
Trauerbriefe
Trauerdankkarten
Visitenkarten
Privatbriefbogen
Glückwunschkarten

Buchdruckerei

Carl Bertenburg

Wildenbruchstraße 27 Fernruf 21641

M. Grabia-Dürholt

Dentistin

jetzt Ebertstr. 7, I. Etg.

früheres Polizeiamt (Bankstraße)

Endlich Geld!

für Entschuldung, zum Kauf von Möbeln, Motorrädern, Autos, Maschinen und für jeden Zweck. Wartezeit nur 1 Monat, langfristig u. unkündbar. Monatliche Rückzahlung pro 100 Mk. nur 1 Mk. durch Pg. S.-A.-Mann Otto Platzeck, Bochum, Feldsiepenstraße 112. Bei Anfragen Rückporto.

HOLZ

in allen gangbaren Sorten, besonders für Siedlungszwecke, Schuppen, Zäune, Ställe etc. liefert

billigst

Wicking'sche Industrie A.-G.

Gelsenkirchen, Wickingstr. 33-35

Preisabbau!

Ia. trockenes Tannenholz (Grubenholz) kleingeschlagen . . **RM 2.50** je Ztr.
Klobenholz . . . . **RM 1.50** je Ztr. (bei 5 Ztr. **RM 1.40**)
Grubenholz (bis 12 cm Durchm., 1,5 m lg. **RM 1.40** je Ztr.
Sägemehl (stets vorrätig) **RM 0.50** je Ztr.
ab Fabrikhof.

Für Zustellung frei Haus RM 0.20 je Ztr. mehr. Ferner liefern wir sämtliche Sorten **Vierkanthölzer** sowie **Bretter** und führen das Trennen und Schneiden aller Holzarten zu **billigsten Preisen** aus.

Alters- u. Invalidenwerk G. m. b. H.

Gelsenkirchen, Wannerstraße 306





Freiwillige städt. Feuerwehr

Löschzug 1.

Donnerstag, den 9. Febr., abends Punkt 7 Uhr,

Versammlung.

Nachher feierliche Ueberreichung des vom Westf. **Feuerwehr-Verband** verliehenen **Fahnenbandes** und Dekorierung der Kameraden für 40- und 25jährige Dienstzeit sowie gemütliches Beisammensein mit Ueberraschungen. Liederbuch mitbringen. Anzug: Parade-Uniform.

Der Oberbrandmeister

Moellers Bestecke

mit 100 gr Feinsilber-Auflage, kompl. 36-teilig **nur RM. 38.—**

Ebenso massiv Silber billigst! Ratenzahlung. 50 Jahre Fabrik-Garantie. Katalog u. Muster frei

Besteckfabrik **Moellers & Co** SOLINGEN 14

Herde u. Oefen

repariert emailliert vernickelt verchromt wie neu

Sämtl. Ersatzteile

A. Schmidtmann

Küppersbuschstraße 2 Ruf 25800

Bahnhofs-Hotel Im Glückaufbräu

Heute Mittwoch

Sensations-Gastspiel

Karneval Modenrevue 1933

„Das lebende Karussell"

Das Tagesgespräch der Großstädte Rheinlands und Westfalens.

Gesamtleitung:

Die fachmännische Modenschau, Köln

Außerdem

Alexander

mit seinen vielseitigen Künstlern

Tischbestellungen erbeten unt. Ruf 23838

Heute, den 8. Februar!

3. bunter Abend

im

Café Nase

mit dem beliebten Geigenvirtuosen

Alfred Engel-Oligmüller

mit seinen beiden Künstlern

Tanz mit stimmungsvollen Ueberraschungen **Tanz**

Programm-Anzeiger der führenden Tonfilm-Theater

Industrie-Kino
Nur noch 2 Tage!
Georg Bancroft
in seinem ersten deutschspr. Tonfilm
Wer hat hier recht?
2.25, 5.50, 9.20
Der beste Tonfilm mit Maurice Chevalier, Jean. MacDonald
Schloß im Mond
4.20, 7.50
Lustspiel
Neue Tonwoche

Apollo-Theater
Nur noch 2 Tage!
Die schönste und neueste
Paul-Abraham-Operette
Glück über Nacht
mit
Magda Schneider, Hermann Thimig, Szöke Szakall
2.25, 5.40, 9.20
Fritz Schulz, Ehmi Bessel in dem lustig. Tonfilm
Das Mädel vom Montparnasse
4.00, 7.45
Beiprogramm
Neue Tonwochenschau

Schauburg
2 Erstaufführungen!
Der lustige Wintersportfilm
Abenteuer im Engadin
mit den Ski-Akrobaten
Guzzi Lantschner, Walter Rimi
2.40, 6.10, 9.50 Uhr
II.
Ein Tonfilm in deutscher Sprache
Der Mut zum Glück
Norma Shearer, Clark Gable
4.25 und 8.05 Uhr
Lustspiel / Kulturfilm
Ufa-Ton-Woche
Wochentags ab 2.25, Sonntags ab 2 Uhr
Beachten Sie unsere neuen Preise!

Gaststätten Diesler

Ringstraße Inh.: **Heinz Foitzik**

Heute in allen Räumen

Großes Kappenfest

Café HILLEBRAND

Heute Mittwoch:

Bunter Abend mit groß. Ballonschlacht

Donnerstag:

Schlußturnier, Siegerverkündung u. Preisverteilung. Nach dem Turnier: Fidelitas.

Theo Straberg, die Kapelle der stimmungsvollen Abende

Versammlungs-Kalender

der Parteien usw.

Die 5spaltige Kolonelzeile kostet 20 Rpf. Mitteilungen sind auf je 5 Zeilen zu beschränken und mindestens 2 Tage vor der beabsichtigten Aufnahme an die Geschäftsstelle unserer Zeitung einzusenden.

Jugendgruppe der DVP. Ueckendorf. Heute (Mittwoch) 20,15 Uhr im Gruppenheim Versammlung mit Ueberraschung.

Der Stahlhelm BdF., OG. Schalke-Hetzler. Heute 19 Uhr Gruppendienst der OG. in der Halle Vogelheide

Frauengruppe DVP. Schalke. Donnerstag 15,30 Uhr im evang. Vereinshaus Grillostraße 110, Generalversammlung.

Eilt! Nächste Woche Ziehung

Große Winterhilfe-Lotterie

2 Ziehungen: 16.—17. Februar und 11.—16. März

Lose zu 1 RM — Für beide Ziehungen gültig

Degenhard • Georgshaus

Aufklärung! Nur Floraстr. 4, gegenüber dem Gaswerk, kommen die billigen neuen Original-Kampmanns Waschmaschinen der altbekannten Waschmaschinenfabrik **Kampmann** zum Verkauf. Diese neuen Kampmannschen Modelle sind viel billiger u. bedeut. besser, als and. Maschinen. Miete u. andere Marken lieferbar. Zahlungserleichterung. Reparaturen, Wringwalzen, Motore billigst. Telef. 225 71.

Stadttheater Bochum.

Mittwoch, 8. Febr., 20 bis 22,15 Uhr A. 18 u. Wahlvorstell. für alle Ringe: „Mister Wu", Oper von Eugen d'Albert.

Donnerst., 9. Febr. 20 bis 22,15 Uhr **Zum letzten Male!** Außer Vormiete: „Freie Bahn dem Tüchtigen", Lustspiel von August Hinrichs. Preise 0,30 bis 2,— M.

Freitag, 10. Febr. 20 bis 22,45 Uhr Weißer Ring 7: „Morgen gehts uns gut".

Samstag, 11. Febr. 20 bis 22,30 Uhr Brauner Ring 7 und Volksbühne Serie 2: „Prinz Friedrich von Homburg".

Sonntag, 12. Febr., 16 bis 18,15 Uhr Außer Vormiete: „In jeder Ehe", Komödie von C. Chesterton und R. Reale. Preise: 0,30 bis 2,— M. 20 bis 22 Uhr: Außer Vormiete: **Einmaliges Gastspiel!** Tanzgruppe Hellerau - Laxenburg. Gruppen- u. Einzeltänze nach alter und neuer Musik.

Städt. Bühnen Essen

Opernhaus.

Mittwoch, 8. Febr., 20 bis 23 Uhr, Die drei Musketiere. Reihe A.

Donnerst., 9. Febr., 19,30 bis 23 Uhr, Die Blume von Hawaii.

Freitag, 10. Febr., 19,30 bis 23 Uhr, Carmen. Reihe G.

Samstag, 11. Febr., 20 bis 22 Uhr, Zeitbilder, Der grüne Tisch.

Sonntag, 12. Febr., 11,30 Uhr, Morgenfeier. 19,30 bis 22,30 Uhr, Die Zauberflöte.

Montag, 13. Febr., 19 bis 22,30 Uhr, Tristan u. Isolde.

Schauspielhaus.

Mittwoch, 8. Febr., 20 bis 22,15 Uhr, Das Schweineschlachten.

Donnerst., 9. Febr., 19 bis 21,45 Uhr, Ein Sommernachtstraum

Freitag, 10. Febr., 20 bis 22,45 Uhr, Ein Sommernachtstraum. N.-F.

Samstag, 11. Febr., 20 bis 22,30 Uhr, Candida. Reihe S.

Sonntag, 12. Febr., 15.30 bis 18,30 Uhr, Alt-Heidelberg. 19,30 bis 21,45 Uhr, Das Schweineschlachten

Stadttheater Dortmund

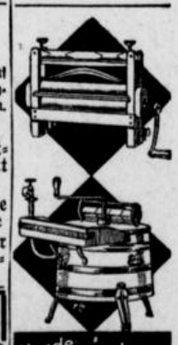
Mittwoch, 8. Febr., 20 bis 23,15 Uhr, Carmen.

Donnerst., 9. Febr., 20 bis 22,30 Uhr, Die Nacht zum 17. April.

Freitag, 10. Febr., 20 bis 22,45 Uhr, Orpheus in der Unterwelt.

Samstag, 11. Febr., 20 bis 23,15 Uhr, Carmen.

Sonntag, 12. Febr., 15.30 bis 18 Uhr, Das Dreimäderlhaus. 20 bis 22,45 Uhr, Orpheus in der Unterwelt.



Herde Gasherde Oefen

besonders preiswert

Pinnow

Bahnhofstraße 30 Klosterstraße 3

Jed. getragene Anzug wird wieder wie neu

nach Entfernung der Glanzstell. Garantie

Schneidermeister Hundgeburth

Grillo- und Gartenstraßen-Ecke Telefon 23378

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.